Benutzung außerhalb des Deutschen Fluvland-Instituts strafbar.

Nationalsozialisten gegen Neuwahlen

Auflösungsantrag abgelehnt

Erregte Debatten im Volkstag

Ueberfall auf zwei Zentrums-Abgeordnete

DANZIGER

Volkstimme

Einzelpreis 20 P oder 20 Groszy

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spendhaus 6. Fernsprechanschluß der Geschäftsleitung 287 03. Schriftleitung 215 60. Bezugspreis monatl. 3,— G. wöchentl. 0,75 G: in Deutschland 2,50 Goldmark: durch die Post 3,— G.— monatl.; für Pommerellen 5,— Zloty. Anzeigen: 1 mm 0,15 G: Reklamen: 1 mm 0,60 G: in Deutschland 0,15 u. 0,60 Goldmark. — Abonnements u. Inseratenaufträge in Polen nach dem Dann. Tageskurs

27. Jahrgang | Mittwoch, den 6. Mai 1936 | Nr. 105

Der Auflösungsantrag im Volkstag — Ueberfall auf zwei Zentrumsabgeordnete

Nationalsozialisten gegen Neuwahlen

Im Danziger Volkstag ist gestern nachmittag der gemeinsame Antrag der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Deutschnationalen von der nationalsozialistischen Mehrheit der Abgeordneten abgelehnt worden. Die Nationalsozialisten haben damit erneut zu erkennen gegeben, daß sie Neuwahlen fürchten, weil sie die Mehrheit des Volkes nicht mehr hinter sich haben.

Die Beratungen des Volkstages verliefen im übrigen in den üblichen seit 1933 bekannten Formen. Beschimpfungen der Opposition durch die Nationalsozialisten, Unruhe und Lärm während der Reden der oppositionellen Abgeordneten wurden während der ganzen Sitzung, namentlich am Schluß, laut.

Nach der Sitzung wurden die Abg. Posack (Zentrum), der während der Sitzung das Wort ergriffen hatte und von dem Präsidenten des Senats scharf angegriffen worden war, und der Abg. Formell (Zentrum) am Ausgang des Volkstagsgebäudes von Nationalsozialisten überfallen und blutig geschlagen. Der Täter im Falle Posack war der nationalsozialistische Abg. Schulz, der, nach den Angaben des Volkstagshandbuches, den Beruf eines Kriminalassistenten-Anwärters hat.

Zu dem gemeinsamen Antrag der Oppositionsparteien auf Auflösung des Volkstages führte

Abg. Willi Moritz (Soz.)

aus:

Wiederholt haben wir von dieser Stelle zum Ausdruck gebracht, daß die Krise, unter der die Freie Stadt Danzig und ihre Bewohner zu leiden haben, in ihrem Kern eine Vertrauenskrise ist. Vertrauen kann eine Regierung nur gewinnen durch eine restlose Offenlegung ihrer Pläne, nicht aber durch die Ausschaltung der nach der Verfassung zur Gesetzgebung bestimmten Körperschaften, nämlich des Volkstages.

Die Aufstellung und Gestaltung der Haushaltspläne unter dem Führerprinzip führte vor einem Jahre zu jener Katastrophe, unter der noch heute Volk und Staat leidet und für die Zukunft leiden wird.

Wiederholt sind von Regierungsseite Versprechungen, Zusicherungen und Feststellungen gemacht worden, die des öfteren schon nach kurzer Zeit in ihr Gegenteil umgewandelt waren. Erinnert sei nur an die Versicherung, vom „eisernen Festhalten an der Währung", „daß die Staatsfinanzen mit den Finanzen der Bank von Danzig nichts zu tun hätten", „daß infolge der Abwertung die Lage der werktätigen Bevölkerung keine fühlbare Verschlechterung erfahren solle", „daß soziale Härten vermieden werden sollten", „daß die Führer im Staate bei dem Tragen von Opfern drei Schritte vor der Front marschieren würden". Erinnert sei auch an die an dieser Stelle abgegebene Erklärung, daß der Völkerbund dem Danziger Staate 20 Millionen Gulden gekostet habe, aber hierfür kein Beweis angetreten wurde.

Die Zahlenangaben des Herrn Finanzsenators in seiner Etatsrede wurden von den Etats nicht bestätigt, sondern zum Teil widerlegt. Man kann deshalb die Zurückhaltung bei der Vorlegung der Etats verstehen, wenn nicht entschuldigen. Die Zusicherung, daß die Etats für 1936 dem Volkstag vorgelegt werden, wurde schon am nächsten Tage in das Gegenteil umgekehrt, indem der Senat den Haushaltsplan ohne die Zustimmung des Volkstages veröffentlichte und in Kraft setzte. Dadurch wird der Vertrauenskrise immer neue Nahrung gegeben.

Die Nationalsozialisten haben seit drei Jahren als bisher einzige Partei die Regierungsmacht in den Händen und wären daher in der Lage gewesen, während dreier Jahre ihre Pläne und vor allem ihre Versprechungen in die Tat umsetzen zu können, ohne dabei Rücksicht auf Koalitionsgenossen nehmen zu müssen, wie andere Regierungen vor ihnen.

Was ihren Kernspruch „Zurück zum Reich" anbetrifft, so ist Danzig diesem Ziele wohl zu keiner Zeit ferner gewesen als jetzt.

Die jetzigen Beziehungen zum Reich haben sich in gewisser Beziehung etwas versteift, besonders wenn man daran denkt, daß in einigen bereits hinter uns liegenden Fällen einigen Danzigern die Einreise nach Deutschland wegen ihrer Parteizugehörigkeit gewaltsam verwehrt wurde. (Zwischenruf bei den Nationalsozialisten: „Recht so! Bis es soweit ist, seid Ihr alle geflohen!" Abg. Moritz: „Das müssen ja schöne Zustände werden, wenn Sie meinen, daß man davor davonlaufen müßte!") Die Handelsbeziehungen sind dadurch stärker gestört, daß das Reich zwar die nach früher vereinbarten Warenlieferungen entgegennahm, aber die Gegenleistung stockte, so daß Danzig dadurch in eine schwierige Situation kam. Die an den Abschluß des deutsch-polnischen Handelsvertrages geknüpften Hoffnungen haben sich ebenfalls leider nicht erfüllt, weil schon in den ersten sechs Wochen der Gültigkeit dieses Handelsvertrages die von Danzig nach Deutschland gelieferten Waren nur zu 50 Prozent ausgeglichen wurden, so daß die soeben angeknüpften Beziehungen, trotz der immer so stark betonten Einheit mit dem Reich schon wieder ins Stocken kamen zum Schaden Danzigs.

Das Verhältnis zu anderen Staaten, wie beispielsweise Rußland, die in früheren Jahren lohnende Arbeitsaufträge nach Danzig gegeben haben, hat sich scheinbar sehr abgekühlt. Der Besuch unseres Hafens durch ihre Schiffe wird in der nationalsozialistischen Presse mit Hohn glossiert, so daß man sich nicht wundern braucht, wenn sie in Zukunft solchen Unfreundlichkeiten aus dem Wege fahren werden.

Der Völkerbund war wiederholt gezwungen, in die Danziger Gesetzgebung einzugreifen, indem er die Abänderung verschiedener Bestimmungen empfehlen mußte, die mit der Danziger Verfassung nicht in Einklang zu bringen waren.

Innenpolitisch sind an Stelle der Selbstverwaltung und der Eigenverantwortlichkeit in der Wirtschaft Zwangsorganisationen mit Führerprinzip getreten. Die Gewerbefreiheit und Freizügigkeit sind nahezu aufgehoben. Die Versorgungsverbände, die seit der Währungsgleichheit mit Polen eigentlich überflüssig geworden sind, bestehen trotzdem noch auf Kosten der Verbraucher, denen sie die Lebenshaltung verteuern. Den Bauern wird die Größe der Anbauflächen vorgeschrieben und die Höhe der Milchproduktion, den Fischern die Fangmengen, die sie nicht überschreiten dürfen. Diese Anordnungen erfolgen nicht etwa nach den Grundsätzen einer sozialistischen Planwirtschaft, sondern um den Versorgungsverbänden eine Daseinberechtigung zu geben. Eigenartig ist das Vorgehen der Bauernkammer gegen ihre Mitglieder. Mit Schreiben vom 15. März verlangt sie, daß sich die Landwirte an die von ihr gegebenen Weisungen an der sogenannten Erzeugungsschlacht zu beteiligen hätten, andernfalls sie nicht mit der Schonung ihres Besitzes durch die Gläubiger zu rechnen hätten. Ja, sie schreibt sogar, daß sie sich mit den Gläubigern bereits über diesen Punkt unterhalten habe und den Gläubigern im Einzelfalle Bescheid geben wird. Bezüglich der Bekämpfung der

Arbeitslosigkeit

haben die Nationalsozialisten Versprechungen gemacht, die leider nicht mit den entsprechend großen Erfolgen begleitet waren. Mit großen Kosten wurden einige Arbeiten bei der Verwaltung für öffentliche Arbeiten durchgeführt, die aber eine wesentliche oder dauernde Entlastung des Arbeitsmarktes nicht zur Folge hatten. Große Projekte waren noch angekündigt, die sich aber schließlich als Agitation herausstellten. Es sei erinnert an die angekündigte Brücke über die Weichsel bei Rotebude, an das Projekt der Druckelektrolyse, welches eine Wirtschaftsumwälzung nicht nur Danzigs, sondern der ganzen Welt bringen sollte. In nationalsozialistischen Rechenschaftsberichten wird immer von einer Zahl von 40 000 Erwerbslosen ausgegangen, die angeblich bei der Regierungsübernahme vorhanden gewesen sein sollen. Wir haben wiederholt festgestellt, und es geschieht heute auch an dieser Stelle, daß diese Zahl nicht zutrifft, sondern daß glücklicherweise weniger, nämlich 29 000 vorhanden waren. Um diesen Unterschied ändern sich also die Ziffern der angeblichen Erfolge. Betrachtet man die Zahl der in Arbeit Stehenden mit der Zahl der tatsächlich Erwerbslosen, so kann man

eine Abnahme der Arbeitslosigkeit nicht wahrnehmen.

Neben den amtlich gezählten Erwerbslosen steht noch das große Heer derjenigen, die nicht amtlich gezählt werden, die aber auch in keiner Arbeit stehen. Ganze Gruppen von Erwerbslosen sind von der Vermittlung ausgeschlossen, die in früheren Jahren mitgezählt wurden. Tausende sind nach Deutschland vermittelt, deren Angehörige zum Teil noch hier aus öffentlichen Mitteln unterhalten werden müssen. Ihre Vermittlung nach Deutschland ist für Danzig ohne volkswirtschaftliche Bedeutung, weil sie hier als Verbraucher ausfallen. Das gleiche trifft für diejenigen zu, die sich in den sogenannten Winterlagern befinden oder zur Reichswehr eingezogen sind. Auch sie müssen von ihren Angehörigen noch unterstützt werden.

Auch in der Verwaltung sind die verschiedenen durchgeführten Experimente nicht zum Vorteil des Staates ausgeschlagen.

Statt des versprochenen Verwaltungsabbaues wurde ein erheblicher Ausbau durchgeführt. Verwaltungen und Dienststellen wurden neu gegründet, abgeändert und teilweise wieder aufgehoben. 100 Lehrer waren angeblich zu viel und mußten nach Deutschland oder in den Wartestand versetzt werden. Gleichzeitig wurde aber eine Hochschule für Lehrerbildung geschaffen, um den angeblich bestehenden Lehrermangel in Danzig abzuhelfen. Eigenartig ist dabei, daß bei

(Fortsetzung umseitig.)

Die Ablehnung des Auflösungs-Antrages

Anfragen an den Senat und ihre Beantwortung

Die gestrige Sitzung des Danziger Volkstages hat die innere Schwäche der Danziger Nationalsozialisten in so deutlicher Weise zu erkennen gegeben, wie bisher nie zuvor. Nicht nur, daß die Nationalsozialisten den Antrag der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Deutschnationalen auf Auflösung des Volkstages ablehnten, weil sie es nicht wagen wollen, in einem neuen Wahlgang das Urteil des Volkes über sich ergehen zu lassen; auch außerhalb der Beratungen über diesen Antrag legten sie eine so starke Nervosität an den Tag, wie man das an ihnen kennt, wenn sie gezwungen sind, ihr politisches Verhalten gegenüber der Danziger Bevölkerung zu bemänteln. Sie versuchten deshalb, besonders aggressive Reden zu halten, sich besonders stark zu gebärden und durch möglichst viel Lärm die überzeugenden Darlegungen der oppositionellen Redner zu übertönen.

Aber dieses ganze Gehabe wird das Ansehen der Nationalsozialisten in der Danziger Bevölkerung und die Sympathien der Bevölkerung ihnen gegenüber gewiß nicht stärken. Die Danziger werden nicht auf ihre Worte hören, sondern auf ihre Taten sehen; sie werden es nicht verstehen können, welche anderen Beweggründe als Angst vor der Niederlage die Nationalsozialisten von der Erfüllung ihres früheren Versprechens, sich jederzeit dem Volke zur Wahl zu stellen, abgehalten haben. Die Danziger werden immer nur die Verweigerung der Neuwahlen durch die Nationalsozialisten sehen. Sie können kein besseres Charakteristikum der wahren Situation in Danzig erhalten.

Der nationalsozialistische Redner, der Volkstagspräsident Beyl, hat gestern versucht, die Haltung seiner Partei zu erklären. Er glaubte das am besten dadurch tun zu können, daß er die Ausrede gebrauchte, die NSDAP. wolle sich ihre Taktik von der Opposition nicht vorschreiben lassen und stimme deshalb dem Auflösungsantrag nicht zu. Wir kennen diese Begründung. Man will Stärke vortäuschen, wo nur Schwäche zu finden ist. Es ist das gleiche Bemühen, das die NSDAP. dazu veranlaßte, den Mai-Umzug zu veranstalten, von dem ebenfalls jeder weiß, mit welchen Methoden die Teilnahme an diesem Umzug zu Wege gebracht worden ist. Die Rede des Herrn Beyl wird deshalb ähnlich wie dieser Umzug gewertet werden.

Es war aber nicht der Antrag auf Volkstagsauflösung allein, der die Nationalsozialisten gestern in eine schwache Verteidigungsstellung drängte. Nicht weniger unangenehm waren für sie die vier Großen Anfragen der Oppositionsparteien, auf die der Vertreter des Senats antworten mußte, und die den oppositionellen Rednern Gelegenheit gaben, sehr ernste Vorgänge im Danziger staatlichen Leben von der verfassungsrechtlichen Seite her zu beleuchten. Es handelte sich um das Verhalten der Polizei während der letzten Volkstagswahl, um die Frage der Veranstaltung parteipolitischer Feiern in den Danziger Schulen, um die Verbreitung der Zeitschrift „Zwischen Weichsel und Nogat" und um eine Rede des Gauleiters Forster, in der dieser die Danziger Opposition beschimpft hatte.

Zweimal griff der Präsident des Senats Greiser in die Debatte ein, um die Haltung des Senats zu verteidigen. Seine Auffassungen über die Pflichten der Polizeibeamten, die er in einer Rede zu der Großen Anfrage über das Verhalten der Polizei während der letzten Volkstagswahl zum Ausdruck brachte, dürften der allseitigen stärksten Beachtung sicher sein und nicht ohne Widerspruch hingenommen werden. Im übrigen vertritt hier wie in den bekannten Fällen, die das Verhalten einiger Beamter der politischen Polizei betreffen, der Senat die Auffassung, daß das Versagen einiger Polizeibeamter, das das Obergericht festgestellt hat, wegen der inzwischen erlassenen Amnestie nicht verfolgt werden könnte. Es wird also gegen diese Beamte nichts unternommen.

Der Senat verteidigte auch die Veranstaltung der Schulfeiern anläßlich des 30. Januar, die er als nicht parteipolitisch bezeichnete. Zu diesem Punkt sprach auch Senator Boeck, der eine Fülle von herabsetzenden Aeußerungen gegen die Opposition in seine Rede einflocht. Bezüglich der Rede des Gauleiters Forster erklärte der Senat, daß er darin kein strafrechtliches Vergehen sehe. Aber das alles schien den Nationalsozialisten nicht ausreichend zu sein, um das für sie wenig befriedigende Ergebnis der gestrigen Volkstagssitzung wettzumachen. Daher der immer wieder einsetzende Lärm ihrer Abgeordneten.

Der beschämende Abschluß, den die gestrige Sitzung durch den Ueberfall auf die Zentrumsabgeordneten Posack und Formell fand, dürfte schließlich auch dadurch zu erklären sein, daß sich die Täter durch die Volkstagsberatungen unbefriedigt sahen und nun die Schlappe mit roher Gewalt wettmachen wollten. Wir sind aber gespannt, was die Behörden gegen einen der Täter, den Abgeordneten Schulz, der Kriminalassistentenanwärter ist, unternehmen werden. Es muß gefordert werden, daß gegen die Prügelmethoden energisch eingeschritten wird.

Die Ausführungen des Abg. Moritz

(Fortsetzung von der ersten Hauptblattseite)

der jetzigen Aufnahme Danziger Bewerberinnen abgelehnt, aber Nichtdanzigerinnen aufgenommen wurden, so daß sich unter 20 angenommenen Bewerberinnen 6 Nichtdanzigerinnen befinden, die wahrscheinlich auch mit einer späteren Anstellung rechnen.

Richter werden mit vollem Gehalt nach Hause geschickt, aber gleichzeitig ein Landgerichtsdirektor und fünf Landgerichtsräte dringend neu benötigt.

Daß in Anbetracht der Notlage des Staates gerade jetzt umfangreiche Veränderungen mit rückwirkender Kraft vorgenommen wurden, findet in der Bevölkerung kein Verständnis

und es wird von nationalsozialistischer Seite auch gar nicht versucht, dieses Verständnis zu erwecken.

Was sonst in der Bevölkerung über die Handhabung der Personalpolitik aus den Berichten über Verhandlungen vor dem Arbeitsgericht und vor den ordentlichen Gerichten gesprochen wird, ist für die Partei, welche die Regierung stellt, nicht gerade schmeichelhaft. Bedauerlicherweise verursacht aber diese Personalpolitik dem Staat auch noch doppelte Kosten.

Es ist also auf keinem Gebiet eine der angekündigten grundlegenden Neuerungen in einer für den Staat nützlichen Weise durchgeführt worden. Aus diesen Gründen ist deshalb in der Bevölkerung ein merkbarer Stimmungsumschwung eingetreten. (Zwischenruf bei den Nationalsozialisten: „Das macht der Frühling!" Abg. Moritz: „Der Frühling hat den Abg. Schories anscheinend gesund gemacht, so daß er heute wieder obenauf ist!") Die drei Unterzeichnerparteien haben einen Antrag auf Auflösung des Volkstages eingebracht,

um durch Neuwahl eine Zusammensetzung des Volkstages zu erreichen, die die Meinung der Bevölkerung wiedergibt.

Daß seit der letzten Wahl, bestimmt aber seit dem 2. Mai vorigen Jahres die Volksmeinung sich entscheidend geändert hat, dürfte jedem, der mit offenen Augen und Ohren in Danzig lebt, bekannt sein und nicht bestritten werden können. Schon die letzte Wahl entsprach nicht der wahren Volksmeinung. Das Urteil des Obergerichts, welches die Stimmen der Nationalsozialisten in 18 Orten ganz, im Landgebiet zu 10 Prozent und im Stadtgebiet zu 3 Prozent für ungültig erklärte, hätte keine andere Partei auf sich sitzen lassen. Jede andere Partei hätte eine neue Volksbefragung durchgeführt und nicht durch Stillschweigen bestätigt, daß sie ihre Mehrheit nicht auf eine ordnungsmäßige Wahl zurückführen könne, sondern nur einer Schätzung verdanke. Jedes Ausweichen vor einer neuen Volksbefragung kann nur als Schwäche gedeutet werden, trotz der starken Ausdrücke, mit der sie drapiert wird.

Der „Vorposten" schrieb einmal vor Jahresfrist: (Nationalsozialistischer Zwischenruf: „Ach, immer wieder der „Vorposten — —!") Abg. Moritz fortfahrend: Ist Ihnen der „Vorposten" auch schon über? Mir auch! Aber er schrieb wirklich einmal:

„Jeder, der bis gestern noch glaubte, aus irgend welchen Gründen der NSDAP. seine Stimme versagen zu müssen, wird jetzt zu der Ueberzeugung kommen, daß es gar keinen Zweck hat, für Parteien zu stimmen, die zu feige sind, für eine Neuwahl zu stimmen. Denn besser kann die Furcht vor dem Volksgericht nicht ausgedrückt werden."

Der „Vorposten" meinte dann weiter, es sei erbärmlich von einer Partei, die, wie er schreibt,

„sich zuerst bei der Aufstellung unverschämter Forderungen auf die Stimme des Volkes beruft und dann im selben Augenblick vor der Volksmeinung Angst kriegt, als das Volk nun seine Entscheidung gefragt werden soll."

Danach kann es für die Nationalsozialisten nichts anderes geben, als aus der Meinung des „Vorposten" die Konsequenzen zu ziehen. Die Argumente des Herrn Präsidenten Beyl gegen die Auflösung des Volkstages gehen zum größten Teil vorbei, denn es handelt sich bei diesem Antrag nicht um eine Hoffnung auf Hilfe von internationalen Instanzen, sondern um einen Appell an die Stimme des Volkes. Uns fehlt nicht, wie Herr Beyl behauptet, das Zusammengehörigkeitsgefühl mit Deutschland, sondern uns fehlt in Danzig Rede-, Meinungs-, Versammlungsfreiheit und die Hergabe von Versammlungsräumen!

Die Nationalsozialisten haben in der letzten Volkstagssitzung wiederholt auf das letzte Abstimmungsergebnis im Reiche Bezug genommen und angedeutet, daß die Stimmung in Danzig ebenso sei. Dann haben sie aber um so mehr Anlaß, diesem Auflösungsantrag zuzustimmen. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus!

Das Volk will aber, daß Danzig nach der Verfassung regiert werde, und nicht durch einen Statthalter!" (Beifall bei der Opposition.)

Der Einzug der Italiener in Addis Abeba

Mussolini erklärt den Krieg als beendet — Freundliche Worte an England und Frankreich

Wie der britische Gesandte in Addis Abeba, Sir Sidney Barton, meldet, sind die italienischen Truppen gestern um 4 Uhr nachmittags abessinischer Zeit, d. h. um 2.45 Uhr MEZ., in Addis Abeba mit einer starken Streitmacht eingerückt, die an der britischen Gesandtschaft vorbei in die Hauptstadt des abessinischen Reiches einzog.

Nach dem Einmarsch in die abessinische Hauptstadt besetzten die Italiener am Spätnachmittag des Dienstag die italienische Gesandtschaft. Dort fand unter militärischen Ehren die feierliche Flaggenhissung statt, wobei Marschall Badoglio große Kundgebungen bereitet wurden.

Gleichzeitig traf der frühere Militärattaché Talberini in Addis Abeba ein, der seinerzeit mit dem Gesandten Vinci vor seiner Abreise aus der Hauptstadt die Haft geteilt hatte.

Nach der Flaggenhissung wurden von den italienischen Truppen die beiden kaiserlichen Paläste, der Flugplatz sowie die Eisenbahn- und Funkstation besetzt. Fast alle Häuser der Stadt zeigten weiße Flaggen.

Die Bevölkerung beim Einzug

Das Räuberunwesen erledigt — Sympathiekundgebungen der Eingeborenen — Unterwerfung der Geistlichkeit

Ueber den Einmarsch der italienischen Truppen in Addis Abeba funkt der Kriegsberichterstatter des DNB.:

Bereits zehn Kilometer vor der abessinischen Hauptstadt, während Marschall und sein Stab sich gerade zum Einzug anschickten, kamen den italienischen Truppen zahlreiche Einwohner entgegen, die den Soldaten unter Freudenkundgebungen Blumen überreichten, in die Hände klatschten und abessinische Trommeln schlugen. Die Bevölkerung begleitete den Marschall dann unter Freudenrufen bis zur italienischen Gesandtschaft, wo Badoglio Wohnung nahm. Auch die abessinische Geistlichkeit erklärte ihre Unterwerfung.

Der Einzug der italienischen Truppen hat dem Räuberunwesen, unter dem die Bewohner seit Tagen zu leiden hatten, ein sofortiges Ende gesetzt. Es gelang überraschend schnell, die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Auch die zahlreichen Brände konnten zum größten Teeil gelöscht werden. Die Nachricht von dem Aufruhr in der abessinischen Hauptstadt hatte Marschall Badoglio veranlaßt, kurz vor der Stadt die große Kraftwagenkolonne, die wegen der aufgeweichten Wege nur langsam vorwärts kam, zurückzulassen und in Eilmärschen in die Stadt einzurücken. Ueber den Umfang der durch die Plünderer angerichteten Verheerungen kann man sich noch kein abschließendes Bild machen.

England wartet ab

Wahrscheinlich keine Regelung auf der nächsten Ratstagung

Der Einmarsch der italienischen Truppen in Addis Abeba ist in der Londoner White Hall mit großer Ruhe aufgenommen worden. Amtliche englische Kreise sind auch jetzt zurückhaltend und weisen darauf hin, daß man zunächst die weitere Entwicklung der Ereignisse abwarten müsse. Die Entscheidung über die rechtliche Lage der ausländischen Gesandtschaften in Addis Abeba hänge ganz davon ab, welche Verwaltungspolitischen Maßnahmen die Italiener ergreifen werden. Die Lage könnte erleichtert werden, wenn Italien einen italienischen Ras als Titularoberhaupt eines von der italienischen Armee unterstützten neuen abessinischen Regimes einsetzen würde. Sollte Italien aber beschließen, aus Abessinien ganz einfach eine italienische Kolonie zu machen, dann könne man schwerlich einsehen, wie die ausländischen Gesandtschaften in der Hauptstadt verbleiben könnten, ohne die italienische Eroberung förmlich anzuerkennen. Aus mehreren Anzeichen lasse sich schließen, daß Mussolini sich bemühen werde, die gegenwärtige Lage zu erleichtern.

In unterrichteten politischen Kreisen Londons nimmt man nicht an, daß auf der Ratssitzung am Montag der Versuch gemacht werden wird, die abessinische Frage irgendwie zu regeln. Es sei vielmehr damit zu rechnen, daß Frankreich und England sich zunächst damit zufrieden geben werden, die laufenden Sanktionsmaßnahmen fortzusetzen, vorausgesetzt daß sich nicht ein Teil der Sanktionsländer von der Sühnepolitik zurückzieht.

Jubel in Italien

Mussolini will den Sieg ausnutzen — „Der Krieg ist beendet"

Der vom italienischen Regierungschef am Montag in der Kammer angesagte Generalappell des italienischen Volkes zur Entgegennahme der Siegesbotschaft Mussolinis über den Einzug der italienischen Truppen in Addis Abeba wurde Dienstag abend abgehalten.

Kurz vor 8 Uhr abends erscheint Mussolini auf dem Balkon des Palazzo Venezia, von der nach Hunderttausenden zählenden Menge mit stürmischem Jubel begrüßt. Unter dem tosenden Beifall der Menge verkündete Mussolini:

„Hört mich an! Marschall Badoglio telegraphiert: Heute, 5. Mai, bin ich an der Spitze der siegreichen Truppen um 4 Uhr in Addis Abeba eingerückt."

„Während der 30 Jahrhunderte seiner Geschichte", so führte er u. a. weiter aus, „hat Italien viele denkwürdige Stunden erlebt. Aber die heutige ist eine der feierlichsten. Ich kündige dem italienischen Volke und der Welt an:

Der Krieg ist beendet. Ich kündige dem italienischen Volk und der Welt an: Der Friede ist wiederhergestellt.

Nicht ohne innere Ergriffenheit und nicht ohne Stolz spreche ich nach sieben Monaten harten Kampfes dieses große Wort aus. Allein es ist dringend notwendig hinzuzufügen, daß es sich um unseren Frieden, um den römischen Frieden handelt, der in folgender einfachen, unwiderruflichen, endgültigen Losung seinen Ausdruck findet:

Abessinien ist italienisch. Italienisch de facto, weil es von unseren siegreichen Heeren besetzt ist;

italienisch de jure, weil mit dem römischen Adler die Kultur über die Barbarei triumphiert, die Gerechtigkeit über die grausame Willkür, die Erlösung über die tausendjährige Sklaverei. Mit der Besetzung von Addis Abeba ist der Friede bereits eine vollzogene Tatsache. . .

Ich muß sofort hinzufügen, daß wir bereit sind, unseren glänzenden Sieg mit der gleichen Unentwegtheit und unerbittlichen Bestimmtheit zu verteidigen, mit der wir ihn errungen haben."

Mussolini an England

Großbritannien gehört zu den freundlich gesinnten Staaten — Italien wird jetzt in Europa aktiv werden

Die „Daily Mail" veröffentlicht eine Unterredung ihres Sonderberichterstatters Ward Price mit Mussolini, die einige bemerkenswerte Aeußerungen des italienischen Regierungschefs über die Politik Italiens nach der Beendigung des abessinischen Feldzuges enthält.

In dieser Unterredung erklärte Mussolini u. a.: „In meiner Politik habe ich niemals irgendeine Schädigung der Interessen des britischen Weltreiches geplant. Auch jetzt habe ich keine derartige Schädigung vor. Italien hat nicht das geringste Verlangen nach Aegypten. Italien betrachtet Aegypten als ein unabhängiges Land, das nicht zu Afrika, sondern zum Mittelmeer gehört, und mit dem Italien stets die besten Beziehungen unterhalten hat und unterhalten wird. Italien hat keinerlei politisches Interesse im Sudan oder in Palästina. Es ist daher völlig unrichtig, den Italienern irgendeine Verantwortung für die Zusammenstöße zwischen den Arabern und Juden zuzuschreiben."

Mussolini fügte hinzu, er sei bereit, diese Erklärung in jeder geforderten Form zu bekräftigen. Es treffe nicht zu, daß Italien irgendwelche weiteren kolonialen Bestrebungen habe:

„Dieser Sieg in Ostafrika versetzt Italien in die Gruppe der befriedigten Mächte. England und Frankreich sollten sich der Bedeutung dieses Umstandes bewußt sein."

Auf eine Anfrage des Berichterstatters, wie sich Mussolini die Friedensregelung in Abessinien denke, erwiderte dieser, daß er hierauf noch keine bestimmte Antwort geben könne.

Der Berichterstatter fragte dann, ob es anderen Ländern möglich sein werde, sich an der wirtschaftlichen Entwicklung Abessiniens unter italienischer Herrschaft zu beteiligen. Mussolini antwortete: „Wir werden nicht die Tür gegen wirtschaftliche Unternehmungen freundlich gesinnter Staaten schließen, denn es ist unser Ziel, das Wohlergehen der abessinischen Bevölkerung und das Wohlhaben der Welt zu erhöhen." Er fügte hinzu,

daß er England und Frankreich zu den freundlich gesinnten Staaten rechne, die sich an der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung Abessiniens beteiligen könnten.

Im weiteren Verlauf der Unterredung sagte Mussolini, daß wahrscheinlich noch einige kleinere militärische Operationen in Oschaden erforderlich seien. Er wende jedoch seine Aufmerksamkeit der Lage in Europa zu. Allgemein sei man sich darüber einig, daß eine Reorganisation des Völkerbundes notwendig sei. Durch die Ereignisse werde die Reform noch dringlicher gemacht. Italien sei bereit, sich daran zu beteiligen. Es sei seine Ueberzeugung, daß der Völkerbund fortbestehen könne und müsse.

Eden Ratspräsident

England Haltung in Genf

In London wurde am Dienstag nachmittag amtlich mitgeteilt, daß — entgegen anderslautenden Gerüchten aus Genf — der englische Außenminister Eden den Vorsitz über die Völkerbundsversammlung am Montag übernommen habe.

Die kurzfristige Einstellung Großbritanniens zum Völkerbund ist nach Mitteilung des diplomatischen Mitarbeiters der „Morning Post" die wichtigste Frage, die das Kabinett zurzeit beschäftige. In der Frage der Sanktionen sei vorläufig keine Entscheidung gefallen. Es sei angenommen, daß Eden für Genf die Weisung erhalten werde, sich den allgemeinen Wünschen des Völkerbundsrates anzuschließen. In englischen Regierungskreisen weise man darauf hin, daß die Sanktionsmaßnahmen kollektiv verhängt worden seien und deshalb nur so wieder aufgehoben werden könnten. Eine Vertagerung könne nur bezwecken, dem Völkerbund bei der künftigen Behandlung der abessinischen Frage einen Vorsitz zu sichern. Da Italien niemals auch dem Völkerbund angehört sei, so liege auch nicht im Wege, daß es seinen Platz im Rat wieder einnehme und eine normale Rolle in den europäischen Angelegenheiten spiele.

In der heutigen Kabinettssitzung werden die Richtlinien für die heute nachmittag erwartete Unterhausdebatte festgelegt werden.

Besprechungen in Warschau

Staatspräsident empfängt Ministerpräsident und Außenminister

Aus Warschau wird gemeldet: Der polnische Staatspräsident hat gestern in Begleitung des Ministerpräsidenten Sławoj-Składkowski und Generalobersten des Außenministers Beck empfangen.

Diese Besprechungen dürften sowohl mit der für erforderlich gehaltenen Stärkung der Regierungslager wie auch — anläßlich der Tagung des Rates des Völkerbunds — mit der Stellungnahme zu der außenpolitischen Situation in Europa [illegible]

Kabinettsrat in Paris

Verschiebung der Geschäfte durch die Regierung bis 1. Juni

Die Mitglieder des Kabinetts Sarraut traten gestern nachmittag zu einem Kabinettsrat zusammen, um sich mit der durch die Wahl geschaffenen Lage zu beschäftigen und über die Weiterführung der Regierungsgeschäfte bis zum Zusammentritt der neuen Kammer Beschluß zu fassen. Man nimmt an, daß die Regierung bis zum Beginn der neuen Legislaturperiode im Amt bleiben wird.

Wie über den Kabinettsrat auf unterrichteter Quelle verlautet, hat Ministerpräsident Sarraut den fünf bei den Wahlen geschlagenen oder zurückgetretenen Ministern für ihre Tätigkeit gedankt und alle Kabinettsmitglieder aufgefordert, die Regierungsgeschäfte bis zum Ablauf der Legislaturperiode, d. h. bis zum 1. Juni weiterzuführen. Finanzminister Regnier wird ferner darauf hin, daß er bis zur Neubildung der Regierung keine Maßnahmen für die Devisenzentrale, Gold- und Devisenkäufe und das Schatzamt für notwendig erachte. Es wurde weiter beschlossen, daß Außenminister Flandin sich mit dem 11. Mai nach Genf begibt.

Französische Goldtransporte nach London

Montag traten unerheblich große Mengen Gold aus Frankreich in London ein. Allein die in den letzten Tagen und Stunden angekommenen Goldmengen werden auf über 2 Milliarden Pfund geschätzt. Es wurden in London Sonderflugzeuge für den Transport des Barengolds von Frankreich nach England gebraucht.

Die weitere Entwicklung der innerpolitischen Lage und der Währungslage stehen im Mittelpunkt der Erörterungen der Pariser Morgenpresse. Zur Finanz- und Währungslage erklärt Leon Blum im „Populaire", die Devisenpolitik sei gegen eine Finanz- und Währungskrisis. Das „Journal" schätzt die Höhe der Goldabflüsse der letzten Tage auf 1½ Milliarden Franken.

Die heftigen Maßnahmen der Regierung Sarraut zur Verteidigung des Franken [illegible] von auf die Möglichkeiten abgestellt zu sein, die die Bank von Frankreich treffen kann, also Diskonterhöhung, um die mit geborgten Geldern durchgeführten Spekulationen auf Abwertung des Franken abzuwürgen. Es soll eine Fachbesprechung darüber stattfinden, an der nicht nur der Ministerpräsident und der Gouverneur der Bank von Frankreich, sondern möglicherweise auch die Vorsitzenden der hauptsächlichsten neuen Mehrheitsparteien teilnehmen sollen.

Vermutungen über die Regierungsbildung

Auf Grund der Erklärung des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei, daß sich die Kommunisten nicht an einer neuen Regierung beteiligen werden, sondern sie lediglich in der Kammer unterstützen wollen, glaubt der Paris Midi, daß sich das 107. Ministerium der dritten Republik nur aus Parteifreunden Leon Blums, Daladier und Paul-Boncour zusammensetzen werde. Der Generalsekretär der Sozialistischen Partei, Severac, äußerte sich einem Vertreter des Blattes über den etwaigen Zeitpunkt einer Regierungsbildung durch die Sozialisten, daß lediglich der Parteikongreß über eine derartige Maßnahme zu beschließen haben werde. Dieser Kongreß solle am 30. Mai zusammentreten. Auf der sozialistischen Parteitagung in Toulouse sei dieser Zeitpunkt bereits ins Auge gefaßt worden.

Ueber die Zusammensetzung des nächsten Ministeriums meint der Figaro, daß die Namen, die vornehmlich für die Verteilung der Posten genannt würden, so u. a. Leon Blum für das Justizministerium und Vincent Auriol für das Finanzministerium, eine derartige Umwälzung der Richtlinien bedeuten, daß eine Uebergangszeit notwendig sein werde, um die Oeffentlichkeit zu beruhigen.

Der Senat der Technischen Hochschule in Warschau hat im Zusammenhang mit den letzten Ereignissen auf der Hochschule beschlossen, erneut die Verordnung des Rektors vom 4. Mai über die Einstellung der Vorlesungen bis auf weiteres aufrecht zu erhalten, zugleich ein Disziplinargericht einzusetzen, das die ganze Angelegenheit untersuchen und dem Senat seine Vorschläge unterbreiten soll.

Die Debatten im Volkstag

Um den Auflösungsantrag — Die Anfragen der Oppositionsparteien

Bei Beginn der gestrigen Volkstagssitzung teilte der Präsident des Volkstages, Beyl, mit, daß die Abg. Weise (Ntnatl.), Andres und Kapeller (Nat.-Soz.) wegen Krankheit von der Teilnahme an der Sitzung beurlaubt seien. Ferner teilte Präsident Beyl mit, daß der Abgeordnete Kuhn (Nat.-Soz.), der bekanntlich im Jahre 1934 von der Sozialdemokratie zu den Nationalsozialisten überwechselte, als Studienrat in die Dienste des preußischen Staates übergetreten sei und deshalb sein Amt als Volkstagsabgeordneter niedergelegt habe. Präsident Beyl widmete Herrn Kuhn namens der nationalsozialistischen Fraktion einige auffallend herzlich gehaltene Abschiedsworte. Sodann beschloß der Volkstag auf nationalsozialistischen Antrag, die Tagesordnung der gestrigen Sitzung zu erweitern und als sechsten Punkt die Wahl dreier Vertreter für die Präsidenten im Richterwahlausschuß anzusetzen.

Als erster Tagesordnungspunkt kam der von der Sozialdemokratie, dem Zentrum und den Deutschnationalen gemeinsam eingebrachte

Antrag auf Auflösung des Volkstages

zur Verhandlung. Auf nationalsozialistischen Antrag wurde die Redezeit wiederum beschränkt, so daß beispielsweise die Sozialdemokratie 32 Minuten, das Zentrum 25 Minuten, die Deutschnationalen 5 Minuten und die Kommunisten und Polen je 4 Minuten Redezeit erhielten. Unter dem Präsidium des Vizepräsidenten des Volkstages, Tolius, sprach sodann als Vorsitzender der Nationalsozialistischen Fraktion als erster Redner Abg. Beyl.

Abg. Beyl (Nat.-Soz.

erklärte, daß die Nationalsozialisten gar nicht daran dächten, dem Antrag auf Auflösung des Volkstages, den die „vereinigte Oppositionspartei“ eingebracht habe, ihre Zustimmung zu geben. Kein vernünftiger Mensch könne den Antrag ernst nehmen. (Heiterkeit links!) Die Nationalsozialisten wären schon im August 1935, als ebenfalls ein Auflösungsantrag dem Volkstage vorlag, auf diese „Mätzchen“ nicht hereingefallen. Die Opposition verspreche sich von dem Antrag eine Wirkung auf die Danziger und auf die internationale Oeffentlichkeit. Der Antrag stamme von der gleichen „Volksfront“, die jetzt in Frankreich einen Sieg errungen habe. Aber die Oeffentlichkeit verspüre nichts von den Wirkungen dieser „Volksfront“. Die Entwicklung in Danzig gehe ihren eigenen Weg, und es sei eine Frage des längeren Atems und der besseren Nerven, wer siegen werde. Die Nationalsozialisten hätten Zeit und könnten abwarten, es werde der Zeitpunkt kommen, dann würden sie einen solchen Auflösungsantrag einbringen. (Zurufe links: Wir warten schon darauf!)

Der Angriff der Opposition sei zunächst unterirdisch vor sich gegangen, dann sei die Opposition zum Frontalangriff geschritten. Sie habe auch internationale Kräfte bemüht. Die Opposition habe den Kampf bereits verloren. Noch nie seien die Versammlungen und Kundgebungen der Nationalsozialisten so überfüllt gewesen wie heute. (Zwischenruf: Freiwillig?) Die nationalsozialistische Mehrheit sei gefestigt. Die Opposition hätte aber Angst. Es schreckten sie die Spuren Thälmanns und anderer Insassen der deutschen Konzentrationslager. Zum Schluß erklärte der Abg. Beyl noch einmal, daß die Massen hinter der NSDAP. ständen. Am 1. Mai seien sie zu ihr gekommen, und ihre Begeisterung sei aus ehrlichem Herzen freiwillig zustande gekommen. (Heiterkeit links!)

Im Namen der Sozialdemokratie begründete sodann Abg. Willy Moritz den Antrag auf Auflösung des Volkstages. Wir geben seine Ausführungen auf der ersten Seite des Hauptblattes unserer heutigen Ausgabe wieder.

Abg. Potrykus (Zentrum)

erklärte zu dem Auflösungsantrag im Wesentlichen:

Bei der fundamentalen Bedeutung, die Volkstagswahlen für die Gestaltung unseres Staatslebens haben, ist es von entscheidender Wichtigkeit, daß der Wille des Volkes unbehindert und unverfälscht zum Ausdruck kommt. Das soll, wie unsere Verfassung vorschreibt, geschehen in einer freien, gleichen und geheimen Wahl.

Diese selbstverständlichen und unerläßlichen Bedingungen sind offenbar nicht erfüllt gewesen bei der Wahl vom April v. Js. Obwohl nun schon ein Jahr dazwischen liegt, ist

noch in lebhafter Erinnerung, mit welchen Methoden eine Partei ihr Ziel erreichen wollte.

Einengung und Behinderung der gegnerischen Wahlpropaganda, ehrabschneidende Beschimpfungen und Verleumdungen Andersdenkender in aller Oeffentlichkeit, Bedrohungen, Ueberfälle und Mißhandlungen politischer Gegner schufen Zustände, daß auch gemäß Feststellung des Obergerichts „bei Wählern der anderen Parteien das Gefühl der Schutzlosigkeit aufkommen konnte.“ — Wenn ferner unzulässige Wahlbeeinflussung unter Bedrohung der Existenz nicht nur von privaten nationalsozialistischen Arbeitgebern, sondern selbst von Behörden und amtlichen Personen geübt worden ist, wenn in einer großen Anzahl von Bezirken öffen gewählt und teilweise auch unrichtig ausgezählt worden, wenn endlich die Wahl unter verfassungswidrigen Gesetzen zustandegekommen ist, dann dürfte es eigentlich gar keinen Streit darüber geben, ob eine solche Wahl wirklich Grundlage des politischen Geschehens für die nächsten vier Jahre sein und bleiben könne.

Das Obergericht stellt denn auch eine ganze Reihe teilweise sehr schwerwiegender Wahlverstöße fest, denen es „eine erhebliche Einwirkung auf die Wahl“ zuschreibt. Uns will aber andererseits die vorgenommene Korrektur des Wahlresultats um ein einziges Mandat als nicht „erheblich“ und keineswegs als ausreichend erscheinen. Wir sind der Ueberzeugung, daß alle Schätzungen fehl gehen müssen und daß bei der Wichtigkeit von Volkstagswahlen für unser Staatswesen nur eine absolut einwandfreie Grundlage befriedigen kann; d. h. daß nur Neuwahlen unter streng verfassungsmäßigen Zuständen die erforderliche Klärung bringen können.

Wir sind der Auffassung, daß bei wirklich ordnungsmäßiger Durchführung der Wahl schon damals das Ergebnis noch enttäuschender für die NSDAP. ausgefallen wäre, als es ohnehin schon der Fall war. Damals aber stand das Volk noch unter dem Eindruck autoritativer Erklärungen, die das „eiserne Festhalten an der Stabilität unserer Währung, die ganz ausgezeichnete Finanz- und Kassenlage des Staates und den hervorragenden Stand der Danziger Wirtschaft“ behaupteten. Damit hat aber

das Volk seine Stimme unter ganz falschen Voraussetzungen abgegeben.

Es ist höchst bedauerlich und für die Allgemeinheit sehr abträglich, wenn nach den inzwischen gemachten Erfahrungen die Erklärungen selbst maßgebender Persönlichkeiten mit allergrößter Skepsis aufgenommen werden. Deswegen müssen unbedingt baldigst Vertrauen und Vertrauenswürdigkeit wieder hergestellt werden; nach Lage der Dinge ist das nur durch eine Neuwahl möglich.

Entziehen Sie sich aber der Wahl, dann, meine Herren Nationalsozialisten, glaubt Ihnen kein Mensch mehr die starken Töne, die Sie immer noch gelegentlich anzuschlagen belieben.

Sind Sie wirklich so stark, wie Sie vorgeben, dann werden Sie der Entscheidung des Volks nicht ausweichen;

dann werden Sie die gebotene Gelegenheit benutzen, um den Streit im eigenen Hause auszutragen und damit viele Dinge, die weder Ihnen noch uns Freude machen, denkbar einfach zu lösen.

Eine Neuwahl ist nach unserer Ueberzeugung zur Konsolidierung Danzigs nach innen und außen notwendig. Sie tun Ihre Pflicht, wenn Sie dieser Notwendigkeit Rechnung tragen! (Beifall bei den Oppositionsparteien.)

Namens der kommunistischen Abgeordneten erklärte

Abg. Plenikowski (Kom.)

unter anderem folgendes:

Die Volkstagswahl am 7. April 1936 erbrachte bereits den eindeutigen Beweis dafür, daß die Bevölkerung der Freien Stadt den Nationalsozialismus ablehnt. Daran vermag auch die für die nationalsozialistische Liste abgegebene „Mehrheit“ aller Stimmen nichts zu ändern. Das Wahlprüfungsverfahren hat der ganzen Welt gezeigt, wie der Nationalsozialismus sich seine „Mehrheit“ zu verschaffen gewußt hat. Der Nationalsozialismus hat kein Recht, sich auf die angebliche Stimmenmehrheit der Wahl vom 7. April 1935 zu berufen.

Die der Wahl folgenden Ereignisse des hinter uns liegenden Jahres, vor allem die Guldenabwertung, haben dazu beigetragen, die gegen den Nationalsozialismus gerichtete Mehrheit gewaltig zu verstärken. Der Nationalsozialismus weiß, daß er sich nur noch auf eine Minderheit zu stützen vermag. Deshalb die ständige Ablehnung der Forderung der Massen auf Neuwahl des Volkstages. Wir begrüßen die erneute Einbringung des Antrages auf Auflösung des Volkstages. Der weitere Kampf um die Neuwahl müsse einheitlicher geführt werden. Die Kommunisten seien für den Zusammenschluß aller gegen den Nationalsozialismus gerichteten Kräfte. Sie würden auch bereit sein, eine nichtnationalsozialistische demokratische Regierung zu unterstützen, die den Forderungen der Werktätigen Rechnung zu tragen gewillt ist und dem Volk jederzeit die Möglichkeit gibt, in wirklich freier und geheimer Wahl zu bestimmen, von wem Danzgi regiert werden will.

Der Nationalsozialismus hat Danzig an den Rand des Abgrundes gebracht. Mit Ausnahme einer kleinen Schicht von Unternehmern, Direktoren, hohen Beamten und nationalsozialistischen Funktionären reicht das Einkommen aller übrigen Volksgenossen kaum aus, den Hunger zu stillen, die Miete zu bezahlen und nicht nackt herumzulaufen. Zehntausende von Unterstützungsempfängern und schlecht bezahlten Arbeitern stehen darüber hinaus ständig vor der Sorge, entweder die Miete zu bezahlen und dann die Familie hungern zu lassen, oder über die Familie vor dem gröbsten Hunger zu bewahren, dann aber sich von der Exmittierung bedroht zu sehen. Die Zahl der Selbstmorde steigt. Die Unglücksfälle in den Betrieben häufen sich. Noch nie wurden in Danzig so viele Raubmorde und ähnliche Verbrechen begangen, wie unter nationalsozialistischer Herrschaft.

Der Unterdrückungsfeldzug gegen die Opposition gehe weiter. Nach wie vor werden weiter Organisationen verboten, Versammlungen aufgelöst, Zeitungen beschlagnahmt und eingezogen, die Beschlagnahme der Zeitungen aufrechterhalten, Haussuchungen vorgenommen, Personen verhaftet, weil sie in Opposition zum Nationalsozialismus stehen und sich dementsprechend betätigen. In den Schulen nimmt die Zwangserziehung für den Nationalsozialismus und der damit verbundene Druck auf die Kinder, ohne Rücksicht auf die Gesinnung ihrer Eltern unerträgliche Formen an. Diesen Zuständen muß ein Ende bereitet werden.

Es gilt, dem freien Willen des Volkes wieder Geltung zu verschaffen. Die Massen haben die Flaggenparaden und Zwangsaufmärsche satt. Sie wollen ihre verfassungsmäßig garantierten Rechte und Freiheiten, sie wollen ihre Gewerkschaften, sie wollen endlich die freie Wahl der Vertreterausschüsse in den Betrieben. Sie wollen den Abwertungsausgleich der Löhne und Gehälter, der Unterstützungen und Renten, die Senkung der Preise durch Beseitigung der Versorgungsverbände mit ihren hohen Zwischengewinnen. Es gelte, Danzig frei zu machen von der Naziherrschaft.

Abg. Gamm (Deutschnat.)

erklärte unter anderem:

Die Deutschnationalen haben den Antrag auf Auflösung des Volkstages zunächst aus verfassungsrechtlichen Gründen unterzeichnet. Sie sehen in der Verfassung nicht nur eine innerstaatliche Norm, sondern auch den stärksten Schutz nach außen, die Garantie der staatlichen Existenz überhaupt. Es sei die Pflicht jeder Danziger Regierung, die Verfassung und die Verträge strengstens einzuhalten. Die Nationalsozialisten mußten von vornherein in Konflikt zwischen Verwirklichung ihres Parteiprogramms und der Verfassung kommen, denn Führerprinzip und Totalitätsanspruch vertragen sich nicht mit den Grundsätzen der Demokratie. Die Verstöße gegen die Verfassung wurden von den Nationalsozialisten selbst zugegeben. Volkstagspräsident Beyl sagte gelegentlich zur Opposition: „Verfassungsmäßig sind Sie im Recht.“

Auch wirtschaftliche Gründe veranlaßten den Antrag. Die Guldenabwertung für das kleine Danzig, das keine Autarkie treiben kann, war ein vorauszusehender Fehlschlag. Das Vertrauen zur Währung ist geschwunden. Beweis: der Rückgang des Zahlungsmittelumlaufes auf weniger als die Hälfte des Goldguldens, vermutlicher Umlauf anderer Währungen in erheblicher Menge. Tausende Sparer, ungezählte Versicherte und der Hausbesitz erlitten Vermögensverlust, d. h. Rückgang des Volksvermögens. Die Verteuerung der Lebenshaltung führte zum Rückgang des Umsatzes. Die Devisenzwangswirtschaft behindert den Handel und Verkehr. Die Zwangswirtschaft der lebensnotwendigen Dinge verteuert und hemmt die Qualitätsleistungen. Eine gesunde wirtschaftliche Existenz ist die Voraussetzung für kulturelle Leistungen und die Grundlage nationaler Kraft.

Die dauernde Beschimpfung und Verdächtigung der nichtnationalsozialistischen Mitbürger schädigt aber auch das Ansehen Danzigs in der Weltöffentlichkeit, sie erzeugt einen falschen Eindruck von dem deutschen Charakter Danzigs, deshalb ist sie eine Gefährdung des Deutschtums. Wir Deutschnationalen halten es für eine nationale Pflicht, das Naziregime in Danzig schnellstens zu beseitigen. Wir werden deshalb für die Auflösung des Volkstages stimmen.

Für die polnische Gruppe sprach

Abg. Budzinski.

Er erklärte, die Verhandlungen über den Auflösungsantrag muteten ihn wie eine Theatervorstellung an. Die NSDAP. würde dem Antrag sicher zustimmen, wenn sie die Ueberzeugung hätte, daß sie durch Neuwahlen eine größere Mehrheit bekommen würde. Die Opposition hätte ihren Antrag vielleicht auch nicht gestellt, wenn sie hätte annehmen müssen, daß die Nationalsozialisten ihm zustimmen würden. (Widerspruch links.) Die letzte Volkstagswahl sei unter Terror vor sich gegangen. Unter diesem Terror hätte auch die polnische Bevölkerung zu leiden gehabt. Bei einer Neuwahl sei daher eine internationale Aufsicht erforderlich. Am Schluß seiner Ausführungen erklärte Abg. Budzinski, daß er dem Antrage auf Auflösung des Volkstages zustimmen werde, weil in Danzig eine Wahl notwendig sei. (Der nationalsozialistische Abg. Temp rief ihm dabei erregt zu: Sie kandidieren dann aber nicht mehr!)

Es erfolgte sodann eine namentliche Abstimmung über den Auflösungsantrag. An der Abstimmung beteiligten sich 69 Abgeordnete, davon stimmten mit Ja 29, mit Nein 40. Als Präsident Beyl daraufhin erklärte, daß der Antrag auf Auflösung des Volkstages abgelehnt worden sei, stimmten die Nationalsozialisten in ein lautes „Bravo!“ ein.

Nach der Beratung des Auflösungsantrages wurden sodann vier Große Anfragen der Oppositionsparteien behandelt, bei denen für die Begründung jeder Anfrage eine Redezeit von nur je 10 Minuten und für die Besprechung der Antworten des Senats eine Redezeit von 10 Minuten für die Sozialdemokratie, 8 Minuten für das Zentrum, und je 2 Minuten für die Deutschnationalen, die Kommunisten und Polen zugebilligt wurden.

Als erste Anfrage stand auf der Tagesordnung die Anfrage des Zentrums über das

Verhalten der Polizeibeamten während der Volkstagswahl 1935

Die Anfrage wurde begründet durch den Abg. Klein (Ztr.). Die Große Anfrage sei eingebracht, führte er aus, um die Regierung zu befragen, was sie gegen die Polizeibeamten unternommen habe bzw. zu unternehmen gedenke, die während des Wahlkampfes 1935 pflichtwidrig gehandelt haben. Wer aus eigener Anschauung sich von den Ueberfällen überzeugt habe, die während des Wahlkampfes auf oppositionelle Staatsbürger verübt worden seien, könne sich ein Bild davon machen, mit welcher Brutalität diese ausgeführt worden seien. Es sei mit einem Rechtsstaat unvereinbar, Beamte zu besolden, die den ganzen Polizeiapparat in Mißkredit brächten. Wo solle es hinführen, wenn in weitesten Kreisen der Danziger Bevölkerung die Ansicht immer weiter um sich greife, daß die Polizei nicht mehr in der Lage sei, den Schutz der Personen und des Eigentums zu übernehmen? Es müsse vornehmste Aufgabe jeder Regierung sein, alles zu verhindern, was den Anschein erwecken könnte, die Polizei sei parteiisch eingestellt.

Das Obergericht habe festgestellt, daß während des Wahlkampfes in verschiedenen Fällen die Polizei versagt habe. In seinem Urteil heiße es ausdrücklich, daß „ein für das Ergebnis der Wahl erhebliches Versagen der Polizei in den Fällen Mankau, Viktoriagarten in Zoppot, Händel, Ziemathis, katholische Spielschule und katholisches Pfarramt Neuteich und in den Fällen Alex und Höhn in Rosenberg festgestellt worden ist“. Diese Ereignisse im April 1935 seien kein Ruhmesblatt für die Polizei. Die Opposition sei sich klar darüber, daß die überwiegende Mehrheit der Danziger Polizei dies Verhalten ihrer Kollegen genau so scharf mißbillige wie sie selbst. Es müsse Aufgabe der Regierung sein, wieder dafür zu sorgen, daß die Polizei zu strengster Unparteilichkeit angehalten werde. Die Regierung könne nicht tatenlos zusehen, wie das Ansehen der Polizei, die sonst einen guten Ruf habe, zerstört werde. Sämtliche Polizeibeamten, denen ein Verschulden vom Obergericht nachgewiesen sei, versehen noch heute ihren Dienst. Sie hätten den Grundsatz der Danziger Verfassung, Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei zu sein, auf das gröbste verletzt.

Die Antwort des Senats

Namens des Senats beantwortete die Anfrage Obergerichtsrat Kettlitz. Die Große Anfrage berufe sich auf das Obergerichtsurteil. Es könne jedoch auf die in der Anfrage genannten Verfehlungen nicht mehr zurückgekommen werden, weil durch das Amnestiegesetz sämtliche politischen Vergehen, auch die der Beamten, amnestiert worden seien. (Zurufe links: Es handelt sich aber um Amtsverbrechen!) Die vorliegenden Fälle müßten als politische Vergehen angesehen werden. Es sei möglich, daß solche auch im Dienst begangen werden können.

In der Besprechung der Regierungserklärung ergriff als erster Redner der

Abg. Johannes Mau (Soz.)

das Wort. Er führte folgendes aus:

„Die zahlreichen Prozesse, die die überfallenen Anhänger der Opposition auf Grund der Bestimmungen des Tumultschaden-Gesetzes gegen viele Gemeinden mit Erfolg geführt haben, durch welche die Gemeinden zur Zahlung von vielen Tausenden von Gulden verurteilt wurden, sind wohl der beste Beweis für das völlige Versagen der Polizei während der verflossenen Wahlkämpfe.

Das Faustrecht, das die Nationalsozialisten vielfach unter den Augen der Polizei — wie im Falle Ziemathis und

Kruppke, Tiegenhof — gegen die Anhänger der Opposition angewandt haben, hat das Ansehen des Freistaates sehr geschädigt. Daß Angehörige politischer Parteien in ihren Wohnungen überfallen und schwer mißhandelt wurden, ist während der Regierungszeit der sogenannten System-Parteien nicht vorgekommen.

Wenn in dem Obergerichtsurteil festgestellt wurde, daß den Nationalsozialisten in Zoppot und Danzig je 8 Prozent und in den drei Landkreisen je 10 Prozent der erhaltenen Stimmen abzuziehen sind, so ist dadurch die amtliche Bestätigung des Terrors der Nationalsozialisten erfolgt, der nur möglich war, weil die Polizei versagt hat. Wir fordern, daß endlich der schikanösen Behandlung von Anhängern der Opposition durch die Polizei Einhalt geboten wird.

Die Unzahl von Verhaftungen aus politischem Anlaß, die jetzt in letzter Zeit immer noch vorkommen, entbehren zum erheblichen Teil jeder Begründung. Zum erheblichen Teil müssen die Verhafteten schon von der Polizei wieder freigegeben werden. Nach unseren Feststellungen ist es noch nicht die Hälfte der Fälle, in denen einer Verhaftung aus politischen Gründen eine rechtskräftige Verurteilung folgt.

In letzter Zeit mehren sich auch wiederum die Fälle, in denen unsere Anhänger ohne Grund in Schutzhaft genommen werden. Man muß an der Objektivität der Polizeigewalt zweifeln, wenn, — wie im Falle unseres Vertrauensmannes von Ladekopp, Rexin —, vor dessen Wohnung die Nationalsozialisten demonstrierten, weil er Unterschriften gegen den Abzug der Zwangsbeiträge für die Bauernkammer gesammelt hatte, Rexin in Schutzhaft genommen wurde, nicht aber die Nationalsozialisten.

Wir erheben Protest dagegen, daß Arbeiter wegen Ausübung ihres staatsbürgerlichen Rechtes in Schutzhaft genommen werden.

In Dameran wurden unlängst zwei Arbeiter in Schutzhaft genommen, weil sie angeblich Plakate, die sich gegen die Nationalsozialisten wandten, geklebt haben sollen, ohne daß von der Polizei der Beweis geführt werden konnte, daß sie die Täter seien. Auch dagegen erheben wir Protest, da es Sache der Gerichte ist, festzustellen, ob sich jemand strafbar gemacht hat oder nicht.

Ein recht trübes Kapitel sind die Methoden, die von einem Teil der Kriminalbeamten bei den Vernehmungen politischer Häftlinge angewandt werden. Im September vorigen Jahres hat auf Grund zahlreicher Anzeigen ein Ermittelungsverfahren gegen eine Reihe von Beamten der Politischen Polizei stattgefunden, in dem Vernehmungen ergaben, daß sich eine große Zahl dieser Beamten aus parteipolitischen Beweggründen der Mißhandlung Gefangener schuldig gemacht haben. Bedauerlicherweise ist auch dieses Verfahren durch das Amnestiegesetz eingestellt worden.

In zahlreichen Fällen sind wiederum in letzter Zeit Ueberfälle auf Anhänger der Opposition durch Nationalsozialisten erfolgt. Wir bedauern, daß die Polizei nicht in der Lage ist, den Staatsbürgern den ihnen zustehenden Schutz zu gewähren. In Ohra ist es in den letzten Wochen wiederholt zu solchen Ueberfällen mit schweren, körperlichen Verletzungen gekommen. Wiederholt sind auch Ueberfälle auf Anhänger der Sozialistischen Arbeiterjugend nach dem Verlassen ihrer Heimabende erfolgt. Sonderbarerweise sind vielfach dann die Ueberfallenen ins Polizeipräsidium überführt worden. Als in einem Falle der Leiter der Sozialistischen Arbeiterjugend auf dem Polizeipräsidium wegen der Freilassung des Verhafteten intervenierte, wurde er von zwei diensttuenden Beamten beleidigt und mit Tätlichkeiten bedroht.

Wir fordern Einschreiten der zuständigen Polizeibehörde gegen diese Mißstände und verlangen Beachtung unserer verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten!

Abg. Klein (Zentrum)

wandte sich dagegen, daß die Amnestie auf Amtsvergehen von Beamten angewandt wird. Abg. Langnas (Kom.) vertrat die gleiche Ansicht.

Abg. Dr. Appaly (Nat.-Soz.) versuchte, aus dem traurigen Kapitel, das durch die Anfrage des Zentrums zur Diskussion gekommen war, noch einen Rest von Ansehen für die Nationalsozialisten zu retten. Die Oppositionsparteien hätten kein Recht — so meinte er — sich über Terror zu beklagen. Er wolle aus seinem engeren Bezirk einige Erlebnisse aus der „Kampfzeit" dafür als Beweise anführen. Er erinnerte an den Tod Horst Hoffmanns. Die Polizei habe damals die Verfolgung der Täter nicht energisch genug betrieben. (Zurufe links: Damals unterstützten Sie ja den Senat!) Als Dr. Appaly das damalige Verhalten der Polizei der Sozialdemokratie vorwerfen wollte, wurde von der Linken gerufen: „Damals regierte der Volksverrat-Senat!" Auf die weiteren Ausführungen des Abg. Appaly über den angeblichen „roten Terror" antwortete ihm die Linke mit Zurufen: „Wo ist Rudzinski? — Was sagen Sie zu den Fällen Streng, Grunau und Pochur?" Ferner wurde mehrmals „Potempa!" gerufen. Dr. Appaly brach dann bald diese Ausführungen ab und verteidigte die Anwendung der Amnestie auf die Fälle des vom Obergericht festgestellten Verlagens der Polizei während des Wahlkampfes 1935.

Der Präsident des Senats Greiser

nahm dann das Wort zu einer Erklärung. Er könne sich die Antwort auf die Vorwürfe eigentlich leicht machen, indem auch er erklärte, sie seien durch die Amnestie erledigt. Er wolle hier aber nicht als Präsident des Senats sprechen, sondern als Senator des Innern, also als der höchste Vorgesetzte der Polizeibeamten, gegen die hier schwere Vorwürfe erhoben worden seien. Dazu zu sprechen, habe er auch ein persönliches und politisches Recht. Er habe, wie kein Mitgeordneter des Volkstages, früher alle Verleumdungen über sich ergehen lassen müssen, wie Gefängnis, Gefängnis und Kerker. (Heiterkeit links: Gefängnis? Was?) Wenn Hitler nicht die Macht ergriffen hätte, so hätte er (der Präsident) im Reich für einige Monate mit dem Gefängnis verliebnehmen müssen. (Zuruf: Ach so!)

Wenn man hier die Frage des Verhaltens der Polizei während des Wahlkampfes hier diffamieren wolle, so könne man nicht nur vom Urteil des Obergerichts ausgehen. Die Polizeibeamten, die hier Zeugen seien, könnten nicht immer fragen, ob ihr Vorgesetzter mit der Verhaftung einverstanden sei. Die Polizeibeamten seien auch häufig von den Verhafteten selbst von direkten Eingaben gegen Kriminalbeamten. (Heiterkeit links: „Sehr interessant!") Der Polizei wurde der Vorwurf gemacht, daß sie die Gleichbürger nicht geschützt habe. Selbstverständlich wollte die Polizei alle Gleichbürger schützen. Die Opposition habe auch behauptet, daß durch das Verhalten einzelner Polizeibeamten während des Wahlkampfes die Polizei in Mißkredit gebracht worden sei. Er müsse dann erklären, daß, wenn weitere solche Mißhandlungen hier im Volkstage vorgetragen würden, wie heute, diese Tatsache geeignet sei, dem Ansehen der Polizei zu schaden. Ihre Schlußfolgerung der Zentrumsabgeordneten Klein, der Polizeisenator sei, daß sein Gewissen unter Beachtung auf seine Mitverantwortlichkeit hier lebhaft beunruhigen müsse, weil er Gleichbürger, denen nichts als politische Gegnerschaft die Polizei in Mißkredit bringen, ihre Wunden und Blutspuren hat zu Zeugen machen lassen, kann er für sich nicht annehmen. Er (der Präsident) habe heute gekommen, in dieser Sache einen Fehler eingestanden, aber dann müsse er sich verbitten, daß ihm der Senat hier mitverantwortlich wurde. Es ist hier heute die Rede gewesen, daß viele Fensterscheiben während des Wahlkampfes eingeschlagen seien und daß ein paar Angehörige der Opposition vermöbelt worden seien. Es habe noch niemand geschadet, wenn er vermöbelt worden sei. Auch den Nationalsozialisten nicht, die früher so etwas auch hätten ertragen müssen.

Die Danziger Polizei habe in zunehmendem Maße nicht nur die Autorität des Staates gestärkt, sondern auch die Sicherheit in Danzig erhöht. Man dürfe die Polizei nicht diffamieren, und es liege auch kein Anlaß vor, die hier beschuldigten Beamten zu disziplinieren. Er (der Präsident) stelle sich als Vorgesetzter schützend vor die gesamte Polizeibeamtenschaft. Er erkläre, daß jeder Hieb, den ein Polizeibeamter austeile und jeder Schuß, den er abgebe, als von ihm selbst kommend anzusehen sei.

Nach der Rede des Präsidenten des Senats erklärte der Abg. Mau (Soz.), der noch einen Rest von zwei Minuten Redezeit zur Verfügung und sich deshalb zum Wort gemeldet hatte: „Nach diesen Darlegungen des Präsidenten des Senats verzichte ich auf das Wort."

Als nächster Punkt stand eine Große Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion über die

Abhaltung parteipolitischer Schulfeiern

speziell der Feiern am 30. Januar, auf der Tagesordnung.

Von der Sozialdemokratie begründete Abg. Gertrud Müller die Anfrage. Bezeichnenderweise verließen die meisten Nationalsozialisten während dieser Rede den Saal.

Abg. Gertrud Müller (Soz.)

führte aus:

In den letzten Jahren fanden des öfteren in allen Schulen aus Anlaß parteipolitischer Errungenschaften der NSDAP. Feiern statt. Alle Schulen wetteiferten in Beschaffung von Hakenkreuzfahnen und begingen große Fahnenweihen. Man ehrte die Führer der Partei, machte Horst-Wessel-Feiern und andere, so daß man oft mehr feierte als Unterricht durchgeführt wurde.

Wir erwarten, daß der Präsident des Senats, der dem Beschluß des Völkerbundsrats am 24. Januar 1936 zustimmte, den Senat veranlassen würde, diese Verhältnisse zu ändern. Das geschah nicht. Statt dessen fanden am 30. Januar 1936, am Tage, als der Führer der NSDAP. Deutschlands Reichskanzler wurde, auf Anordnung des Senators Boeck in allen Schulen Feiern statt. Die Teilnahme war Zwang, da man erst Unterricht erteilte, dann die Kinder nicht fortließ und erklärte, sie müßten bleiben, es sei Schulzwang.

Die Ausgestaltung der Feiern war dem Schulleiter, dem Schulwart, also dem Vertreter des nationalsozialistischen Lehrerbundes, und dem Hitlerjugendwart übertragen. Mit welchem Recht werden Mitglieder von Partei-Formationen von der Schulleitung zur Ausgestaltung von Feiern mit herangezogen? Jede bisher stattgefundene Feier war eine parteipolitische Kundgebung. Wir haben am 27. Januar 1936 dem Senat eine Große Anfrage überreicht und auf die Verfassungswidrigkeit der Art solcher Feiern hingewiesen. Alle bisher stattgefundenen Feiern sind durch das Hissen der Hakenkreuzfahne, durch das Antreten der Hitlerjugend in Uniform, versehen mit Dolchen, durch das Uniformtragen der Lehrer allein schon ein Verstoß gegen die Verfassung. Aber auch durch die Ausgestaltung erhielten sie einen ausgesprochenen parteipolitischen Charakter, insbesondere durch die Reden der Schulleiter. Gar zu oft waren diese Reden durchsetzt von Beschimpfungen gegen die Opposition, also gegen die Eltern der Kinder und gegen die Kinder selbst. Die Elternschaft lehnt aus diesem Grunde die parteipolitischen Schulfeiern ab.

Wir fragen, ob der Senat die Durchführung dieser Feste billigt und in Zukunft dulden wird. Wir, als Erziehungsberechtigte unserer Kinder, erwarten vom Senat, daß er die einseitige Parteipolitik aus den Schulen entfernt. Wir erwarten, daß das Uniformtragen der Lehrer im Dienst untersagt wird. Wir fordern, daß die Werbung für die nationalsozialistische Jugendbewegung bei den Feiern und während der Schulzeit verboten wird.

Wir lehnen vor allem den Zwang, der auf unsere Kinder zur Teilnahme an den Feiern ausgeübt wird, ab. Wir erwarten, daß auf Grund des Artikels 107 der Verfassung unsere Kinder als Andersdenkende nicht verletzt, beschimpft oder sogar gemaßregelt werden. So wurde z. B. in einer Schule einem Schüler, nachdem der Lehrer dessen Entschuldigung wegen seiner Nichtteilnahme an der Feier gelesen hatte, zugerufen, indem der Lehrer die Hand erhebt: „Am liebsten möchte ich dir eine herunterhauen." In einer anderen Schule hat man dem Vater angedroht, für den Fall, daß das Kind wieder bei einer Schulfeier fehlen würde, würde es von der Schule entfernt. So könnte man noch viele Fälle schildern und auf die unhaltbaren Zustände in den Schulen hinweisen.

Im Namen der Frauen und Mütter aller nichtnationalsozialistisch Eingestellten fordere ich, daß das Schulwesen in dem von mir vorgetragenen Sinne bereinigt wird und so das Vertrauen zwischen Lehrer und Schüler, zwischen Schule und Elternschaft wiederhergestellt wird. Das Recht, dieses zu fordern, gibt uns die Verfassung, und wir erwarten, daß der Senat diesen berechtigten Forderungen nachkommen wird.

Für den Senat beantwortete die Anfrage

Obergerichtsrat Seitlig.

Die Veranstaltung von Schulfeiern aus Anlaß des 30. Januars verstoße nicht gegen den Artikel 107 der Verfassung, der bestimme, daß die Gefühle Andersdenkender nicht verletzt werden dürften. Eine solche Feier sei allein gerechtfertigt durch den deutschen Charakter Danzigs. Immer sei in den Schulen großer geschichtlicher Ereignisse von nationaler Bedeutung feierlich gedacht worden. Ein solches großes geschichtliches Ereignis sei die Machtergreifung Hitlers im Reich. Auch bei engster Auslegung des Artikels 107 könne kein Verstoß gegen die Verfassung erblickt werden, zumal keinerlei Vorfälle von Verletzungen der Gefühle Andersdenkender vorgekommen seien.

In der Beantwortung über die Regierungserklärung ergriff als erster Redner

Abg. Erich Brost (Soz.)

das Wort. Er erklärte, daß die Antwort des Senatsvertreters unbefriedigend sei. Der Vertreter des Senats habe dem Sinne nach eine erklärt, daß die Schulfeiern am 30. Januar keine parteipolitischen, sondern eine nationalpolitischen Charakter gehabt hätten. Das sei jedoch falsch. Der 30. Januar ist der Tag, an dem im Jahre 1933 die NSDAP., also eine Partei, im Reich die Macht ergriffen habe, und immer eine Partei, die mit unerhörter Aggressivität die Weltanschauungen aller anderen Gruppen des deutschen Volkes bekämpft habe. Sie habe auch hier in Danzig die Rechte der übrigen Weltanschauungen hart beeinträchtigt. Wenn man nun an diesem Tag zum Anlaß von Schulfeiern mache, so würden hiermit bewußt die Gefühle der Andersdenkenden verletzt. Tatsächlich seien auch durch die Ausgestaltung der Feiern am 30. Januar die Gefühle Andersdenkender durch verletzt worden, wie das die Abg. Müller bereits bewiesen habe.

Daß die Frage nach dem Unterschied zwischen einer nationalpolitischen Feier und einer parteipolitischen Feier lebhaft sei, so wolle auch der von einem Senatsvertreter angeführte Zeitraum bis 30. Januar mit dem 12. Januar nicht passen. Am 12. Januar 1937 sei das Deutsche Reich gegründet worden, am 30. Januar 1933 sei aber nur eine parteipolitische Machtergreifung im Reich eingetreten. Wenn man aber diese nationalpolitische Feier feststellen wolle, müsste man hier vielleicht nicht das Datum an die Gründung des Vereins für das Deutschtum im Auslande durch den Sozialdemokraten Pernerstorfer oder die Gründung des Deutsch-Oesterreichischen Volksbundes durch den Sozialdemokraten Paul Loebe? — Der 30. Januar sei nur der Gedenktag für eine einzige Partei.

Namens der Zentrumsfraktion sprach der

Abg. Schmich.

Er legte ebenfalls Verwahrung gegen die Abhaltung parteipolitischer Schulfeiern ein. Der Einwand, daß es sich bei der Feier am 30. Januar um eine allgemeine vaterländische Feier gehandelt habe, werde durch die von den Mitgliedern des Lehrkörpers der einzelnen Lehranstalten gehaltenen Reden eindeutig widerlegt. Die Natur und der Charakter des bei der Feier am 30. Januar zu behandelnden Stoffes bringe zwangsläufig eine Polemik gegen solche Parteien und Persönlichkeiten mit sich, die sich dem Nationalsozialismus gegenüber ablehnend verhalten und sich heute nach wie vor der uneingeschränkten Sympathien weitester Teile der Danziger Bevölkerung erfreuen. Abg. Schmich richtete die dringende Aufforderung an den Senat, für die Einhaltung der Verfassung im Danziger Schulwesen Sorge zu tragen.

Nach einer kurzen Bemerkung des Präsidenten des Volkstages, Beyl, über die Art der Schulfeiern am 30. Januar sprach Abg. Plenikowski sich im gleichen Sinne wie die übrigen Redner der Opposition aus, während der Abg. Temp (Natsoz.) eine längere Rede hielt. Die Danziger Bevölkerung, so erklärte er in seiner Rede, war deutsch, sei deutsch und werde auch deutsch bleiben. (Zurufe links: „Auch ohne die Nationalsozialisten!") Zu den Feiern am 30. Januar erklärte er, daß der Senat sich einer Verfassungsverletzung schuldig machen würde, wenn er keine Feiern an diesem Tage anordnete, denn dann würde es zu Zusammenrottungen derer kommen, deren Empfindungen durch die Nichtabhaltung von Feiern verletzt seien. (Schallendes Gelächter links.)

Eine lange, agitatorisch gerichtete Rede hielt sodann

Kultussenator Boeck.

Er erklärte u. a., daß die Opposition alles, was deutsch sei, bekämpfe, daß sie international sei und kein Deutschtum kenne. Auf die Einwände der Opposition brauche man nichts zu geben, man könne sie als dumme Anfragen von Vaterlandsverrätern behandeln. Die Oppositionsführer hätten auch niemand mehr hinter sich. (Zwischenruf links: „Dann lassen Sie doch wählen!") Am Schluß seiner Rede erklärte Senator Boeck, daß die Nationalsozialisten den Sozialismus verwirklicht hätten, und daß jetzt „der pure Sozialismus und Nationalismus" herrsche.

Die Handhabung der Pressevorschriften

Zu der Großen Anfrage der Oppositionsparteien bezüglich der Veröffentlichungen des nationalsozialistischen Organs „Zwischen Weichsel und Nogat" gegen den Völkerbund führte Abg. Posack (Zentrum) u. a. aus:

Würden wir hier in Danzig nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch die Gleichheit aller Parteien und aller Staatsbürger besitzen, dann hätten wir Oppositionsparteien keine Veranlassung, uns über die bestehenden Pressebestimmungen und ganz besonders über ihre Handhabung zu beklagen. Von einer gleichen Behandlung aller in Danzig erscheinenden Zeitungen kann aber nach den gemachten Erfahrungen keine Rede sein. Die ungleiche Behandlung der Presse ist auch hier zum Gegenstand der vorliegenden Großen Anfrage gemacht. Das Blättchen „Zwischen Weichsel und Nogat" hat in der Februar-Ausgabe den Senatspräsidenten Greiser verdächtigt, daß er es mit seinen in Genf abgegebenen Erklärungen nicht ernst meine. Die Zeitschrift macht zu den Empfehlungen Ausführungen, die dem Senatspräsidenten unterstellen, daß einige der erhaltenen Empfehlungen auf dem weiten Wege von Genf nach Danzig verloren gehen könnten. Schärfer und deutlicher kann ein Mißtrauen zu den in feierlicher Form abgegebenen Erklärungen des Senatspräsidenten nicht zum Ausdruck gebracht werden. Bis heute ist von seiten der Polizei gegen den verantwortlichen Schriftleiter und die Zeitung nichts geschehen. Stellt man demgegenüber die Maßnahmen, mit denen die Presse der anderen Parteien bedacht wird, dann können wir keine treffendere Illustration zu der verfassungsmäßig gewährleisteten Gleichheit vor den Danziger Gesetzen finden. Hier bei der Oppositionspresse hat die Polizei ein sehr scharfes Auge. So verfiel z. B. eine Nummer der „Neuen Zeit" der Beschlagnahme, die eine Antwort auf einen Artikel des Landrats Andreß darstellte, in dem dem ehemaligen Senator Dr. Blavier mit offenem Mord gedroht wurde. Gegen das Blättchen „Zwischen Weichsel und Nogat", das diese Mordandrohungen brachte, geschah zunächst nichts. Erst als die Oppositionsparteien Beschwerde beim Senat führten, wurde es auf einen Monat verboten, was überhaupt keine Maßregelung darstellt, da dieses Blättchen nur jeden Monat einmal erscheint. Die verbotene Nummer wurde noch während der Verbotstage als Werbenummer öffentlich verteilt und sogar im Volkstag ausgelegt. Wir bitten um Auskunft, welche Schritte der Senat gegen den verantwortlichen Schriftleiter des Monatsblättchens „Zwischen Weichsel und Nogat" unternommen hat, und erwarten, daß die unterschiedliche Behandlung der Danziger Zeitungen endlich aufhört.

Der Vertreter des Senats,

Obergerichtsrat Seitlig,

erklärte, daß der Senat seine Mißbilligung der Ausführungen der Zeitschrift „Zwischen Weichsel und Nogat" dadurch zum Ausdruck gebracht habe, daß er die Zeitschrift auf einen Monat verboten habe.

Abg. Dr. Willers (natsoz.) machte widerspruchsvolle Ausführungen, in denen er gegen den Standpunkt der Opposition Stellung zu nehmen versuchte.

Abg. Fritz Weber (Soz.)

bezeichnete das Verhalten der Behörden gegenüber den angegriffenen Veröffentlichungen des Organs „Zwischen Weichsel und Nogat" als sehr auffallend. Dieser Fall sei ein Schulbeispiel für die unterschiedliche Handhabung der Pressevorschriften. Nachdem die gegen den Völkerbund gerichteten Ausführungen in der Anfang Februar herausgegebenen Nummer enthalten waren, ist erst Mitte März eingeschritten worden. Auch dann wurde nicht erforderlich, daß gegen diese Veröffentlichung vorgegangen wurde, sondern die national-

Die Maske Gibraltar

Schloß ohne Schlüssel im Mittelmeer

MTP. Paris, Anfang Mai.

Ein Fachmann für Einbrüche und ihre Verhütung sagte mir einmal sehr überzeugend: „Es genügt nicht, den passenden Schlüssel für eine Tür oder einen Tresor zu besitzen — wichtiger ist der Zustand der Tür selbst!“

England, das britische Imperium, befindet sich seit etwa zwei Jahrzehnten in der nicht uninteressanten Lage, die Schlüssel zu den meisten Türen in der Hand zu haben — aber die Türen selbst sind oft nur äußerlich die gleichen. Die modernsten Erfindungen auf allen Gebieten werden sehr schnell Allgemeingut; und kein denkender Geldschrankknacker geht heute mit dem Brecheisen anstatt des Knallgebläses an die Arbeit.

*

Eine der festesten, beherrschendsten und uneinnehmbarsten Positionen Englands ist seit Jahrhunderten der Felsen von Gibraltar. Diese sandige Landzunge, an deren Südspitze sich der „Rock“ erhebt, ist Schloß und Schlüssel zugleich für das Mittelmeer. Und das umso mehr, als der Kanal von Suez ja ebenfalls von Großbritannien kontrolliert und gehalten wird.

Die Meerenge von Gibraltar, diese winzige, an der schmalsten Stelle kaum 14 Kilometer breite Wasserstraße, die nirgendwo tiefer ist als 50 Meter, eine wirkliche Schwelle vom Riesenbecken des Atlantik zum Mittelmeerbassin, war bisher von einer Stelle aus absolut unter Verschluß zu halten — eben von Gibraltar aus, obwohl der Felsen weder an der wirklichen Südspitze Spaniens liegt noch an der engsten Stelle der Straße.

Da ist noch Tanger, die auf heftigsten britischen Druck seit langem „internationalisierte“ Stadt, die also damit ihre Rolle als mögliche Konkurrenz für Gibraltar nicht spielen konnte. Aber auf der afrikanischen Seite liegt in der spanischen Sphäre der ausgezeichnete Hafen Ceuta. Die mißlichen spanischen Finanzverhältnisse verhinderten es, daß Ceuta zu der Bastion ausgebaut wurde, die sie unschwer sein könnte, bis heute ist die kleine Stadt nur mäßig befestigt und von Forts geschützt.

Außerdem lag stets drohend der Block von Gibraltar gegenüber, dieses uneinnehmbare Massiv, von Stollen und Höhlen wie ein Termitenhügel durchzogen, mit verborgenen Kanonenschlünden an hundert Felsenfenstern und Luken. Die Affen turnten munter auf dem Felsen herum, besahen sich die Geschütze, schnatterten klug und versuchten, den Engländern, die auf dem Sande hinter dem „Rock“ exerzierten oder Fußball spielten, ihre Technik abzugucken.

*

Gibraltar lastet seit mehr als zweihundert Jahren wie ein Stein auf der Brust Spaniens. Die Stadt La Linea konnte sich kaum entwickeln, der Hafen Algeciras blieb ewig ein kleiner Ort in der schönen Bucht, ewig unter den Augen der Engländer, ewig unter ihren Kanonen. Das einzige, was übersehen wurde, war der Schmuggel. Aber der schädigte ja nicht England, sondern Spanien. Es ist für den Fremden, der einigermaßen vorurteilslos Gibraltar besucht, erstaunlich, wie billig hier fast alles ist — bis er erfährt, daß alles Schmuggelware ist vom marokkanischen Leder über die Seide bis zum Tabak. Tagsüber — denn nachts wird Gibraltar weitestgehend von Fremden gesäubert — bekommt man so einen Ueberblick darüber, wie wenig die meisten Produkte kosten, wenn die inneren und äußeren Steuern wegfallen. Aber der Gouverneur von Gibraltar hat sich bisher standhaft geweigert, einzuschreiten, wobei er sogar darauf verzichtet, sich als Anhänger der Freihandelstheorie und des guten alten britischen Manchestertums eine moralische Rückendeckung zu verschaffen.

Indessen ging in den letzten beiden Jahrzehnten allerhand außerhalb Gibraltars vor. Es wurden verschiedene Schlösser geändert und Schlüssel neu geschliffen und poliert — Gibraltar aber, der ewige Felsen, war sicher und ruhig. Der Schmuggel blühte, die Affen turnten, — ihres Lebens als einzige anerkannte Affen Europas sicher — weiter auf dem Felsen herum. Aber in London überlegte man sich verschiedenes.

Gibraltar ist kein Hafen. Die Bucht erlaubt es natürlich, den Schiffen, Anker zu werfen und Schaluppen an Land zu schicken — außerdem ist, wie gesagt, Algeciras nicht weit — aber liegt nicht in großer Nähe ein wunderbar geeigneter Platz, um größere Einheiten der Flotte aufzunehmen, zu bekohlen und mit Brennstoff zu versorgen? Was ist Ceuta heute und was könnte es in der richtigen Hand morgen sein?

*

Aber wie stellen die Spanier sich zu diesen Herzenswünschen? Unter dem Königtum sah manches anders aus. Die Familie Battenberg, seit 1914 Mountbatten, steht ja in den nächsten verwandschaftlichen Beziehungen zu dem ehemaligen König, und man wußte, daß Alfons überzeugbar war, wenn man die richtigen Argumente zu finden verstand. Aber die Republik hat, trotz ihrer Unsicherheit, da andere Standpunkte. Seit geraumer Zeit umwirbt England die Spanier, um ihnen einen Tausch vorzuschlagen. Das große Imperium will endlich, endlich, den lästigen Druck von Spanien nehmen, es bietet wirklich und wahrhaftig Gibraltar, das uneinnehmbare Gibraltar, zur Rückgabe an.

Und will dafür nur die kleine bedeutungslose Stadt Ceuta haben.

Die Spanier sind harthörig und wissen es, warum. Trotzdem hat England noch nie eine Partie vorzeitig verloren gegeben. Und die Vorbereitung zu den nächsten Zügen ist in vollem Gange. Beim Schach würde man sagen: Damengambit und Königsrochade haben nicht verfangen — nun wird ein kombinierter Angriff mit den Türmen und Springern versucht.

*

Der große Turm Gibraltar droht — aber droht er heute wirklich noch wie vor zwanzig, vor fünfzehn Jahren?

Denn — in der Hoffnung auf Ceuta und mehr noch in der Erkenntnis der modernen Kampfmittel — seit dem Jahre 1925, seit fast einem Dutzend von Jahren, ist kein neues wesentliches Geschütz in den Felsen von Gibraltar eingebaut worden! Seit mehr als einem Jahrzehnt! Wer auch nur eine geringe Ahnung von moderner Rüstungstechnik hat, weiß, daß in diesen zehn Jahren ganz außerordentliche Fortschritte in der Fernballistik und vor allem auch in der Feuergeschwindigkeit gemacht wurden. Heute sind fünfzehn oder mehr Jahre alte Geschütze so entwertet, daß sie im Ernstfall nicht mehr genügen. Dabei halten diese alten Kanonen der großen Kaliber nicht mehr als dreißig bis vierzig Schuß aus — — —

Es braucht nicht mehr über die Maske Gibraltar gelogt zu werden. Es braucht nicht mehr auf die unerhört entwickelte Luftfahrt hingewiesen zu werden, nicht auf die gegenwärtige Technik indirekten Feuerns, nicht auf Verwebelungen, nicht auf ätz- oder pulverförmige Kampfstoffe, nicht auf Thermitbomben und andere Mittel dessen, was man ganz ernsthaft „ultima ratio“ nannte.

*

Der Tausch Gibraltar—Ceuta, der mit dem Willen der Spanier niemals zustande kommen wird, ist heute weniger als je von England aufgegeben. Der alte Schlüssel ist morsch und rostig — aber das Material zum neuen hat dieses Mal ein anderer.

Das Imperium geht nicht mit der Brechstange vor . . .

L. F.

Das neue Strafrecht

Aus dem letzten Entwurf

Ueber die Strafart und Strafverschärfung nach dem neuen Entwurf eines deutschen Strafgesetzbuches äußert sich vom Standpunkt des Strafvollzugs der Referent im Reichsjustizministerium Ministerialrat Dr. Schmidt in dem Organ der Akademie für deutsches Recht. Er begrüßt,

daß eine Vermehrung der Strafarten etwa durch eine neue Kerkerstrafe oder Turmstrafe abgelehnt worden ist

und daß es grundsätzlich bei Zuchthaus, Gefängnis und Haft verbleiben soll. Die notwendige Differenzierung der Freiheitsstrafen dürfe nicht erfolgen in der Gesundheitspflege und auch bei der Beköstigung. Von Sprechverboten oder Schweigestunden müsse abgesehen werden.

Dagegen sei die Dauer der Arbeitszeit für Zuchthausgefangene länger zu bemessen und eine Differenzierung auch bei der Höhe der Arbeitsbelohnung und der Verfügungsbefugnis über das Hausgeld möglich. Nicht zu empfehlen sei, die Zuchthausgefangenen mit der Anstaltsnummer anzureden. Dagegen könne man daran denken, sie durch die Bezeichnung Sträfling besonders zu charakterisieren. Die Zuchthausgefangenen Kopf- und Barthaar kurzgeschoren tragen zu lassen, sei allgemein nicht vorzuschlagen, aber zu erwägen, ob diese besonders schwer empfundene Maßnahme für Vorbestrafte oder mit Ehrverlust bestrafte Zuchthäusler vorzusehen sei. Abzulehnen sei auch der Gedanke, als Disziplinarmaßregel im Zuchthaus die Prügelstrafe zuzulassen.

Ein Staat, der den Gedanken der Disziplin und Ordnung verkörpere, brauche die Prügelstrafe nicht.

Differenzierungen könnten noch gefunden werden bei der Kleidung, den Besuchsfristen und dem Briefverkehr. Die bedeutendsten Unterschiede der Zuchthausstrafe liegen aber in ihrer Bewertung im Volksempfinden und ihren Ehrenfolgen, wie Verlust des Reichsbürgerrechts und der Wehrwürdigkeit.

Die Haftstrafe soll künftig nicht nur bei Uebertretungen, sondern auch bei Vergehen angewandt und vom Ehrenstandpunkt aus eine neutrale Strafe darstellen. Ihre Dauer wird wesentlich ausgedehnt gegenüber dem jetzigen Zustand, nämlich von mindestens drei Tagen auf zwei Jahre, bei Zusammenziehung verschiedener Strafen als „Einheitsstrafe“ sogar bis zum fünften Jahre. — Bei Zuchthaus soll die Mindeststrafe ein Jahr betragen. Es sei beabsichtigt, bei kürzeren Gefängnisstrafen, und auch bei längeren, während der ersten drei Monate, regelmäßig strengeren Vollzug zu üben, so Einzelhaft, Ausschluß von der Gemeinschaftsarbeit und vom Unterricht, keine Arbeitsbelohnung, Sperre des Besuchs und Briefverkehrs. Im Urteil werde der Richter außerdem bei besonderer Bosheit, Roheit, Grausamkeit oder Verworfenheit gewisse Verschärfungen verfügen können, bei geminderter Kost (Wasser und Brot), harte Lagerstatt und verringerter Beleuchtung.

Die erste Zahlung für den Transitverkehr

Deutschland überweist 3,9 Mill. Zloty / 20 Mill. Zloty strittig

Wie die „Gazeta Handlowa“ meldet, hat das Deutsche Verkehrsministerium den laufenden Betrag für den Transitverker in Höhe von 3,9 Millionen Zloty dem polnischen Verkehrsministerium überwiesen. Diese Summe ist für die Zeit seit dem 25. März d. J. fällig geworden, nachdem Deutschland sich durch die Vereinbarung vom 7. März Polen gegenüber verpflichtet hat, die laufenden Beträge für den Transitverkehr in Höhe von 1½ Millionen Reichsmark monatlich in Devisen zu bezahlen. Gleichzeitig ist eine Vereinbarung dahingehend getroffen worden, daß weitere Verhandlungen über die technische Anpassung des deutschen Transitverkehrs an die neuen Verhältnisse und insbesondere an Deutschlands beschränkte Zahlungsfähigkeit stattfinden sollen. Deutschland geht es in der Praxis besonders darum, die Kosten des Transitverkehrs zu verbilligen, und zwar durch Umleitung von Massenladungen über die kürzesten Abschnitte der polnischen Staatsbahnen in Pommerellen. Ueber diesen Punkt schweben die Verhandlungen zwischen den deutschen und polnischen Eisenbahnen noch immer in Warschau. In Warschau soll ferner auch über die Frage der Regelung der alten Rückstände aus dem Transitverkehr verhandelt werden. In dieser Frage haben sich schon jetzt große Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und Polen gezeigt. Es ist nicht einmal bisher über die genaue Höhe dieser Beträge zu einer Uebereinstimmung zwischen beiden Verhandlungspartnern gekommen. Nach Information der „Gazeta Handlowa“ soll es sich um eine strittige Differenz von etwa 20 Millionen Zloty handeln, um die die polnische Berechnung der rückständigen Gebühren von der deutschen abweicht.

Haile Selassie, der „Gefeite“

Aus seinem Lebenslauf

Haile Selaissie wird am 23. Juli 45 Jahre alt. Nach Ueberzeugung vieler seiner abergläubischen Untertanen besitzt der Negus von Abessinien ein gefeites Leben. Als einziges von den zwölf Kindern seiner Eltern blieb er am Leben und im Alter von 22 Jahren ging er als einziger Ueberlebender aus einem Bootunglück auf dem Harramaya-See hervor, bei dem seine sechs Gefährten ertranken. Mit siebzehn Jahren wurde er von Kaiser Menelik I. mit der Verwaltung der reichen Provinz Sibamo im Süden des Landes beauftragt; er versah dieses Amt acht Jahre lang, bis er, ein Fünfundzwanzigjähriger, die Führung der Revolte gegen den damaligen Herrscher Lidj Jassu übernahm. Haile Selassie verjagte Jassu und setzte die Tochter Meneliks, Zauditu, als Kaiserin Abessiniens auf den Thron, die ihn zum Dank für seine Dienste zum Thronfolger proklamieren ließ. Bald begannen die Höflinge der Kaiserin gegen ihn zu konspirieren, weil er „allzu kühne Träume träumte“. Der Einfluß des Kriegsministers Fitourrai Hapta Georgis, der fürchtete, daß es zu einem Bürgerkrieg kommen würde, bewahrte ihn schließlich vor dem Verlust seiner Würde. Im Jahre 1926 starb Fitourari Hapta Georgis; Haile Selassie mußte, wollte er nicht selbst vertrieben werden, seine Feinde vernichten. Er war nach vier Jahren unbestrittener Gebieter im Land. Seine Krönung erfolgte am 2. November 1930. Er hat versucht, sein Land schrittweise zu modernisieren, hat einige Schulen begründet und im Jahre 1931 eine Verfassung geschaffen, die zwei Kammern, allerdings mit ernannten „Vertretern“ des Königs vorsieht.

Sofortprogramm der spanischen Sozialisten

In dem Aufruf zum 1. Mai haben die Sozialistische Partei Spaniens und die Gewerkschaften die unmittelbaren Forderungen der spanischen Arbeiterschaft niedergelegt. Das Manifest spricht davon, daß der Kapitalismus, tödlich bedroht, zu seinen letzten Waffen greift: den imperialistischen Methoden im Ausland; dem Machtapparat der faschistischen Diktatur im Inland. Gegen diese Waffen richtet sich der Kampf der Arbeiterschaft, der siegreich bleiben wird, wenn sie einig und zielbewußt vorgeht.

„Spanien ist heute im Morgenrot einer neuen Freiheit, das der Nacht der Marter und der moralischen Leiden folgt. Die feudalen Mächte sind erschüttert, die reaktionären Kräfte geworfen. Ein weites Aktionsgebiet öffnet sich vor der spanischen Arbeiterschaft, die geistig einiger ist denn je. Die Zukunft wird sein, wie das Volk entschlossen ist, sie zu gestalten.

Ketten zu verlieren — eine Welt zu gewinnen: das ist die Losung der Stunde.

Das Programm der Volksfront, das wir unterstützen, ist in Ausführung begriffen. Obwohl es nicht unsere Ziele verwirklicht, treten wir für seine rascheste Durchführung ein und fordern insbesondere die Verwirklichung folgender Maßnahmen:

1. Energische Bestrafung jener, die an der Unterdrückung der revolutionären Bewegung vom Oktober 1934 in Asturien teilgenommen haben; moralische und wirtschaftliche Wiedergutmachung für die Opfer.
2. Ein menschlicheres System in den Gefängnissen.
3. Revision der Polizeikataster.
4. Republikanisierung der Behörden, der Armee und der Staatsverwaltung.
5. Revision des Gesetzes über die öffentliche Ordnung und des Vagabundengesetzes.
6. Beseitigung des Wuchers.
7. Herabsetzung der übermäßig hohen Mietzinse.
8. Ausdehnung des landwirtschaftlichen Kredits.
9. Aufhebung des Pachtgesetzes; Erlassung eines neuen Gesetzes und Revision der erfolgten Ausweisung von Pächtern.
10. Ausbau der landwirtschaftlichen Kollektivwirtschaften.
11. Sofortiger Rückkauf der Gemeindegüter.
12. Enteignung der Adelsgüter.
13. Einführung einer Höchstarbeitszeit von 40 Stunden in der Woche.
14. Einführung der Arbeiterkontrolle in der Industrie.
15. Staatshilfe an die Gewerkschaften für die unmittelbare Hilfe an die Arbeitslosen.
16. Errichtung von Wohnhäusern in der Stadt und auf dem Lande.
17. Einführung der Strafbarkeit für das Delikt der „Lohnverschlechterung“ und Festsetzung von Mindestlöhnen.
18. Wiederherstellung und Revision der Sozialgesetze des konstituierenden Parlaments.
19. Verstaatlichung der Banken und der wichtigsten Industrien.
20. Unterordnung der Notenbank unter die Bedürfnisse des Landes.
21. Ständige Schaffung von Primarschulen.
22. Zugang der Arbeiterjugend zur Universität.
23. Berufsausbildung und wirtschaftliche Unterstützung für die Jugend, die diese Schulen besucht.
24. Wiederherstellung der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion.

Amerika nicht auf dem Freizeitkongreß

Eine Absage an Dr. Ley und die Arbeitsfront

Im Juli wird in Hamburg ein sogenannter Welt-Freizeit-Kongreß stattfinden. 1932 beschlossen die am 1. Welt-Freizeit-Kongreß beteiligten Organisationen, den 2. Welt-Freizeit-Kongreß in Deutschland stattfinden zu lassen. Seit 1933 aber gibt es in Deutschland keine freien Arbeiter-Kultur-Organisationen mehr. Die Nationalsozialisten übertrugen die Vorbereitung dem Vergnügungsverein „Kraft durch Freude“ der nationalsozialistischen Arbeitsfront. Sie wollen durch diesen Kongreß, dessen Leitung dem Nationalsozialisten Rentmeister, einem früheren Gauleiter der österreichischen Nationalsozialisten, übertragen wurde, vor allem außerhalb der Grenzen des Dritten Reiches den Boden für antigewerkschaftliche Propaganda lockern und den deutschen Arbeitern durch die Teilnahme der ausländischen Delegationen beweisen, daß das Ausland die Arbeitsfront als Vertretung der deutschen Arbeiter anerkennt. Als der Internationale Gewerkschaftsbund alle ihm angeschlossenen Arbeiterorganisationen und alle befreundeten Arbeiterkulturorganisationen über den wahren Charakter dieses Kongresses aufklärte und aufforderte, diesen Kongreß zu sabotieren, antwortete die nationalsozialistische Propaganda mit der Veröffentlichung von Lobhymnen portugiesischer Persönlichkeiten und des Amerikaners Kirby. Portugal ist bekanntlich auch ein autoritär regierter Staat, der keine freien Arbeiterorganisationen kennt. Aber Mr. Kirby ist Vizepräsident der bedeutenden National Recreation Association (Freizeit-Organisation) der Vereinigten Staaten. Die Internationale Transportarbeiter-Föderation wandte sich deshalb an den Chest for Relief and Liberation of Workers of Europa (Hilfs-Ausschuß der Arbeiterorganisationen der USA. für die unterdrückten Arbeiter Europas) und bat um Auskunft, ob die Nationalsozialisten mit Recht mitteilen konnten, daß diese große amerikanische Organisation an ihrem Kongreß teilnehme. Der Präsident des „Chest“, der zugleich Vizepräsident der American Federation of Labor ist, erhielt auf Anfrage vom Präsidenten der National Recreation Association den Bescheid, daß die Arbeitsfront wieder einmal bluffe: Die National Recreation Association beteiligt sich nicht am nationalsozialistischen Kongreß. „Personen, die aus den Vereinigten Staaten zum zweiten internationalen Kongreß gehen, gehen als Privatpersonen und nicht als Vertreter der National Recreation Association.“

Lieber Operation als Konzentrationslager

Das Regensburger Krankenhaus beherbergt in der Person eines jungen Mannes aus Nürnberg namens Brunhüber einen ungewöhnlichen Dauergast. Brunhüber soll nämlich seit Monaten in das Konzentrationslager Dachau geschafft werden, weiß es aber immer wieder dadurch zu verhindern, daß er, sobald ihm der Abtransport droht, einen Kaffeelöffel verschluckt. Man muß ihn dann ins Krankenhaus bringen und den Löffel operativ entfernen. Trotz aller Vorsichtsmaßnahmen, die demzufolge bereits getroffen worden sind, hat der Dauerpatient jetzt schon den siebenten Löffel erwischt und wurde soeben wieder dem Krankenhaus zugeführt.

Welche furchtbaren Vorstellungen muß der junge Mann doch vom Konzentrationslager durch Schilderungen haben, wenn er schon so oft eine schwere Operation an sich vornehmen ließ.

MÄNNER, FRAUEN UND WAFFEN

Roman von Manfred Georg • Copyright by Dr. Manfred Georg, Prag

29. Fortsetzung

„Sie sind sehr liebenswürdig. Aber wenn Sie meine Verbündete sein wollen, warum reden Sie nicht weiter?"

„Weil ich nichts weiß, und weil ich Sie für den Mann halte, mit den Dingen allein fertig zu werden."

*

Das Flugzeug nach Warschau befand sich über dem polnisch-schlesischen Industriegebiet. Makropulos hatte es für Schumann und seine drei Begleiter gechartert. Sima saß vorn neben dem Piloten. Es war ein ziemlich großer Apparat, denn im Gepäckraum befanden sich eine Anzahl plombierter Kisten, die Schumann persönlich transportieren wollte.

Von unten qualmte der Rauch der Städte, die zeitweilig ganz von ihm eingenebelt waren. Hier und da sprühte die Glut der Hochöfen auf.

Die Fürstin las Zeitungen und sah auch nicht auf, als Schumann und Mardrier sich erhoben, um in den kleinen hinteren Raum zu gehen, der sich zwischen der Kabine und dem Gepäckabteil befand.

„Mardrier, ich möchte Ihnen gern einmal eine Probe der Schlösser zeigen", hatte Schumann gesagt, nachdem sie über die Frage, ob die mitgeführten englischen Maschinengewehr-Schlösser oder die in Württemberg hergestellten besser seien, gestritten hatten.

Als Mardrier die Tür zum Gepäckraum öffnen wollte, hörte er hinter sich eine sehr ruhige Stimme:

„Einen Augenblick noch, Herr Mardrier."

Mardrier drehte sich um und erblaßte. Schumann stand, einen Revolver in der Hand, vor ihm:

„Würden Sie mir freundlichst sagen, wer den Ueberfall auf dem Semmering ausgeführt hat?"

Mardrier war klug genug, gar nicht erst zu leugnen. Er machte eine leichte Verbeugung:

„Ich habe mir erlaubt, einer Spionin einen Denkzettel zu geben."

„Woher wußten Sie denn, daß Fräulein Nazario eine Spionin ist?"

„Das habe ich aus dem Kerl, der da vorn sitzt, herausgeholt."

„So schwatzhaft ist der! Und daraufhin üben Sie, ohne mich vorher zu fragen, Justiz?"

„Sie waren nicht da, als ich es erfuhr, Herr Schumann. Im übrigen hätte ich mich gehütet, eigenmächtig zu handeln."

„Sie haben sich beauftragen lassen?"

„Ich habe korrekt gehandelt. Sie sollten froh sein, daß die Sache so erledigt ist."

„Was heißt das: erledigt ist?"

„Weil die Dame kaum aufkommen dürfte. Der Hieb war sehr gut gezielt. Ich habe das in Afrika gelernt."

Schumann mußte die letzte Nervenkraft aufbieten, um nicht sofort blind sechsmal hintereinander loszufeuern. Er fragte durch die Zähne hindurch:

„Also: wer hat sie beauftragt?"

„Das sage ich nicht."

„Hören Sie, Herr Mardrier, Sie sind Menschenkenner genug, zu wissen, daß ich hier mit dem Revolver nicht aus Scherz von Ihnen stehe. Bei dem Lärm des Flugzeugs wird die Fürstin Satoresca nichts hören. Ich schwöre Ihnen, daß ich sechsmal auf Sie schieße, und zwar ohne daß Sie einen direkt tödlichen Schuß erhalten, wenn Sie nicht sofort sprechen! Also?"

Mardrier zuckte mit den Achseln:

„Meinetwegen. Ich erzählte Simas Mitteilungen Makropulos. Er ordnete an: Beiseite schaffen, ohne den Herrn Schumann weiter damit zu behelligen. Wissen Sie nun genug?"

Das Flugzeug stürzte in ein Luftloch und fing sich wieder. Mardrier war gegen Schumann getaumelt. Der stieß ihn zurück. Durch das Fenster der Eingangstür — der schmale Raum war gewissermaßen Vorplatz zu Kabine und zum Gepäckraum zugleich — kam plötzlich volles Licht und alles war in Sonne gebadet. Mardriers Gesicht erschien mehlweiß gepudert. Am Haransatz der Stirn hatte er rote Flecken vor Aufregung. Der Stoß Schumanns hatte ihn wilder gemacht als alles Vorangegangene. Aber der Rittmeister, von einem ganz klaren Haß erfüllt, zielte mit der Waffe genau auf den Unterleib Mardriers:

„Ich bin hier Ihr Vorgesetzter. Geben Sie mir Ihre Papiere."

„Also Degradation?"

„Wie Sie es nehmen. Bitte den Paß, die Brieftasche, Ihre Uhr!"

Mardrier lachte höhnisch:

„Sie wollen mich wohl in Warschau bei der Polizei abliefern?"

„Nein, durchaus nicht. Sie können jetzt gehen!"

Mardrier machte einen Schritt zur Kabinentür hin. Aber Schumann scheuchte ihn zurück:

„Nein, nicht so lang. Hier bitte!"

Und er klinkte mit einem Ruck die Eingangstür auf. Tief unter zogen in grünen und gelben unregelmäßigen Mustern jetzt die Felder vorbei. Der Wind kam stürmisch herein und ließ Haare und Kleider flattern. Ein Zug silberne quer wie ein Damm dahin. Der Fußboden stand plötzlich schräg. Der Pilot stieg in eine höhere Luftschicht.

„Sie sollen da hinaus!" brüllte Schumann mit einem Male. Mardrier hörte es gar nicht, weil das herreinbringende Brausen des Propellers alles verschlang. Er sah nur des Rittmeisters schaurig aufgerissenen Mund.

In diesem Augenblick tat Mardrier etwas, was Schumann verwunderte. Er nahm den Kampf nicht auf. Er deutete nur spöttisch auf die Waffe, als wolle er sagen: „Wie unfair", hielt das Inlett zu und schrie:

„Sie Aas, Stel Wagen einer Frau!"

„Nein", gab Schumann zurück, „wegen zweier Frauen. Grinsen Sie sich zu meiner Tochter? Und nun springen Sie zum Teufel!"

Mardrier neigte den Kopf. Er lachte, daß er entgültige verspielt hatte. Vor sich sah er noch einmal das entsetzte Gesicht Gabriels. In unendlich schnellen Bildern wurde klar, was er erfahren hatte, daß Marschall des Rabelais Tätigkeit klang auf, es klang lächerlich, es war gut, daß es ihm sich das Trommelfell sprengte. Die Uhr an der Schlüsse schnarrte wieder. Er sah sich über das Haar, wollte noch etwas sagen, aber seine Sinne verwirrten sich noch, überzeugt, daß noch kein rauhes Schicksal in der Tat ihm sofort aufspringen könnte, nahm er sich noch hinten über.

Wenige Sekunden noch sah Schumann den Körper sich überschlagend durch die Luft wirbeln, dann konnte er den Stürzenden nicht weiter sehen. Er hing dessen Gedankengängen in der Rückschau. Das Verbrechen erschien besonders hell. Aber es war kaum Geld damit, sondern nur eine Hinrichtung, eine besonderer Art.

Schumann kommandierte in die Kabine hinein.

„Fürstin, es ist hier etwas Furchtbares passiert. Ein Unglücksfall! Mardrier —"

Die Fürstin sah ihn nicht an und sprach vor sich hin: „Unmöglich!"

Schumann ließ sich schwer in den Sessel neben ihr nieder: „Ja, denken Sie. Wie das Flugzeug vorhin absackte, sprang die Tür auf. Wir hatten uns unterhalten, und er hatte sich im Gespräch dagegen gelehnt."

„Wollen Sie den Piloten nicht landen lassen?"

„Aber das hat doch gar keinen Zweck."

Die Fürstin schwieg. Erst nach einer Weile sagte sie wie aus einem tiefen Nachsinnen heraus:

„Ich hatte übrigens gar nicht bemerkt, daß Sie die Kabine verlassen hatten, Herr Schumann. Auf jeden Fall müssen Sie aber dem Piloten einen Zettel hinschieben und ihm den Sachverhalt mitteilen. Nicht erst bei der Landung."

Schumann reichte dem Flugzeugführer durch das kleine Schiebefensterchen die Zeilen hinaus. Der warf einen Blick darauf und gab das Papier an Sima. Dieser starrte entsetzt in die Kabine, aber er sah nur zwei Gesichter, die ebenso bestürzt und traurig schienen wie das seine.

*

In Warschau setzte sich Schumann mit Makropulos telephonisch in Verbindung und teilte ihm das Unglück mit. Einen Tag später war Makropulos da.

„Es war eine einsame Gegend", erläuterte Schumann. „Er ist sicher beim Aufschlag unkenntlich geworden. Ich halte es für besser, wir kümmern uns nicht mehr um ihn."

„Aber er hat doch Papiere bei sich." Der Zwerg ging aufgeregt im Zimmer hin und her und schnippte ungeduldig mit den Fingern.

„Er gab sie vorher ab," sagte Schumann sehr ruhig.

Makropulos drehte sich scharf herum. „Er gab sie ab? Was heißt das? Sie wollen doch nicht damit sagen . . ."

„Ich will damit sagen, daß ich Mardrier für unzuverlässig hielt."

Schumann hatte vor sich auf dem Tisch Listen gebreitet, die er sorgfältig durchging und bald hier und da, nachdem er auf einem Stückchen Papier etwas berechnet hatte, einen Anstrich machte.

Makropulos sah ihn zögernd an. Er war sich nicht ganz klar über den Rittmeister.

„Wollen Sie sich nicht näher erklären?"

„Ich glaube nicht, daß das nötig ist. Ich bin jetzt in Aktion und habe meine Vollmachten. Wenn jemand Erklärungen zu verlangen hat, dann bin ich es. Sie können ganz ruhig sein: niemand kennt Mardrier. Man wird ihn auf dem Kirchhof des nächsten Dorfes in einer Ecke verscharren. Er war mutig, aber er war auch mitunter feige. Zum Beispiel: den Ueberfall auf dem Semmering hätte er nicht verübt, ohne sich vorher zu sichern. Warum haben Sie das gestattet?"

Der Zwerg versuchte, die Augen Schumanns zu sehen, aber es gelang ihm nicht. Er wich aus:

„Ich habe ihm gar nicht gestattet, so weit seine Befugnisse zu überschreiten. Natürlich mußte ich die Sache verfolgen lassen. Das war doch selbstverständlich."

Es nutzte nichts, jetzt mit Makropulos zu streiten. Der Belastungszeuge war schließlich verstummt. Es gab nur eine Notwendigkeit: Haydée zu sichern.

„Ich möchte gern den Fall des Fräulein Nazario selbst klären. Sie können sich denken, daß ich das größte Interesse daran habe. Verpflichten Sie sich, von seiten der Gesellschaft da nicht mehr einzugreifen?"

„Sonst?"

Eine ungeheure Stille tat sich auf. Makropulos hatte ihm das Wörtchen hingeschoben wie ein Brett, das, wenn er darauf trat, unter ihm nachgeben würde. Schumann spürte den lauernden Atem des anderen. Er machte einen energischen Schlußstrich unter einer langen Zahlenreihe, die er durchgegangen war, und sagte, die Zahl notierend, tonlos vor sich hin:

„Sonst — telephoniere ich heute abend mit Herrn Dunaimis. Was dachten Sie denn?"

„Aber das ist doch gar nicht nötig. Solche kleinen Zwischenfälle sind doch nicht der Rede wert. Ich bin natürlich mit Ihren Dispositionen einverstanden." Er nahm sein Notizbüchlein heraus und strich auf der Seite, über die Worte „Expedition Schumann" standen, den Namen Mardrier durch. Jetzt erst war der Franzose wirklich tot.

Am Nachmittag kamen Leiter großer polnischer Industriefirmen, Vertreter französischer und englischer Importgesellschaften, kam der Vertrauensmann des Dunaimis, der im Gdingener Hafen die Waffeneinfuhr von der See her, die durch den Korridor geleitet wurde, überwachte. Die Rüstungsvertreter überwogen die anderen Berufe, aber schon jetzt meldeten sich die verschiedensten Importeure, namentlich solche von Lebensmitteln und Rohstoffen, die für Nachschub und den Neuaufbau vermutlich zu zerstörender Gebiete ihre Offerten unterzubringen suchten. Meistens verhandelte der per Bahn angelangte Glazunoff mit ihnen unter Vorwänden, die nichts mit richtigem Namen nannten. Die Teilnehmer an diesen Sitzungen waren vielfach erprobte Geschäftsleute, die wußten, daß sie zu schweigen hatten, und im Hotel selbst und nach außen hin war das Ganze als eine Angelegenheit der in der Stadt residierenden „Polnisch-amerikanischen Getreide-Im- und Export-GmbH." aufgezogen.

(Fortsetzung folgt.)

Hollywoodtricks — ohne Illusion

Vom Oelschweiß zum geheizten Dschungel

Tausend große und kleine Tricks zaubern die Welt der Illusionen im Film hervor. Aber wer kennt als Laie schon diese Kunststücke? Hier werden einige von ihnen aus dem Schatzkästlein der flimmernden Wand von Hollywood verraten.

Alligatoren — sehr schläfrig

Die Dschungelszene mit John Boles und Walace Beery mußte nun endlich steigen. Der Dschungelstrom war bereits dicht mit Alligatoren besetzt. Durch ihn sollten Beery und Boles hindurchwaten.

Zum Glück für die Filmstars befanden sich die Alligatoren gerade in ihrer sogenannten Schlafperiode, in der sie sich durch eine ungewöhnliche Trägheit und Faulheit auszeichnen und nicht einmal nach Menschen schnappen. Für den Film aber mußten sie quicklebendig sein. So wärmte man einen Teil des künstlichen Dschungelstroms mit einer Dampfheizung so weit an, daß die Tiere munter wurden. Da aber, wo Beery und Boles durch das Wasser wateten, schwolz man eifrig große Eisblöcke und erzeugte Temperatur, die auch dem lebendigsten Alligator unangenehm ist. So konnte man Sicherheit und Gefahr, Dschungelhitze und Winterkälte auf engstem Raum vereinigt sehen, um den bewußten Filmstreifen zu drehen.

Temperament unter der Oelspritze

Man behauptet, daß der Filmdirektor Frank Lloyd seine grauen Haare erst seit jenem Tage habe, an der er mit den Aufnahmen eines Films mit dem Titel „Unter zwei Flaggen" begann. Denn bei diesem Film klappte überhaupt nichts. Pferde gingen durch und rissen die Kulissen ein. Die Hälfte der Schauspieler wurde grippekrank.

Am teuersten aber wurde der Film dadurch, daß der alte Schauspielerin die im Manuskript vorgeschriebenen Make-up-Mann jeden Tag fast zwei Stunden benötigte, um Schweißperlen mit der Oelspritze auf Stirn, Oberlippe und Augenbrauen zu zaubern.

„Tausende Fahrt" — ein Kinderspiel

Bei einem anderen Film sollte die Illusion der schnellen Fahrt dadurch erzeugt werden, daß alle 10 Sekunden ein winziger Telegraphenmast vor der Kamera auftauchte. Ein sonst ungemein geschickter Mann hatte diese an sich kinderleichte Aufgabe auszuführen.

Nun fiel in diesem Film aber während dieser „Höchstgeschwindigkeit" ein Schuß. Der Mann mit den Miniaturmasten war im Krieg gewesen und hatte einen Nervenschock davongetragen. Als der Schuß fiel, begannen die Telegraphenmasten plötzlich zu hüpfen, weil der Mann sich erschrocken hatte. Elf mal mußte diese Szene gedreht werden. Erst dann zuckten die Telegraphenmasten nicht mehr, und die Illusion war vollkommen.

Naturfarben — unerwünscht

Es ist ja alles ganz einfach mit den Illusionen. Man muß es nur wissen. Aber wer weiß es, daß ein Sonnenaufgang immer nur als — Sonnenuntergang gedreht und dann rückwärts projiziert wird? Das Bild des Sonnenaufganges gefällt nämlich nicht den von der Photographie geschärften Anforderungen. Und wenn man in einem Film Erdbeeren photographiert, dann muß man sie meist aber übel mit einem ganz bestimmten Rot anmalen, damit sie nicht ausgesprochen grün erscheinen. — Nun, einer der besten Filmkunde von Hollywood, ist den Filmgeschäften bei weitem nicht mehr genug. Man sieht deshalb vor jeder Filmaufnahme seine Haare mit einem ganz leuchtenden Firnisweiß.

Sogar der lebende Affe genügt in seinen natürlichen Farben dem Filmoperateur nicht. In ihrer Naturfarbe sind sie nämlich dunkelgrau zu rot. Will man sie filmen, so muß man ihnen ein schwarzes braunes Fell, das dann photographiert den richtigen Effekt erzeugt.

Illusionen mit Seifenschaum

Eine eigene Wissenschaft, die schon in das Gebiet der höheren Chemie hineinragt, ist rings um die Rasiercreme entwickelt worden, wenn diese in irgendeiner Szene verwendet wird. Die richtige Rasiercreme trocknet nämlich zu schnell weg und wird so schnell hart, daß es für den Filmoperateur keine Freude ist, eine derartige Rasierszene zu drehen.

Man stellt also einen chemischen Schaum her, der etwas an Eierschaum erinnert. Dieser Schaum wird übrigens auch benutzt, um in irgendeiner Pferdeszene dem Gaul den Schaum vor das Maul treten zu lassen.

Daß ein Wurm, der aus einem Apfel oder einem Stück Holz hervorkriecht, nie ein richtiger Wurm ist, dürfte auch dem Laien einleuchten. Dieses Würmchen ist aus Gummi und wird durch einen feinen Draht zum Filmleben erweckt.

Auch der Stacheldraht, der für Kriegs- und andere Szenen Verwendung findet, ist nicht ein wirklicher Stacheldraht, sondern aus — Gummi hergestellt, um ernste Zwischenfälle zu vermeiden, für die die Versicherungen der Filmfirmen nicht aufkämen.

So reiht sich eine Illusion an die andere. Zum Schluß stehen wir einem fesselnden Film gegenüber — so wirklich und echt . . . Und dabei wurde sogar der Sonnenaufgang gedreht, als die Sonne unterging . . .

Der beweiskräftige Vorschlaghammer

Ein Kraftwagen wird „frisiert"

In mehrwöchiger Verhandlung tagte das Kölner Schwurgericht gegen eine Eidesschieberbande, die durch Versicherungsbetrug ein stattliches Vermögen zusammengegaunert hat. Die Burschen verstanden es, Verkehrsunfälle so geschickt zu fingieren, daß selbst die mit Recht so mißtrauischen Versicherungsgesellschaften ihnen jahrelang auf den Leim gegangen sind. Plante die Bande einen neuen Schlag, so wurde erst in einer „Regiesitzung" die „Rollenverteilung" vorgenommen. Einer wurde als „Opfer" bestimmt, während zwei andere „Ehrenmänner" als einwandfreie Zeugen aufzutreten hatten. Gelang es einmal nicht, hohe Entschädigungssummen herauszuschlagen, so begnügte man sich auch damit, daß dem „Opfer" ein mehrwöchiger Erholungsurlaub in einem Sanatorium von der Versicherung bewilligt wurde.

Ein besonders raffiniertes Gaunerstück brachte jetzt einem der Hauptangeklagten eine Zuchthausstrafe von acht Jahren ein. Der Verhandlung lag ein Verkehrsunfall zugrunde, von dem der Wagen des Angeklagten in Düsseldorf betroffen worden war. Die Schäden waren an sich nur geringfügiger Natur, um aber eine hohe Entschädigungssumme zu erpressen, ließ man den angefahrenen Wagen nach Köln bringen, wo er in einem Schuppen mit einem schweren Vorschlaghammer erst einmal richtig „zurechtgebogen" wurde. Nachdem dann von dem dergestalt ramponierten Kraftwagen eine Photographie angefertigt worden war, ging man gegen die Versicherungsgesellschaft im Zivilprozeß vor und ließ sich eine Entschädigung von 200 Reichsmark auszahlen. Erst durch den Gesamtprozeß kam diese gewaltsame Frisur des Kraftwagens ans Tageslicht.

Der Mann, der allein den Mount Everest besteigen wollte

Mrs. Enid Evans hat vor einigen Tagen das Tagebuch von Maurice Wilson erhalten, den man vor einigen Monaten erfroren auf 21 000 Fuß Höhe am Mount Everest gefunden hat. Wilson hatte im vorigen Jahre das Wagnis unternommen, den Mount Everest mutterseelenallein zu besteigen. Er wollte damit beweisen, daß ein Mensch mit genügender Energie zu jeder Leistung fähig ist. Auch in seinem alltäglichen Leben hat er nach dieser Maxime gelebt, einen großen Teil seines Tages mit Abhärtungsübungen ausgefüllt, wochenlang gehungert und tollkühne Besteigungen, Flüge über Fallschirmabsprünge unternommen. Die Bezwingung des Mount Everest beabsichtigte Wilson so vorzunehmen, daß er mit einem Flugzeug auf einem hochgelegenen Plateau landete. Er kaufte sich eine alte Maschine, nahm einige wenige Unterrichtsstunden im Fliegen und kam tatsächlich glücklich im Alleinflug bis nach Indien. Dort verboten ihm die Behörden, den heiligen Staat Nepal zu überfliegen. Er ließ das Flugzeug stehen und durchwanderte, als buddhistischer Mönch verkleidet, Nepal bis zum Fuße des Himalaya-Gebirges. Von nun an fehlten bis vor kurzem alle Nachrichten über sein weiteres Schicksal. Erst das Tagebuch, das er für seine Freundin führte, gibt nähere Auskünfte über die übermenschlichen Anstrengungen, die er ausgehalten haben muß. Dabei scheint er bis zum letzten Augenblick voller Kraft und Optimismus gewesen zu sein, denn die letzte Eintragung lautet: „Ein herrlicher Morgen. Ich setze meinen Weg fort."

sozialistische Zeitschrift ist erst im Anschluß an eine neue Beschwerde wegen der Morddrohung gegen den früheren Senator Dr. Blavier verboten worden. Es ist in keiner Weise öffentlich zu erkennen gegeben worden, daß der Senat gegen die Veröffentlichungen in der Februar-Ausgabe eingeschritten ist. Bei dem auf einen Monat ausgesprochenen Verbot sei keine Ausgabe der Monatszeitschrift ausgefallen; außerdem sei sogar eine als Ersatzblatt anzusehende Sonderschrift unbeanstandet verbreitet worden. Damit vergleiche man das Vorgehen der Behörden gegen oppositionelle Organe.

Wenn Herr Dr. Willers gemeint habe, die Veröffentlichungen des Blattes hätten die Beziehungen des Völkerbundes zu Danzig nicht stören können, vielmehr sei das durch die Große Anfrage geschehen, so ist das absurd. Die Nationalsozialisten, die sich immer wieder darüber aufregten, daß die Opposition sich an die Völkerbundsorgane wende, hätten es in der Hand, solche Beschwerden überflüssig zu machen. Sie sollten auf verfassungsmäßige Zustände halten, die Gesetze unparteiisch anwenden, dann würde eine Stellungnahme des Völkerbundes überflüssig werden. Es sei aber unhaltbar, daß gegen oppositionelle Zeitungen wegen einer Kritik am Nationalsozialismus vorgegangen würde, während z. B. nationalsozialistische Organe, wie „Weichsel und Nogat", sogenannte Prangerlisten gegen Oppositionsanhänger ungeahndet veröffentlichen können. Solange solche Unterschiede gemacht würden, werde der Kampf um die Gleichberechtigung auch auf dem Gebiete des gedruckten Wortes weitergehen.

Namens des Zentrums griff Abg. Posack noch einmal in die Debatte ein. Die Opposition verlange, daß die staatlichen Organe gleiches Maß für alle einhielten und alle Unterschiede in der Behandlung der Presse fortfallen ließen. Der Präsident des Senats habe ihn, den Redner, zu diffamieren für richtig gehalten. Er möchte darauf entgegnen, daß, solange man nicht im deutschen Land alle Deutschen gleichmäßig behandele, nicht mit Erfolg gegen die ungerechte Behandlung, die Deutschen im Auslande widerfahre, auftreten könne.

Abg. Plenikowski (Komm.) und Abg. Budzinski (Pole), die nur eine Redezeit von je zwei Minuten hatten, konnten nur kurze kritische Ausführungen zu der Haltung der Behörden machen.

Der Präsident des Senats Greiser

erklärte, daß der Senat durch sein Verbot der Zeitschrift „Zwischen Weichsel und Nogat" seine Mißbilligung über die darin enthaltenen Ausführungen zu erkennen gegeben habe. Die Opposition habe übrigens kein moralisches Recht, sich über Zeitungsverbote zu beschweren. Was die Beziehungen zum Völkerbund beträfe, so freue er sich, erklären zu dürfen, daß gerade jetzt gute Beziehungen zum Völkerbund unterhalten würden. Durch die Zeitschrift „Zwischen Weichsel und Nogat" seien sie nicht gestört worden. Zum Abg. Plenikowski (Komm.) gewandt, erklärte er, er habe in Genf mit dem russischen Außenkommissar Litwinow gesprochen. Litwinow habe großes Verständnis für Danzig gezeigt. Er habe ihm, dem Präsidenten, erklärt, er sei Kommunist, wie er, der Präsident, Nationalsozialist sei. Beide könnten eine innerpolitische Opposition nicht brauchen. Zum Abg. Plenikowski gewandt, erklärte der Präsident des Senats, Greiser: „Anton, wir kennen uns ja viel zu lange, wir haben uns gegenseitig bekämpft; wir würden aber, wenn es notwendig wäre, auch hier wieder zusammenstehen und gemeinsam ein Gläschen Schnaps trinken."

Volkstagspräsident Beyl bemerkte, daß die Zeitschrift „Zwischen Weichsel und Nogat" während ihres Verbotes ohne sein Wissen im Volkstag auf den Plätzen der Abgeordneten ausgelegt worden sei. Er werde die Angelegenheit untersuchen.

Als letzte Große Anfrage wurde die gemeinsam von der Sozialdemokratie, dem Zentrum und den Deutschnationalen eingebrachte Anfrage über

die Rede des Gauleiters der NSDAP. Forster

am 16. November 1935 behandelt.

Abg. Gamm (deutschnational) begründete die Große Anfrage wie folgt: In unserer Großen Anfrage vom November 1935 haben wir den Senat darauf hingewiesen, daß der Parteisekretär der NSDAP., Albert Forster, in einer öffentlichen Kundgebung auf dem Langen Markt am 16. November in Gegenwart des Senatspräsidenten Greiser und des Senators Boeck die Angehörigen der verfassungstreuen Parteien, die heute zweifellos die Mehrheit der Danziger Bevölkerung hinter sich haben, in der heftigsten Weise beschimpft und bedroht hat. Unter anderem hat er allen denen, die sich der von ihm betreuten NSDAP. entgegenzustellen wagten, d. h. also der Mehrheit der Danziger Bevölkerung, angedroht, daß er dafür sorgen würde, daß sie ins Konzentrationslager kämen.

Vorweg möchte ich bemerken, daß die verfassungstreuen Parteien und die hinter ihnen stehende Mehrheit der Danziger Bevölkerung solche Aeußerungen des Herrn Forster gewohnt sind und sie nicht ernst nehmen. Im Interesse des Danziger Staates und seiner Regierung fühlen wir uns dennoch verpflichtet, in aller Oeffentlichkeit gegen diese Aeußerungen des Herrn Forster als eine Beleidigung Danzigs und seiner Bevölkerung zu protestieren. Herr Forster ist nicht Danziger Staatsangehöriger. Wie kann die Regierung es dulden, daß er in Gegenwart prominenter Mitglieder des Senats die Mehrheit der Danziger Bevölkerung beschimpfen und bedrohen darf? Wie ist es möglich, daß die Justiz und Polizei, die sonst gleich bei der Hand sind, wenn die NSDAP. angegriffen wird, zu solchen zweifellos strafbaren Handlungen des Herrn Forster absolut ruhig ist, wo es ihre Pflicht ist, auf der Stelle einzugreifen.

Die Regierung und die Justiz und Polizei können bei ihrem Verhalten nicht erwarten, daß die Bevölkerung Danzigs zu ihnen noch Vertrauen hat. Ist es wirklich schon so weit, daß Herr Forster nach seiner eigenen Aeußerung die Gerichte nicht mehr zu fürchten braucht? Jedermann in Danzig weiß, daß Herr Forster sich anmaßt, gegen Gesetz und Verfassung in die Regierungsgeschäfte des Senats und seiner Behörden unmittelbar einzugreifen. Kann der Senat bestreiten, daß auf die Forderung Forsters, die Senatoren Hohnfeldt, v. Wand und der Senatspräsident Dr. Rauschning ihre Aemter haben niederlegen müssen? Im Interesse des Ansehens des Danziger Staates und seiner Regierung fordern wir deshalb, daß der Senat dem staatsschädlichen Verhalten des Herrn Forster unverzüglich Einhalt gebietet und ihn wegen seiner Beleidigungen und Bedrohungen der Mehrheit der Danziger Bevölkerung der Bestrafung zuführt, die er nach Gesetz und Verfassung verdient.

Namens des Senats erklärte

Oberregierungsrat Zettlitz:

Der Senat könne in diesem Falle keine Untersuchungen mehr anstellen, da die Ausführungen des Herrn Gauleiters als politische Verleumdungen unter die Amnestie fielen. Der Senat lege aber Wert darauf, zu erklären, daß er in den Ausführungen des Gauleiters Forster keinen Verstoß gegen das Strafgesetzbuch erblicke, namentlich auch nicht gegen den Paragraphen 130 Abs. 2. Die Senatsmitglieder, die der Kundgebung beigewohnt hätten, hätten an der Kundgebung als Parteimitglieder teilgenommen.

Während der Abg. Moritz (Soz.) sich zum Wort meldete, um die Besprechung der Antwort des Senats zu beantragen, erklärte der Präsident des Volkstages, Beyl, die Große Anfrage schon für erledigt und rief den nächsten Punkt der Tagesordnung auf. Abg. Moritz protestierte dagegen, Präsident Beyl erklärte, die Wortmeldung nicht bemerkt zu haben. Eine Aussprache fand nicht statt.

Im letzten Punkt der Tagesordnung wurden von der nationalsozialistischen Mehrheit die Abgeordneten Thimm, Dr. Appaly und Wilhelm (Natsoz.) zu Vertretern der Präsidenten im Richterwahlausschuß gewählt.

Aus aller Welt

Das Einsturzunglück in Berlin

Unterhaltungen während der Haft

Der erste Verhandlungsabschnitt im Berliner Bauunglücksprozeß steht dicht vor seinem Abschluß. Zu Beginn der neuen Verhandlungswoche erhielt Reichsbahnoberrat Kellberg noch einmal das Wort. Er schilderte die großen Schwierigkeiten, die sich aus der Notwendigkeit einer mehrfachen Projektänderung ergaben und betonte, daß in seinem Büro ganz erhebliche Ueberstunden gemacht werden mußten, um das Maß der erforderlichen Arbeit zu leisten. Die Stadt Berlin hatte mehrfach Einspruch gegen die Linienführung erhoben und es bedurfte langwieriger Verhandlungen, um die beiderseitigen Interessen auszugleichen. Bevor die Bauarbeiten in Angriff genommen wurden, stellte die Reichsbahn neue Bohrungen an, um sich über die geologischen Verhältnisse des Untergrundes zu unterrichten. Wir waren uns einig darüber, daß die einzige Schwierigkeit die zu kurzen Rammträger waren und kamen im Juni v. J. dahin überein, daß die Trägerfüße durch Betonsockel gesichert werden sollten. Es wurde festgelegt, daß nur so tief ausgeschachtet werden sollte, daß die Trägerfüße noch die vorschriftsmäßige Einbindetiefe hätten.

Im Laufe seiner weiteren Vernehmung betonte Kellberg, daß er mit Arbeit sehr überlastet gewesen sei. Trotzdem sei er aber nicht vorstellig geworden, vielmehr stets solange im Büro geblieben, bis die Arbeit geschafft war. Bis viermal wöchentlich sei er auch über die Strecke gegangen. Im übrigen verblieb er bei seiner Auffassung, daß er sich hinsichtlich aller Einzelheiten der Bauausführung auf die Vorstände der Neubauämter und diese wiederum sich auf ihre verantwortlichen Bauwarte verlassen müßten und dürften.

Zum Schluß der Nachmittagssitzung kam es zu einem erregten Zwischenfall. Roths Verteidiger stellte fest, es sei auffällig, daß alle drei Angeklagten aus der Bauleitung der Reichsbahn übereinstimmend davon gesprochen hätten, sie seien hinsichtlich der Anbringung der eisernen Konsolkonstruktion durch Roth vor eine vollendete Tatsache gestellt worden. Daraufhin gab es eine erregte Auseinandersetzung. Aus dem Kreuzfeuer der Fragen und Antworten schälte sich heraus, daß bestimmte Unterhaltungen während der Haft geführt worden sind. Es soll sich dabei hauptsächlich um die Behandlung der überaus belastenden Aufzeichnungen auf dem bei dem getöteten Schachtmeister Dümke gefundenen Zettel gedreht haben. Dieser Zettel liefert den Beweis dafür, daß über die vorgesehene Sohlentiefe hinaus geschachtet worden ist, so daß die Rammträger nicht mehr die vorgeschriebene Einbindetiefe hatten. Die Verhandlung wurde dann auf Mittwoch vertagt. Für diesen Tag sind die ersten 11 Zeugen geladen.

Eine Brieftaube kehrt nach 9 Jahren zurück. In der Regel verzeichnen die Meldungen über Brieftauben die erstaunliche Schnelligkeit, mit der die Vögel ihren Weg zu finden wissen und ihren Flug zurücklegen. Ein Taubenschlag in Wilmington in Delaware hat jetzt den Gegenrekord festzustellen. Bei einem Fest in Süd-Karolina, rund 500 Kilometer von Wilmington, wurde im Jahre 1927 eine Taube auf einen Flug geschickt. Man hatte sie seit Jahren als verloren betrachtet, aber sie kehrte jetzt, nach neunjährigem Fernbleiben in ihren heimischen Schlag zurück und trug noch den Ring, der ihre Herkunft bezeichnete. Offenbar hat sie in dieser ganzen Zeit sich niemals in einer menschlichen Behausung niedergelassen, denn sonst hätte man sicherlich in Wilmington Bescheid gegeben, da die Adresse ja auf dem Ringe stand.

Neun Tote bei einem Hauseinsturz

Beim Einsturz eines Hauses in Verona in Italien sind neun Todesopfer zu beklagen. In der Nacht zum Dienstag stürzte eine Mauer von den Ueberresten des auf dem linken Etschufer gelegenen römischen Theaters (nicht des Amphitheaters) auf das Dach eines dreistöckigen Hauses, das bis auf die Grundmauern in Trümmer gelegt wurde. Sämtliche Hausbewohner wurden unter den zusammenstürzenden Schuttmassen begraben. Die sofort in Angriff genommenen Aufräumungsarbeiten gestalteten sich aber außerordentlich schwierig, weil sämtliche Lichtleitungen unterbrochen worden waren. Unter den Toten befindet sich ein Ehepaar mit drei Kindern.

Als Ursache des Unglücks vermutet man, daß das Erdreich, auf dem die Mauer des Theaters stand, infolge der starken Regengüsse während der letzten Tage nachgegeben hatte.

Zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt

Der 32 Jahre alte Südslawe J. Palmann, der am Sonnabend bei seiner Verhaftung in Landeck (Tirol) gegen einen Gendarmen zwei Schüsse abgegeben und diesen lebensgefährlich verletzt hatte, wurde am Dienstag von einem Standgerichtssenat zu lebenslänglichem schweren Kerker verurteilt.

Ein Balkon stürzte ab

Ein Toter, drei Verletzte in Mannheim

Ein schweres Unglück trug sich am Sonnabendnachmittag in der Jungbuschstraße in Mannheim zu. Dort waren fünf Männer an einem Hause damit beschäftigt, ein schweres Leuchtschild auf einen Balkon am ersten Stockwerk zu ziehen. Als der Geschäftsinhaber, sein Schwiegervater und der Schildermaler sich helfend über die Balkonbrüstung beugten, gab plötzlich die Brüstung nach, und sie stürzten hinab. Dabei wurden durch die herabfallenden Steinbrocken zwei auf dem Bürgersteig stehende Arbeiter verletzt. Von den abgestürzten Männern trugen zwei sehr schwere Verletzungen davon. Der 60jährige Schwiegervater starb bei der Einlieferung in das Krankenhaus.

Der Zeichner Erich Wilke gestorben. In München ist Erich Wilke, der Zeichner und Mitarbeiter der „Jugend", plötzlich einem Herzschlag erlegen. Er stammte aus Braunschweig und gehörte seit der Jahrhundertwende, als in München Künstler aus aller Welt zusammenströmten, zum engen Mitarbeiterkreis der „Jugend". Als solcher hat er eine Unzahl geistreicher Karikaturen geschaffen, die als Dokumente der Zeit ihren Wert behalten werden. Auch für den „Wahren Jakob" hat Erich Wilke manchen wertvollen Beitrag geliefert. Ein typischer Vertreter der älteren Münchener Künstlerschaft, ein Mensch mit einem warmen Herzen, ist mit Erich Wilke dahingegangen.

Peinlich!

Der neue Angestelltenausschuß beim Städtischen Betriebsamt will nicht in Funktion treten

Vor einigen Tagen konnten wir über die Vorgänge bei den Angestelltenausschuß-Wahlen im Städtischen Betriebsamt berichten. Wie erinnerlich, sind dort die Wahlen zu dem Angestelltenausschuß nicht etwa vorschriftsmäßig vorgenommen sondern es ist von der Belegschaft eine Zustimmungserklärung durch Handaufheben, d. h. also eine öffentliche Wahl, gefordert worden. Anscheinend haben sich die Pg.s, die diese „Wahl" arrangierten, durch unsere Veröffentlichungen stutzig gemacht, doch eines Besseren besonnen und haben das Ungesetzliche eines derartigen Vorgehens eingesehen. Nun ist man aber anscheinend in arger Verlegenheit, wie man, ohne sich zu blamieren, aus der Affäre ziehen soll. Der alte Ausschuß ist durch einen neuen ersetzt, der nicht entsprechend den Vorschriften gewählt worden ist. Der neue Ausschuß soll nun in einer kürzlich stattgefundenen Sitzung beschlossen haben, auf die Ausübung seines auf so eigenartige Weise zustande gekommenen Mandat zu verzichten und den alten Ausschuß seine Tätigkeit fortsetzen zu lassen.

Wie wir hören, hat die Veröffentlichung in der „Danziger Volksstimme" über die Vorgänge beim Betriebsamt das größte Interesse bei den Angestellten des Städtischen Betriebsamts ausgelöst. Wir werden über die weitere Entwicklung dieser eigenartigen Angestelltenausschuß-Wahl weiter berichten.

Die Post von Danzig nach USA.

hat im Monat Mai 1936 folgende Abgangszeiten: Postabgang von Danzig am: 6., 11., 13. Mai um 22.45 Uhr, am 15., 18., 21., 28. Mai und am 1., 5., 8. Juni um 22.45 Uhr. Diese Abgangszeiten sind für die Schlußversandte berechnet. Postschluß zum Versand um 22.45: beim Postamt 1 = 21.0; beim Zweigpostamt 5 Danzig (Bhf.) = 21.45 Uhr. Zur Sicherung der Anschlüsse fertigt das Postamt 5 (Bhf.) Vorversandte, die meistens einen Tag früher als die Schlußversandte nach den Abgangshäfen der Dampfer befördert werden. Es liegt im eigenen Vorteil der Absender, ihre Sendungen so zeitig aufzuliefern, daß sie in die Vorversandte aufgenommen werden können, damit die Sendungen die Schiffsanschlüsse auch bei etwaigen Zugverspätungen erreichen. Nachtzugeflüge Köln—Cherbourg zu den Dampfern „Bremen" und „Europa" ab 2. Mai. Vorausflüge (Schnellerflüge) von den Dampfern nach Newyork finden nicht statt. — Luftpost nach Südamerika: Deutscher Dienst: Schluß Zw.-Postamt (Bhf.) jeden Mittwoch 13 Uhr. Französischer Dienst: Schluß Zw.-Postamt 5 (Bhf.) jeden Sonnabend 7.30 Uhr.

Maifeier-Nachspiel

Das Ueberfallkommando angerufen — Zehn Tage Haft

Ein Danziger Kaufmann feierte den 1. Mai im Kreise von guten Verwandten. Da dem Alkohol recht kräftig zugesprochen wurde, befanden sich die Festteilnehmer nach Mitternacht in stark gehobener Stimmung. Da kam der Kaufmann auf den Gedanken, das Ueberfallkommando zur Belustigung der Festteilnehmer zu alarmieren. Am Telefon verlangte er, daß auch gleich die Mordkommission mitgebracht werde; denn sein Bruder sei ermordet worden. Das Ueberfallkommando kam, merkte den ungehörigen Witz und nahm, da es nicht ganz umsonst bemüht sein wollte, den trunkenen Kaufmann mit.

Er mußte sich vor dem Schnellrichter wegen groben Unfugs verantworten. In der Verhandlung gab er an, die Polizeibeamten zu seinem eigenen Schutze bemüht zu haben, da er sich durch seinen Bruder bedroht fühlte. Die angestellten Untersuchungen haben aber auch nach dieser Seite hin nichts ergeben. So wurde er durch den Schnellrichter, Landgerichtsrat Prohl, wegen groben Unfugs zu einer Haftstrafe von zehn Tagen verurteilt. Zwei Tage der erlittenen Polizeihaft werden auf dieses Strafmaß angerechnet. Das Urteil wurde rechtskräftig.

Die verführerischen Machandelflaschen

Mit einem Handwagen abtransportiert

In der Anklagebank des Amtsgerichts für Strafsachen stehen zwei Strafgefangene. Sie sind zu dieser Verhandlung eigens aus Stuhm nach Danzig transportiert worden, wo sie noch eine längere Freiheitsstrafe zu verbüßen haben. Die Anklage legt ihnen einen gemeinsamen schweren Einbruchsdiebstahl zur Last, der bis auf die Nacht vom 1. zum 2. Mai vorigen Jahres zurückfällt. Beide hatten sich unter Alkohol gesetzt und gingen auf einen Hof, um ihr Bedürfnis zu verrichten. Dort bemerkten sie hinter einem Fenster eine ganze Reihe von mit Machhandel gefüllten Flaschen. Schnell besorgten sie sich einen Handwagen, drückten die Scheibe ein und transportierten das edle Getränk ab.

Der erste Angeklagte wird außerdem noch beschuldigt, im Oktober 1935 aus einem Eisenbahnwaggon, der auf dem Bahnhof in Neufahrwasser stand, 120 Pfund Paraffin gestohlen zu haben. Er hat hieraus selbst Weihnachtskerzen hergestellt, die er verkaufte.

Beide Angeklagte, die sich im strafverschärfenden Rückfalle befinden, sind geständig. Der erste wird zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und drei Monaten verurteilt, der andere bei dem zweiten durch Amtsgerichtsrat Tornier auf ein Jahr Gefängnis erkannt wird. Das Urteil wird rechtskräftig.

Kuppelei. Vor dem Schöffengericht stand am gestrigen Dienstag der 29 Jahre alte Arbeiter Paul Piviorka und dessen 34 Jahre alte Ehefrau. Das Ehepaar wurde der Kuppelei beschuldigt. Es hat seine Wohnung wiederholt Mädchen, die mit Kavalieren kamen, zur Verfügung gestellt. Piviorka, ein SA.-Mann, bestritt zwar, sich schuldig gemacht zu haben, doch wurde er durch Aussagen von Mädchen überführt. Er erhielt drei Monate Gefängnis, die Ehefrau einen Monat Gefängnis.

Wirtschaft-Handel-Schiffahrt

Danziger Marktberichte

Der Getreidemarkt

Das Geschäft war in der Berichtswoche sehr klein, weil die Zufuhr aus der Provinz noch immer sehr gering ist. Besonders gilt dieses für Posen und Pommerellen, während in Kongreßpolen, Kleinpolen und Wolhynien mehr Ware verblieben ist. Von den letztgenannten Provinzen wird daher mehr nach Danzig gehandelt und verladen.

Die Tendenz des Getreidehandels ist unverändert freundlich. Sowohl für Gerste wie für Hafer und Brotgetreide besteht weiterhin gute Nachfrage. Es ist nicht anzunehmen, daß die Preise sämtlicher Getreidearten vor der neuen Ernte heruntergehen werden, es ist vielmehr im Gegenteil eher mit einer Besserung der Preise zu rechnen.

Die Preise in Zloty zeigten gestern folgenden Stand:

Gerste: Futtergerste 105 Pfund erzielte 16,15, Durchschnittsgerste 114/5 Pfund 16,80, bessere Qualitäten bis 17¼.

Hafer: Kongreß- und Kleinpolnische Ware notierte 16—16½, posener und pommereller bis 17½.

Bei Weizen kommen die Danziger Exporteure beim Bezug polnischen Weizens nicht auf ihre Rechnung, worauf wir schon in unsern täglichen Getreidemarktberichten hingewiesen haben. Es wird nur Freistaatweizen für die Danziger Inlandsmühlen gehandelt. Für Bunt- und Rotweizen zahlte man 21½, für Weißweizen 21¾.

Roggen: Kongreß- und Kleinpolnischer Roggen 116 Pfd. brachte 15,85, 118 Pfd. 15,80, während Posener und Pommereller Roggen 16,30—16,40 erzielte.

In Hülsenfrüchten, Oel- und Kleesaaten ist kein Geschäft.

Der Heringsmarkt

In der Berichtswoche haben die Verladungen fast völlig aufgehört. Der Grund liegt einmal in der polnischen Devisenbewirtschaftung, auf die wir noch an anderer Stelle näher eingehen, und weiter darin, daß die hiesigen Läger fast völlig geräumt sind. Bei einigen hiesigen Heringsimportfirmen sind schon überhaupt keine Lagerbestände mehr vorhanden. Auch die Nachfrage aus Polen hat stark nachgelassen. Mit neuen Heringen dürfte erst Ende des nächsten Monats zu rechnen sein und zwar mit Ankünften englischer Matjes. Die Preise für die noch in Danzig vorhandene Ware sind unverändert. Ankünfte waren in der Berichtswoche nicht zu verzeichnen.

Aus Polen

Forderungen der Handelskammern zur Devisenwirtschaft. In den letzten Tagen haben die polnischen Handelskammern eingehend mit den Wirtschaftsvertretern über die durch die Devisenreglementierung geschaffene Lage beraten. Man ist dabei zu dem Schluß gekommen, der Regierung eine Reihe von Grundforderungen zu unterbreiten, die bei den Ausführungsbestimmungen zur Devisenreglementierung berücksichtigt werden sollen. Einem offiziösen Bericht zufolge sind die Handelskammern vor allen Dingen der Ansicht, daß die Devisenreglementierung auf keinen Fall zu einer neuen Art Warenreglementierung werden darf. Angeblich sind von der Regierung entsprechende Zugeständnisse auch bereits gemacht worden. Die Wirtschaftskreise verlangen, daß bei der Zuteilung von Devisen der bisherige Devisenbedarf der Importfirmen in vollem Maße berücksichtigt wird. Andererseits sollen die Importeure nicht etwa Angsträufe tätigen. Ueber den bisherigen Bedarf hinausgehende Devisenforderungen müßten abgelehnt werden. Vor allen Dingen wird von den Wirtschaftskreisen auch eine Dezentralisierung der Organisation der Devisenzentrale gefordert, und zwar für alle Wirtschaftszentren Polens. Im übrigen stellen die Handelskammern fest, daß die Devisenbeschränkung die Beziehungen zu den Staaten, die selbst eine Devisenreglementierung haben, nicht erschwere, sondern im Gegenteil günstiger gestalten könne. Die polnische Devisenbeschränkung könne sich sogar erleichternd auf den Verrechnungsverkehr auswirken. Was den freien Markt betrifft, so hat der Handelskammerverband gewisse Bedenken geäußert betreffs der Freigrenze von 1000 Zloty für Ueberweisungen ohne Genehmigung der Devisenkommission, da es fraglich sei, ob die für diesen Zweck zugeteilten Devisen auch entsprechend verwertet werden. Andererseits wird die Hoffnung ausgesprochen, daß Mißbräuche auf diesem Gebiet nicht sehr groß sein werden, wenn die Regierung an ihrer Absicht festhalte, aus der Devisenreglementierung keine Warenreglementierung zu machen.

Neue Einfuhrverbote. Im „Dziennik Ustaw", dem polnischen Gesetzblatt, Nr. 34, vom 1. Mai, findet sich eine Verordnung über Waren, deren Einfuhr nach Polen verboten ist. Dadurch werden einige nicht sehr erheblichen Aenderungen insbesondere in der Fassung des Textes in der unbefristeten Einfuhrverbotsliste I durchgeführt und die bis zum 30. 4. 36 in Kraft gewesene Einfuhrverbotsliste II bis zum 31. 10. 36 verlängert. Auch werden für folgende Waren neue Einfuhrverbote getroffen: Zollpos. 104 aus P. 2 Fiber, Zollpos. 130 Bienenhonig, natürlicher, auch in Waben; Zollpos. 216 n. Anm. Tranc sowie andere Oele und Fette vom Seetiere aller Art usw.; Zollpos. 261 Kunsthonig, auch mit einer Beimischung von Naturhonig; Zollpos. 299 aus P. 5 Schwefelnatrium, feste, wasserhaltige; Zollpos. 365 Phenazetin; Zollpos. 574 P. 2 Organische Wismutverbindungen, außer besonders genannten; Zollpos. aus Anm. zu P. 304 Die in der Heilkunst gebräuchlichen chemischen Präparate, in besonderer Form eingeführt, deren Einfuhr unbefristet verboten ist und die nach der Deklarierung den Zollsätzen der entsprechenden einfuhrverbotenen Positionen unter Anwendung der Anm. zu Pos. 304 unterliegen; Zollpos. 458 Kautschukartige künstliche Werkstoffe auf der Grundlage von Lufen, Gelatine, Stärke, Pflanzenöl, Harnstoff, Formaldehyd usw., wie Galalith, Bakelit, Trolit usw. (ganze Position); Zollpos. 621 aus Anm. 1 Jute, Jutekämmlinge; Teil VIII Zolltarif aus den Anm. 2 Abs. 1, 13, Abs. 1, 14, Abs. 30, 2, 21 und 26 Waren aus Faserstoffen verschiedener Unterlagen, soweit die Güter, deren Zollsätze als Grundlage für die Berechnung der in diesen Anmerkungen bezeichneten Zollsätze dienen, früher einfuhrverboten sind; Zollpos. 726 Garnmischgarne; Zollpos. 932 P. 2a aus Anm. hier. P. 2a Gelenkketten, Rollenketten, Gallsche Ketten aus Eisen und Stahl; Zollpos. 1122 P. 1b I Andere als gläserne Isolatoren, nicht mit Porzellan, Steinzeug und Metallteilen versehen, im Einzelgewicht über 2 Kilogramm; Zollpos. 1123 Keramische Erzeugnisse für elektrotechnische Zwecke (ganze Position). Die Einfuhrverbote für chemische Mittel und die letzten vier Einfuhrverbote begründen den Schutz polnischer Erzeugnisse vor unlauterer Konkurrenz, da die polnische Industrie die Erzeugung dieser Waren in den letzten Monaten aufgenommen hat. Durch das Einfuhrverbot soll der Verkauf unterbrochener Lager verhindert werden.

Der Beginn der Tätigkeit der Polnischen Handelskammer in Danzig, der polnischen Handelsvertretung, beginnt nach ihren Angaben am Mittwoch, d. 5. Mai, über Danzig und Gdingen [illegible] Schwerter. Gegenüber dem Monat März 1935 sei also eine Steigerung um 9 Prozent eingetreten. Wie die Pageb mitteilt, exportierte sie nach England, Irland, Deutschland, Belgien, Frankreich, Dänemark, Schweden, Holland, Norwegen, Aegypten, Palästina, Argentinien und Griechenland. Den Hauptexportartikel stellten Nadelholzbretter, mit 32101 Festmeter, von denen allein 22236 Festmeter nach England und 4405 Festmeter nach Holland gingen. Der Rest entfällt auf Belgien, Deutschland, Argentinien und Palästina. Laubholzbretter wurden nur 823 Festmeter exportiert, Buchenbretter 508 Festmeter. Der Dickenexport bezifferte sich auf 627 Festmeter, von denen 343 nach England, 126 nach Argentinien, 108 nach Holland und der Rest nach Schottland und Belgien verschifft wurden. Furniere gingen in Höhe von 187 Festmeter ausschließlich nach England. Schwellen wurden 3482 Festmeter exportiert, davon 2766 nach Belgien, der Rest nach Holland. Grubenhölzer mit 2938 Festmeter fanden nur in England Absatz.

Der Saatenstand in Polen. Nach Angaben des Statistischen Hauptamtes in Warschau war der Saatenstand in Polen Mitte April d. J. wie folgt: Weizen 3,6 (am 15. März d. J. 3,4 und Mitte April v. J. 3,2), Roggen 3,4 (3,4 — 3,3), Gerste 3,3 (3,3 — 2,9), Raps 3,5 (3,5 — 2,5), Klee 3,4 (3,3 — 2,9).

Eine ungarische Abordnung in Gdingen. Am 16. Mai wird in Gdingen eine ungarische Delegation eintreffen, um an den Feierlichkeiten teilzunehmen, die dort wegen des Eintreffens des auf einer italienischen Werft in Monfalcone neuerbauten polnischen Motorschiffes „Batory" stattfinden werden. An der Delegation beteiligen sich etwa 20 Persönlichkeiten, darunter Vertreter verschiedener Behörden und Handelskammern.

Polens Wirtschaftslage im März

Belebungsanzeichen machen sich bemerkbar

Nach Darstellung der Bank Gospodarstwa Krajowego (Staatliche Landeswirtschaftsbank) entwickelte sich Polens Wirtschaftslage folgendermaßen:

Die Steigerung der Industrieproduktion, die zum Teil bereits Ende Februar einsetzte, machte sich im März immer mehr geltend. Sie umfaßte vor allem die Investierungsindustrien. Nach Beilegung des Streiks konnte die Textilindustrie des Lodzer Bezirks in der zweiten Märzhälfte eine starke Steigerung ihrer Saisonproduktion verzeichnen. Im Kohlenbergbau ist ein Rückgang der Beschäftigung infolge des gewöhnlich um diese Jahreszeit einsetzenden Absatzrückganges von Kohle für Heizzwecke eingetreten. Der Kohlenexport war niedriger, als im März des Vorjahres. Auch die Petroleumindustrie arbeitete nicht so intensiv wie im entsprechenden Vorjahresmonat. Der Absatz an Petroleumprodukten ist jedoch im Vergleich zum Vorjahr gestiegen.

Eine erheblichere Besserung wiesen dagegen die Eisen- und Zinkhütten teils infolge größerer Inlandaufträge sowie teils infolge gesteigerten Exports auf. In der Metall- und Maschinenbauindustrie zeigte sich Absatzsteigerung und erhöhte Beschäftigung hauptsächlich bei Bauartikeln, und in geringerem Maße auch bei den Landmaschinen- und Landgerätefabriken. Eine Besserung erfuhr auch die Lage auf dem Holzmarkt infolge günstigerer Exportkonjunktur und größeren Bedarfs an Bauholz. Die Mineralindustrie hat ihre Beschäftigung erhöht. In der chemischen Industrie trat eine Belebung im Verkauf von Kunstdünger sowie bei den von der Textilindustrie benötigten Artikeln ein.

Die Beschäftigungssteigerung bei Industrie und öffentlichen Arbeiten trug zur Senkung der Arbeitslosenziffer bei, die nach Erreichung des Höchststandes Mitte März bis Mitte April um 30 000 zurückgegangen ist.

Auf dem landwirtschaftlichen Produktenmarkt machte sich in letzter Zeit eine Steigerung der Getreidepreise bemerkbar. Die Umsätze in landwirtschaftlichen Produkten wiesen eine gewisse Belebung auf, der Getreide- und Mehlexport war etwas kleiner. Infolge des Beginns der Frühjahrssaison ist der Binnenhandelsverkehr gestiegen, und zwar hauptsächlich in den verschiedenen Zweigen der Bekleidungsindustrie, sowie in denjenigen Branchen, die mit dem Bauwesen zu tun haben. Auch haben sich die Umsätze mit dem Auslande erhöht, und zwar stärker auf der Ausfuhrseite, so daß der Ausfuhrüberschuß der Handelsbilanz gestiegen ist.

An den Börsen wurden notiert:

Danzig

Danziger Devisenkurse vom 5. Mai. Von der Bank von Danzig sind folgende Notierungen in Danziger Gulden festgesetzt worden. Telegr. Auszahlungen: Scheck 1 Dollar 5.3095 — 5.3205; Banken 1 Pfund Sterling 26.31 — 26.45; Banken 100 Reichsmark (verkehrsfrei) 211.16 — 211.87; Banken 100 Zloty (verkehrsfrei) 99.20 — 100.20; Banken 100 Franken 172.46 — 173.14; Banken 100 Franken 34.93 — 35.07; Banken 100 Gulden 209.35 — 210.17; Banken 100 Belga 89.72 — 90.08; Banken 100 Kronen 186.76 — 188.27; Banken 100 Kronen 117.47 — 117.93; Banken 100 Kronen 183.24 — 183.96.

Warschauer Devisen vom 5. Mai. Belgien 90.20 — 90.38 — 90.02; Holland 359.80 — 361.22 — 358.38; London 26.41 — 26.46 — 26.36; Neuyork 5.325 — 5.337 — 5.313; Neuyork Scheck 5.325 — 5.337 — 5.313; Paris 35.01 — 35.09 — 34.93; Prag 21.97 — 22.01 — 21.93; Stockholm 136.30 — 136.58 — 136.02; Schweiz 172.83 — 173.17 — 172.49; Danzig 172.59 — 172.93 — 172.25. Tendenz fester.

Danziger Effektenkurse vom 5. Mai. In Danziger Gulden wurden notiert für: 4proz. Eisenb.-Pfandbriefe [illegible]; Danziger Hypotheken-Pfandbriefe, Serie II—IV [illegible]; do. Serie II—IV [illegible]; Danziger Private Stadt-Anleihe [illegible].

An den Produkten-Börsen

Danziger Produktenbörse vom 4. Mai. (Preise amtlich Notierungen. Preise für 100 Kilo): Weizen, 130 Pfd. 21.50; Roggen, 118 Pfd. 16.25; Roggen, 120 Pfd. 16.40; Roggen, 122 Pfd. 16.50; Gerste, feine 16.50—17.50; Gerste, mittel 16.00—16.50; Gerste, 114/115 Pfd. 16.00; Futtergerste, 110/111 Pfd. 15.50; Futtergerste, 105/106 Pfd. 15.00; Hafer, feiner 16—17.50; Hafer 16.50.

Danziger Mehlpreise vom 4. Mai. Weizenmehl 30 Gulden per 100 kilo frei Haus. Roggenmehl 30 Gulden per 100 Kilo frei Haus.

Posener Produktenbörse vom 4. Mai. Mühlenpreise: Roggen 15.75—16. Tendenz ruhig; Weizen 22.25—22, ruhig; Gerste a) 15.25—16, b) 15.00—15.25, ruhig; Hafer 15.50—16 (Hauptware) 15—15.25, ruhig; Roggenmehl 23.75—24.25, ruhig; Weizenmehl 16.75—19.50, ruhig; Roggenkleie 10.50—10.75; grobe Weizenkleie 10.75—11, ruhig; mittlere 11.25—11.50; Weizenmehl 40—41; Schwarzmehl 32—34; Roggenkleie 21—22; Weizenkleie 21—22; Leinkuchen 21—22; Rapskuchen 18.25—19; Sonnenblumenkuchen 17—17.25; Rapsmehl 14.75—15.50; Viktoriaerbsen 25.50—27.50; Kleine Speisekartoffeln 23—27; Fabrikkartoffeln 23—25; Trockenschnitzel 21—22; Blauschnitzel unverkauft.

Posener Viehmarkt vom 4. Mai. Zufuhr: Ochsen 59, Bullen 176, Kühe 308, Schweine 1788, Kälber 775, Schafe 96, Lebendgewicht 2040 Gesamtzufuhr. — Preise: 1) 56—60, 2) 48—54, 3) 42—46, 4) 35—40; Bullen: 1) 54—58, 2) 48—52, 3) 41—44, 4) 35—40; Kühe: 1) 54—60, 2) 48—52, 3) 40—45, 4) 14—35; Färsen: 1) 56—60, 2) 48—54, 3) 42—46, 4) 34—40; Jungvieh: 1) 52—56, 2) 44—48; Kälber: 1) 72—76, 2) 68—70, 3) 55—61, 4) 46—50; Schafe: 1) 64—68, 2) 58—60; Schweine: 1) 82 bis 84, 2) 80—82, 3) 80—82, 4) 72—78, 5) 74—84. Handelsverlauf ruhig.

Sport-Turnen-Spiel

Länderkampf vor wenigen Zuschauern

Deutschland siegt im Geräteturnen über Italien

Am gestrigen Dienstagabend lieferten sich in Mailand Deutschland und Italien ihren ersten Länderkampf im Kunstturnen. Italiens Turnermannschaften und Einzelturner spielten bei den Olympischen Spielen verschiedentlich, zuletzt 1932 in Los Angeles, wo freilich die stärksten Turnernationen fehlten, eine erste Rolle. Die Turner Deutschlands triumphierten bei den Olympischen Spielen 1896, 1904 und 1906, zogen sich dann von den internationalen Wettkämpfen zurück und erst vor zwei Jahren bei den Weltmeisterschaften in Budapest stellte sich Deutschland wieder in die Reihe der auf internationalem Boden im Turnen kämpfenden Nationen. Hier unterlag im Mannschaftskampf Deutschland der Schweiz und der im leichtathletischen Teil erfolgreicheren Tschechoslowakei, schlug aber Italien an den Geräten mit 625,15 : 616,85 Punkten. Seither traf Deutschland im Hinblick auf die im eigenen Lande stattfindenden XI. Olympischen Spiele auch im Turnen so umfassende und sorgfältige Vorbereitungen, daß die Italiener selbst den geringen Rückstand von Budapest auf die deutschen Turner kaum aufzuholen imstande waren, obwohl Italien für Berlin gleichfalls das denkbar beste vorgekehrt haben dürfte.

Nur wenige Zuschauer hatten sich auf der Kampfstätte eingefunden, als die beiden Mannschaften ihre Uebungen begannen. Die Kämpfe zogen sich über drei Stunden hin, da das Kampfgericht nach jeder einzelnen Uebung zu einer Besprechung zusammentrat. Die Anschauungen der Kampfrichter über die Wertung gingen soweit auseinander, daß diese Maßnahme, besonders bei den Pferdsprüngen, notwendig wurde.

Die deutschen Turner konnten den am Nachmittag errungenen knappen Vorsprung nicht nur halten, sondern noch weiter ausbauen und in der Gesamtwertung mit 340,500 : 336,525 Punkten den ersten Kunstturnländerkampf gegen Italien zu ihren Gunsten entscheiden. Deutschland stellte in Schwarzmann mit 58,75 Punkten und Stangl mit 57,83 Punkten auch die besten Einzelturner.

Frauenschachturnier in Rußland

In Leningrad ist das allrussische Frauenschachturnier abgeschlossen worden. An erster Stelle steht die Schachmeisterin Olga Siemioniowa, die keine einzige Partie im Laufe des ganzen Turniers verloren hat. Siemioniowa ist 25 Jahre alt und spielt seit 1930 Schach.

Warschauer Leichtathleten in Danzig

Für den Himmelfahrtstag (21. Mai) hat der Sportklub Gedania mit Warszawianka (Warschau) einen leichtathletischen Klubkampf abgeschlossen, der durch einige Einladungswettbewerbe umrahmt werden soll, zu denen die besten Danziger Leichtathleten herangezogen werden. In der Warschauer Mannschaft befinden sich einige Leichtathleten der polnischen Olympiamannschaft.

Schwedischer 4:1-Sieg in Hamburg

Der Tennislampf Klipper (Hamburg) gegen Stadionklubben Stockholm wurde mit zwei schwedischen Erfolgen beendet. An Stelle von Oestberg, der wegen Verletzung nicht antrat, spielte Karlborg, der gegen Dr. Dessart 6:8, 7:5, 6:2, 8:6 gewann. Im letzten Treffen schlug Karl Schroeder Friedrich Frenz 6:3, 6:4, 6:3, so daß also die Schweden mit 4:1 siegten.

Aus dem Osten

Beschnittene Wochenschauen

Filmkrieg in Polen

Die Filmabteilung der Polnischen Telegraphenagentur hat gegen Kinobesitzer in Polen eine ganze Reihe von Prozessen wegen Beschädigung ihrer Filmwochenschau angestrengt. Die Angelegenheit hängt in gewissem Sinne mit dem nationalsozialistischen Regime in Deutschland zusammen.

Die Filmabteilung der Polnischen Telegraphenagentur hatte auf Grund des Filmaustausches in ihren Wochenschauen auch eine Reihe von Aufnahmen von verschiedenen Feierlichkeiten in Deutschland aus der Zeit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten untergebracht. Einzelne Kinobesitzer gingen nun in der Weise vor, daß sie die

nationalsozialistischen Aufnahmen aus dem Wochenschaudienst der Polnischen Telegraphenagentur herausschnitten.

Dies wurde so geschickt gemacht, daß das Publikum nicht einmal auf den Gedanken kam, daß nicht der vollständige Filmwochenschaudienst vorgeführt wurde.

*

Ueber den deutsch-polnischen Gemeinschaftsfilm „August der Starke" ist seinerzeit viel geschrieben worden. In Deutschland ist dieser Film in Berlin und anderen Städten längst vorgeführt worden. In Polen aber hört man nichts mehr von ihm. Wie verlautet, sind die für Polen bestimmten Kopien infolge von Streitigkeiten innerhalb der Filmbranche mit Sequester belegt worden.

Ermordet und beraubt

Unweit der Ortschaft Koszowo im Kreise Luck wurden die Reste eines mit Pferden bespannten, fast verbrannten Wagens und auf demselben die verkohlte Leiche einer Mannesperson gefunden. Sofortige Untersuchungen ergaben, daß es sich um den Einwohner Teofan Bubziak aus Serniczki, Kreis Horochow, handelt, der 180 Zloty mit sich genommen hatte, um auf den Jahrmarkt nach Rizeino zu fahren. Unterwegs ist er von Banditen überfallen, ermordet und beraubt worden, worauf die Verbrecher die Leiche in Stroh hüllten, auf den Wagen legten und denselben anzündeten. Die wildgewordenen Pferde schleppten denn den brennenden Wagen bis nach Koszowo.

In der Leichenhalle wieder lebendig geworden

Dieser Tage wurde in das St. Josephs-Spital in Szamotuly (Samter) in Pommerellen das dreijährige schwerkranke Söhnchen eines Landwirts zur Behandlung eingeliefert. Das Kind starb jedoch nach drei Tagen, worauf es in die Leichenhalle des Spitals gebracht wurde. Man benachrichtigte darauf die Eltern. Als die Mutter erschien, um die Leiche abzuholen, sah sie zu ihrem Entsetzen, aber auch zu ihrer Freude, den Knaben im Sarge herumturnen. Das Kind, das in einen Starrkrampf gefallen war, ist jetzt gesund und munter.

Polen und der Völkerbund

Erörterungen im Organ des Außenministeriums

Die halbamtliche „Polnische Politische Information", die neugegründete Korrespondenz, die im Auftrage des Außenministers herausgegeben wird, äußert sich in ihrem ersten Artikel zur Frage einer Reform des Völkerbundes. Polen sei an einem wirklichen Fortschritt auf dem Gebiete der internationalen Zusammenarbeit und an der Art ihrer Gestaltung in der Zukunft interessiert. In der Vergangenheit seien die meisten Polen berührenden Fragen nicht in Genf gelöst worden. Weder die polnisch-sowjetrussische noch die polnisch-deutsche Frage hätten dort ihre Lösung gefunden, und bezüglich der polnisch-litauischen Frage hätte sich der Völkerbund völlig ratlos gezeigt.

Im übrigen, so erklärt der Artikel, sei es heute noch zu früh für Prophezeiungen, welcher Lösung das Völkerbundsproblem entgegengehe. Es stünden sich zwei Richtungen gegenüber, die eine, die aus dem Völkerbund eine periodische internationale Konferenz beratenden Charakters machen wolle, und die andere, die dem Völkerbund durch Erweiterung der Pflichten einen mehr überstaatlichen Charakter geben wolle.

Auch die „Gazeta Polska" erörtert in einem Leitartikel aus Genf das gleiche Thema. Auch hier wird von Bestrebungen gesprochen, aus dem Völkerbund eine Art politischen Salons zu machen, dessen Aufgabe es wäre, vorhandene Gegensätze zu mildern. England freilich, so schreibt das Blatt, wünsche zunächst aus dem Völkerbund einen wirksamen Damm gegen den Krieg zu machen. Dazu erstrebe es die Universalität des Völkerbundes durch Wiederheranziehung Japans und Deutschlands und durch Eintritt der Vereinigten Staaten. Bei einer solchen Universalität wäre das System der kollektiven Sicherheit nicht zu verwirklichen, und man müsse sich auf regionale Lösungen beschränken.

Außenministerbesprechungen in Genf

Wie das Norwegische Telegramm-Büro mitteilt, wird am Sonnabend dieser Woche in Genf eine Konferenz zwischen dem niederländischen Außenminister und den Außenministern der vier nordischen Staaten über Völkerbundsfragen stattfinden. Im Anschluß an diese Konferenz werden diese Außenminister auch mit den Außenministern von Spanien und der Schweiz über Völkerbundsfragen verhandeln.

Japan und Rußland

Erklärungen des Außenministers Arita vor dem Reichstag

Außenminister Arita hielt am Dienstag vor dem neuen japanischen Reichstag seine mit Spannung erwartete Rede. Arita wies auf die bekannten Vorgänge an der mandschurischen Grenze hin, die durch die Unklarheit der Grenzen hervorgerufen worden seien. Er erklärte, er wolle Sowjetrußland noch einmal entschieden auf diese Sachlage hinweisen. Japan hoffe, daß die nunmehr zu erwartende Regelung der Ostgrenze der Beginn einer friedlichen Beilegung der strittigen Grenzfragen sei. Der Außenminister teilte in diesem Zusammenhang mit, daß Mandschukuo mit der Außenmongolei direkte Verhandlungen eingeleitet habe, die, wie er hoffe, zum Austausch von Vertretern führen würden.

Arita ging dann ausführlich auf

das Verhältnis Japans zu Sowjetrußland

ein. Er stellte fest, daß das Verhältnis zu diesem Staat zu wünschen übrig lasse, da Moskau die Stellung Japans im Fernen Osten noch nicht verstehe und grundlose Befürchtungen hege. Sehr bedeutsam und fast drohend waren dann folgende Ausführungen: Die Zusammenziehung von sowjetrussischen Streitkräften in Ostasien stelle eine ständige Bedrohung in diesem Teil der Welt dar. „Ich stelle ausdrücklich fest," so betonte er mit Nachdruck, „daß Japan auf die Dauer dieser Lage gegenüber nicht gleichgültig bleiben kann."

Gegenüber China werde Japan die bekannten Grundsätze Hirotas verfolgen, die eine Zusammenarbeit auf friedlicher Grundlage vorsähen. China müsse sich endlich entschließen, eine entschiedene Haltung zur ostasiatischen Frage einzunehmen.

Dreiviertel-Mehrheit der Wafd-Partei

Weitere Vertagung der englisch-ägyptischen Verhandlungen

Von den für die ägyptische Kammer zu wählenden 232 Abgeordneten stehen noch 17 aus, die in Nachwahlen am kommenden Donnerstag gewählt werden sollen. Wenn auch bisher noch keine genauen Angaben über die Zusammensetzung der neuen Kammer veröffentlicht worden sind, so rechnet man doch mit Bestimmtheit damit, daß die Wafd-Partei die Dreiviertel-Mehrheit erhalten wird.

Die englisch-ägyptischen Vertragsverhandlungen sind, wie aus Kairo gemeldet wird, bis zum 16. Mai vertagt worden. Als Grund werden die zahlreichen politischen Besprechungen angegeben, die der Führer der ägyptischen Abordnung Nahas-Pascha, der bekanntlich zugleich Führer der Wafd-Partei ist, zurzeit abhalten muß. Die Verhandlungen waren bereits während des ägyptischen Wahlkampfes angesetzt worden.

Dienstverlängerung in Belgien. Der Ministerrat hat auf Antrag des Ministers für Landesverteidigung beschlossen, die 3000 Mann, die am 28. Mai zur Entlassung kommen sollen, bis auf weiteres unter den Fahnen zu behalten. Dieser Beschluß geht auf das Gesetz zurück, das den Kriegsminister ermächtigt, zur Verstärkung der Grenzdeckung bestimmte Maßnahmen zu ergreifen.

Italienische Kriegsgewinne. Die Gewinne der großen italienischen Rüstungsbetriebe sind im Zusammenhang mit dem abessinischen Kriege außerordentlich gestiegen. So betrug u. a. der Reingewinn von Fiat 1935: 39,1 Mill. Lire (34,1 Mill. im Vorjahre), Pirelli 29,2 Mill. (26 Mill.), Edison 142,4 Mill. (137,5 Mill.), Ilva 36,4 Mill. (29,5 Mill.), Snia Viscosa 34,1 Mill. (26,1 Mill.), Ital. Cementi 14,1 Mill. (12,7 Mill.), Italia Fruschini 5,2 Mill. (2,3 Mill.), Montecatini 92,4 Mill. (86,9 Millionen).

Der österreichische Pen-Klub neu konstituiert. Der österreichische Pen-Klub wurde am Montag neu konstituiert. Bekanntlich hatte vor zwei Jahren bei einer bewegten Generalversammlung in Ragusa eine Gruppe nationalsozialistischer Schriftsteller österreichischer und reichsdeutscher Staatsangehörigkeit den Versuch gemacht, durch lärmende Demonstrationen und allerlei Anträge und Kundgebungen den Pen-Klub zu sprengen; schließlich sind sie aus dem Pen-Klub ausgetreten. Seit dieser Zeit hatte die österreichische Zweigstelle in Wien keinerlei Tätigkeit mehr entfaltet. Nunmehr wurden zu dem seinerzeit tätig gebliebenen Vorstand der Staatssekretär Hammerstein-Equord, Graf Coudenhove-Kalergi und Professor Gregor ergänzend gewählt.

Zur Förderung der polnisch-französischen Handelsbeziehungen ist in Paris kürzlich unter Vorsitz des französischen Ministers Martin ein französisch-polnisches Komitee gegründet worden. Das Komitee beabsichtigt u. a. eine Reihe von Vorträgen in Paris und Warschau sowie französische Ausflüge wirtschaftlicher Kommissionen nach Polen und umgekehrt polnische Ausflüge von Wirtschaftlern nach Frankreich zu organisieren.

Der Mord von Tragheim vor Gericht

Die Tat des Runschkowski — Ein Zeuge hat sich in der vergangenen Nacht erhängt

Am heutigen Mittwoch wird wiederum vor einem Danziger Gericht gegen einen Mörder verhandelt. Zu verantworten hat sich der 21jährige Landarbeiter Johannes Runschkowski aus Herrenhagen im Kreise Großes Werder. Er ist des dreifachen Mordes angeklagt. Von ihm sind getötet worden sein Halbbruder, dessen Ehefrau und ihr 1½jähriges Töchterchen. Dieser Mordprozeß ist hoffentlich das Schlußglied einer Kette von Bluttaten, von denen Danzig in letzter Zeit sehr reichlich heimgesucht worden ist. Wir erinnern daran, daß im Oktober 1934 der 19jährige HJ.-Führer Werner Doerks den Sparkassenrendanten Spode erschossen hat. Kurze Zeit später mußte sich die Oeffentlichkeit mit der Bluttat des SA.-Mannes Poraba beschäftigen, der den Familienvater Paul Karschnick in Brösen mit einem SA.-Dolch niederstach. Am 12. Oktober 1935 geschah dann der Mord im Schwarzen Meer. Der Täter, der Friseurmeister Gregorowski, ist bereits hingerichtet worden. Vor kurzem wurde dann gegen den früheren SA.-Führer Heppner wegen Mordes verhandelt. Auch Heppner ist rechtskräftig zum Tode verurteilt, doch hat er jetzt ein Gnadengesuch eingereicht, über dessen Ergebnis noch nichts vorliegt. Jetzt wird Runschkowski, der dem SA.-Reitersturm angehörte, der Prozeß gemacht. Dem Angeklagten wird

eine der scheußlichsten Bluttaten vorgeworfen, die je im Freistaatgebiet vorgekommen sind.

Runschkowski ist durch die intensive Arbeit der Sondergruppe der Danziger Kriminalpolizei überführt worden, obwohl das keine leichte Arbeit war, denn zunächst hat niemand geglaubt, daß es sich, als in der Nacht vom Dienstag, dem 4. Februar, zum Mittwoch, dem 5. Februar 1936, die Familie Runschkowski bei einem Wohnhausbrand ums Leben kam, um einen Mord handelte. In der angegebenen Nacht brannte ein Sechs-Familienhaus der Gutsverwaltung Jacobsohnsche Erben in Tragheim im Werder nieder. Das Feuer ist in der Wohnung der getöteten Familie Runschkowski ausgekommen. Es wurde in der Nacht, um 3 Uhr, als die Wände heiß wurden und starker Rauch das ganze Haus verqualmte, von den Nachbarn bemerkt. Man nahm zunächst an, daß die Familie Runschkowski, Mann, Frau und Kind, bei dem Brande ums Leben gekommen sei. Man vermutete, daß das Feuer dadurch entstanden sei, daß das Kinderbett zu nahe am Ofen stand und Feuer fing, oder daß der Brand durch Holzscheite entfacht wurde, die hinter dem Ofen zum Trocknen lagen. Man nahm auch an, daß die Familie in dem starken Qualm erstickt ist, bevor an eine Rettung zu denken war. Der Brand hat die betroffenen sechs Familien außerordentlich geschädigt, denn die wenigsten Einwohner hatten ihre wenigen Habseligkeiten versichert. Auch konnte nicht viel gerettet werden. Die obdachlos gewordenen Familien wurden von Einwohnern aus den Dörfern Tragheim, Kalthof und Gr.-Lesewitz aufgenommen.

Das war die Situation am Mittwoch, dem 5. Februar. Kurze Zeit später, als die Polizei nähere Untersuchungen angestellt hatte, tauchte aber der fürchterliche Verdacht auf, daß jemand bei dem Brande seine Hände im Spiel gehabt haben müsse. Bei der Untersuchung der Leichen, die Frau und das Kind wurden im Bett liegend verkohlt aufgefunden, stellte sich heraus, daß

Mutter und Tochter der Schädel eingeschlagen worden war.

Der Ehemann war überhaupt nicht zu finden. Von seinem Bett waren nur noch die Halteschrauben übriggeblieben. Alles andere war verbrannt. Man fand den vermißten Ehemann später etwa 300 Meter von der Brandstätte entfernt, an den Rübenmieten, tot auf. Ihm war der Hinterkopf, anscheinend mit einem Beil, eingeschlagen. Mit dem Auffinden des Ehemanns war der Hergang der Tat so einigermaßen klar. Zunächst ist der Ehemann ermordet worden. Dann kehrte der Mörder in das Haus zurück und tötete die Ehefrau und das 1½jährige Mädchen, wahrscheinlich um die Aufklärung des Verbrechens zu verhindern. Um ganz sicher zu gehen, hat der Mörder dann das Haus in Brand gesteckt.

Das Motiv der Tat ist bisher nicht völlig klar geworden.

Man kann sich kaum denken, daß bei der getöteten Landarbeiterfamilie etwas Mitnehmenswertes zu holen war. Der Anreiz zu diesem Verbrechen muß aus anderen Ursachen stammen. Wahrscheinlich wird die heutige Gerichtsverhandlung auch darüber Auskunft geben. Runschkowski hat kurze Zeit nach seiner Festnahme ein volles Geständnis abgelegt, sich jedoch über das Motiv seiner Tat ausgeschwiegen. Der Verdacht war bald nach der Aufdeckung der Mordtat auf Runschkowski gefallen, doch hatte er es eine kurze Zeit fertiggebracht, sich dem Zugriff der Kriminalpolizei zu entziehen. Einige andere Verhaftungen waren vorgenommen worden, doch konnten die übrigen Verhafteten ihr Alibi restlos nachweisen, so daß sie entlassen werden mußten. Runschkowski ist seit dem 6. Februar in Polizeigewahrsam und wurde bald nach seiner Festnahme dem hiesigen Untersuchungsgefängnis zugeführt, wo er ständig gefesselt ist. Ihm sind zwei Handschellen angelegt, in deren Mitte sich eine massive Stange befindet, so daß die eine Hand die andere nicht berühren kann. Diese Fesseln werden Runschkowski erst kurz vor dem Betreten des Gerichtssaales abgenommen.

Die heutige Verhandlung

Zur heutigen Gerichtsverhandlung hat sich wieder ein großes Publikum eingefunden. Der Andrang ist aber nicht so groß wie beim Heppner-Prozeß. Trotzdem hatten die zahlreichen Polizeibeamten alle Hände voll zu tun, um des Andranges Herr zu werden. Der große Schwurgerichtssaal ist wieder überfüllt. Jedes verfügbare Plätzchen ist durch herbeigeschaffte Bänke ausgenutzt. Insbesondere ist die Frauenwelt als Zuhörer stark vertreten. Unter den Anwesenden sieht man auch zahlreiche Regierungsbeamte, Assessoren, Referendare. Anwesend ist auch der Erste Staatsanwalt Großmann. Es sind 38 Zeugen zu der heutigen Verhandlung geladen.

Von den 38 Zeugen ist

der Zeuge Pawlowski aus Herrenhagen nicht erschienen. Er war sich in der vergangenen Nacht erhängt.

Eine Tochter des P. war die Braut des Angeklagten, hat aber die Verlobung aufgelöst. Das Mädchen war Mutter eines Kindes, dessen Vater der Angeklagte ist.

Vorsitzender des Gerichts ist Landgerichtsdirektor Dr. Großkopf. Als Sachverständige fungieren Professor Dr. Bürgeler aus Danzig, Dr. Pesenecker (Ziegenhof), Prof. Dr. Kaufmann von der Psychiatrischen Abteilung des Städt. Krankenhauses und Dr. Bär aus Danzig. Die Verteidigung des Angeklagten liegt in den Händen des Rechtsanwalts Dr. Hammer. Die Staatsanwaltschaft ist durch den Staatsanwaltschaftsrat Bischoff vertreten.

Runschkowski wird um 9.06 in den Saal geführt. Er ist ein kleiner, untersetzter, junger Mann, dem man einen Mord nicht zutrauen würde. Es ist ungefähr derselbe Typ wie Heppner: blondes Haar, blaue Augen und ein jugendliches, frisches, nicht einmal unsympathisches Gesicht. Allerdings macht Runschkowski den Eindruck eines Menschen, dem die Dinge etwas gleichgültig erscheinen. Er ist am 30. Januar 1915 in Dortmund als Sohn des Landarbeiters Johannes Runschkowski geboren. Seine Mutter ist im Jahre 1928, dem Jahre der Schulentlassung des Angeklagten, verstorben. Runschkowski ist bisher unbestraft und befindet sich seit dem 11. Februar 1936 in Untersuchungshaft.

Ein Waffendiebstahl aufgeklärt

Die Polizei meldet:

Am 5. April wurde in das Waffen- und Sportartikelgeschäft „Sport", Kohlenmarkt 17, ein Einbruch verübt; es wurden 9 Selbstladepistolen, Pistolenmunition, Sportschuhe, Schlittschuhe, Rasierbedarfsgegenstände, Stoppuhren und Taschenmesser, sowie 65 Gulden Bargeld aus der Registrierkasse gestohlen. Der Wert der Waren betrug ca. 600 Gulden.

Die Einbrecher sind nunmehr von der Kriminalpolizei in der Person des Maschinenbaulehrlings Paul Miotk, 18 Jahre alt, Kaninchenberg 18, und des jugendlichen Arbeiters Kurt Pluhm, 17 Jahre alt, Langfuhr, Hertastraße Nr. 11, früher Hansmantel 6, ermittelt und festgenommen worden.

Das Diebesgut war zunächst zu einem Arbeiter H. Sch. gebracht worden. Miotk hatte die Pistolen wie auch die Munition bereits größtenteils an den Mann gebracht, wobei er für jede einzelne Pistole 20—25 Gulden erhalten hat. Die Käufer, meistens Jugendliche, sind ermittelt; ihnen wurden die Waffen abgenommen. Sie werden sich wegen Hehlerei und unberechtigten Waffenbesitzes zu verantworten haben. Das gestohlene sowie auch das für die Pistolen erhaltene Geld haben die Burschen restlos verjubelt.

Der geschädigten Firma konnte der größte Teil des gestohlenen Gutes zurückgeschafft werden.

Bei dieser Gelegenheit konnte den beiden jugendlichen Einbrechern, Miotk und Pluhm, ein weiterer Einbruchsdiebstahl in das Musikwaren- und Fahrradgeschäft von Troman, Hundegasse 37, nachgewiesen werden. Auch diesen Einbruch haben sie an einem Sonntag im März d. J. in den Vormittagsstunden verübt.

Gestohlen wurde ein neues Fahrrad, Fahrradersatzteile, Werkzeuge, Schalldosen für Grammophonplatten im Gesamtwert von 250 Gulden. Die gestohlenen Gegenstände sind ebenfalls zum größten Teil wieder herbeigeschafft worden.

Sowohl Miotk als auch Pluhm dürften noch weitere Diebstähle begangen haben. Die beiden Genannten sowohl wie auch Sch. sind dem Ermittlungsrichter zugeführt worden.

Freierer Geldverkehr zwischen Polen und Danzig?

Wie die „Gazeta Handlowa" meldet, soll in den nächsten Tagen eine wichtige Entscheidung über die technische Regelung der Versorgung des Danziger Gebietes und seiner Wirtschaft mit polnischem Gelde fallen. Danzig, das in der polnischen Devisenverordnung vom 27. April zum Devisenausland erklärt wurde, forderte von der polnischen Regierung, daß die Durchführung der Devisenbewirtschaftung dem Danziger Wirtschaftsleben keine Schwierigkeiten bereiten dürfe, insbesondere nicht bei der Bereitstellung genügender Zlotysummen für Zollzahlungen. Die Probleme werden jetzt durch Meinungsaustausch zwischen den polnischen Behörden und den interessierten Danziger Wirtschaftskreisen behandelt. Es besteht die Absicht — für die Richtigkeit der Information überlassen wir die Verantwortung dem polnischen Blatt —, den Geldverkehr zwischen Polen und Danzig in freier Weise zu gestalten, jedoch mit Sicherungen gegen eine Kapitalflucht aus Polen auf diesem Wege. Die Festlegung der Grundsätze über den künftigen Geldverkehr soll in einer Weise erfolgen, daß daraus Schwierigkeiten für Handel und Wirtschaft nicht entstehen.

In informierten polnischen Kreisen wird erklärt, daß der Devisenausschuß Devisen für Termingeschäfte so rechtzeitig zugeteilt habe, daß keine Fristversäumnis eintrat.

Nun auch John Rabe

Neuer Leiter für die NS.-Hago

John Rabe, bisher Allgewaltiger in der NS.-Hago, ist nicht mehr im Amt, ist nicht mehr Führer, sondern fortab ein Geführter. Er hat den Abschied erhalten. Durch einen Brief des Parteisekretärs Forster, der das Datum vom 2. Mai 1936 trägt. Natürlich wird in dem Brief dem verabschiedeten Pg. auch der Dank für die bisherige Tätigkeit ausgesprochen. Aber das will nicht viel besagen. Jedenfalls ist John Rabe nicht mehr Führer in der NS.-Hago, obwohl er dort eine große Rolle gespielt hat. Sein vorläufiger Nachfolger ist Pg. Marzian vom Gaubüro der NSDAP.

Im Laufe der letzten drei Jahre sind schon viele Führer gekommen und wieder verschwunden. Nun ist auch Pg. John Rabe in der Versenkung verschwunden. — „Noch keinen sah ich glücklich enden . . ."

Unser Wetterbericht

Vorhersage für morgen: Wolkig, teils aufheiternd, mäßige östliche Winde, etwas kühler.

Aussichten für Freitag: Unverändert.

Danziger Schiffsliste

Im Danziger Hafen werden erwartet: Poln. D. „Gieszyn", ca. 6./7. 5. fällig, Pam; schwed. D. „Blenda", 7. 5. fällig, Pam; norweg. D. „Hundvaag", 7. 5. fällig, Pam; finn. D. „Axel", 6. 5. von Göingen, Pam; dtsch. D. „Anni Ahrens", 6. 5. von Königsberg, Pam; dtsch. D. „Bussard", 7. 5. fällig, Nordd. Lloyd; dän. D. „Bothal", 6. 5. von Helsingör, Arius; schwed. D. „Hilda", 5. 5. von Trelleborg, Arius; dän. D. „Wm. Th. Malling", 6. 5. fällig, Akotra.

Ärztlicher Nachtdienst

In Not- und Dringlichkeitsfällen stehen heute nacht in der Zeit von 22 bis 6 Uhr, folgende Ärzte zur Verfügung: In Danzig: Dr. Matuth, Thornscher Weg 11, Tel. 281 14; Dr. Cohn, Mottlauengasse 22, Tel. 256 85. — In Langfuhr: Dr. Sturmhöfel, Adolf-Hitler-Straße 101, Tel. 620 09.

Wasserstandsnachrichten der Stromweichsel

vom 6. Mai 1936

	5. 4.	6. 4.		5. 4.	6. 4.
Thorn	+1,02	+0,97	Montauerspitze	+0,57	+0,58
Fordon	+1,05	+1,02	Piekel	+0,52	+0,48
Culm	+0,92	+0,89	Dirschau	+0,51	+0,47
Graudenz	+1,08	+1,08	Einlage	+2,30	+2,26
Kurzebrack	+1,22	+1,19	Schiewenhorst	+2,46	+2,40

	4. 4.	5. 4.		4. 4.	5. 4.
Krakau	−2,30	−2,55	Nowy Sacz	+1,30	+1,25
Zawichost	+1,26	+1,25	Przemysl	−2,30	−2,22
Warschau	+1,06	+1,01	Wyszkow		
Plock	+0,97	+0,96	Bultusk		

Seinen Verteidiger denunziert

Ein nicht alltäglicher Zwischenfall vor Gericht

Bei dem Arzt Dr. Schulz, der am Hansaplatz seine Wohnung hat, war eingebrochen worden. Den Dieben fielen neben Bargeld auch Gold- und Wertsachen von erheblichem Wert in die Hände. Als die Ehefrau des Arztes dann durch Danzigs Straßen ging und sich die Schaufenster besah, fiel ihr in den Auslagen eines Juweliergeschäftes ein Armband auf, denn es war das ihrer Tochter und gehörte zu den bei dem Diebstahl gestohlenen Wertsachen. Die Kriminalpolizei wurde verständigt, die feststellte, daß das Armband von einem Mädchen für 80 Gulden verkauft worden war. Das Mädchen erklärte, sie habe das Armband von ihrem Freund geschenkt erhalten. Als Freund wurde der Malergeselle Herbert Fechter, der jetzt 29 Jahre alt ist, aber schon einmal wegen Diebstahls und einmal sogar wegen Verleitung zum Meineid mit Zuchthaus vorbestraft ist, festgestellt. Fechter wurde festgenommen, vor das Schöffengericht gestellt und wegen Rückfalldiebstahls zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. In der Schöffengerichtsverhandlung wandte Fechter eine merkwürdige Verteidigung an. Er erklärte, von der Polizei mißhandelt worden zu sein. Auch sein Rechtsanwalt Weise war durch den Malergesellen dahingehend informiert worden,

daß er von der Polizei geschlagen worden sei,

doch verhielt sich Rechtsanwalt Weise bei der Schöffengerichtsverhandlung in diesem Punkte zurückhaltend. Auch wir haben bei der Berichterstattung über diesen Fall uns sehr skeptisch über die angeblichen Mißhandlungen geäußert, weil uns der Malergeselle nicht gerade sehr wahrheitsliebend schien. Wie berechtigt unser Mißtrauen war, zeigte sich in der gestrigen Verhandlung.

Am Montag wurde vor der Ersten Großen Strafkammer erneut wegen der Angelegenheit verhandelt. Rechtsanwalt Weise verteidigte in dieser Verhandlung den Malergesellen nicht mehr. Und jetzt zeigte der Angeklagte Fechter sein wahres Gesicht. Er beschuldigte jetzt seinen früheren Verteidiger, Rechtsanwalt Weise, daß er ihn zu dieser Aussage, daß er auf der Polizei geschlagen wurde, verleitet habe. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Beurmann, ließ daraufhin

die Aussage des Angeklagten protokollieren.

Fechter hat folgendes erklärt: „Ich hätte mein Geständnis, das ich vor der Polizei abgegeben habe, auch aufrecht erhalten, aber mein Verteidiger hat mir immer gesagt, ich sollte doch sagen, daß ich von der Polizei geschlagen sei, und daß ich nur deshalb mein Geständnis vor der Polizei gemacht hätte. Bei dem Termin vor Gericht sagte mein Verteidiger noch zu mir, ich sollte sagen, daß ich die gestohlenen Wertsachen besser in Polen hätte verkaufen können, und ich sollte weiter sagen, daß mir die Hände ganz abgeschnürt waren, als ich von der Polizei vorgeführt wurde. Ich behaupte weiter noch, daß mein Verteidiger auch zu meiner Frau gesagt hat, das wäre das beste, was ich sagen könnte. Anders könnte mein Verteidiger mich nicht verteidigen. Meine Frau ist im Gerichtssaal anwesend."

Nach dieser Aussage machte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Beurmann,

den Malergesellen darauf aufmerksam, daß er ihm persönlich nicht glaube,

was er eben erzählt habe. Er nehme an, daß das eben Vorgebrachte eventuell gegen den Angeklagten ausschlagen könne, und daß gegen den Angeklagten ein Verfahren wegen falscher Anschuldigung eingeleitet werden könnte. Der Angeklagte erwiderte darauf, daß er sich das doch nicht alles aus der Luft gegriffen haben könne. Auch diese Bemerkung des Angeklagten wurde protokolliert.

Der zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilte Malergeselle Fechter wollte seine Berufung nur auf das geringste Strafmaß beschränkt wissen und hat um Milde. Das Gericht kam jedoch, wie der Vorsitzende bekannt, zu dem einstimmigen Urteilsspruch, die Berufung des Malergesellen auf seine Kosten zu verwerfen. Der Vorsitzende sagte weiter, daß der Malergeselle Fechter durch die Urteilsbegründung erfahren habe, daß seine Behauptung, er sei von der Polizei geschlagen worden, als strafverschärfend vom Schöffengericht angesehen worden war. Landgerichtsdirektor Dr. Beurmann sagte weiter,

daß Gericht halte es für ausgeschlossen, daß ein Danziger Verteidiger sich dazu hergeben werde, einen Angeklagten zu einer unwahren Aussage zu verleiten.

Er müsse zwar die protokollierten Angaben des Angeklagten auf dem Dienstwege weitergeben, aber er stelle fest, daß das Gericht dem Angeklagten nicht glaubt. Der Angeklagte habe wahrscheinlich auf irgendwelche Gegensätze, die möglicherweise zwischen dem Gericht und dem Verteidiger bestehen könnten, spekuliert und geglaubt, sich dadurch Milde zu erwerben. Er habe sich getäuscht. Die Strafkammer ist der Meinung, daß der Angeklagte ein ganz gemeiner Denunziant und Lump ist.

Darauf wurde Fechter wieder in das Gefängnis abgeführt.

Danziger Standesamt vom 4. Mai 1936

Sterbefälle: Justizbetriebsassistent Gustav Puttkammer, 38 J. — Eisenbahn-Ingenieur Franz Wagner, 72 J. — Invalide Hermann Schalk, 74 J. — Witwe Elisabeth Schönhoff geb. Klein, 92 J. — Ehefrau Agnes Malisius geb. Förster, fast 70 J. — Invalide Wilhelm Matzun, 79 J. — Witwe Klara Dobrowski geb. Pettke, 80 J. — Ehefrau Ida Hagenau geb. Giese, 54 J. — Rentier Simon Lewy, 68 J. — Ehefrau Else Sentpiel geb. Dirksen, 38 J. — Sohn des Arbeiters Hermann Felgenau, 2 J. — Witwe Johanna Raschke geb. Lorenz, 82 J. — Witwe Elvira Elsner geb. Mach, 75 J. — Witwe Franziska Groß geb. Dorozynski, fast 78 J. — Sohn des Arbeiters Arthur Penquitt, fast 2 J. — Tochter des Bäckers Bruno Keller, 17 Tage. — Tochter des Bäckers Bruno Schulz, 5 Mon. — Witwe Maria Abraham geb. Preuß, 88 J.

Der Schuhmacher und sein Freund

Keine fröhliche Heimkehr

Ein hiesiger Schuhmachermeister, der eine gutgehende Werkstätte besitzt, schenkte dem Arbeiter Franz Sch. sein Vertrauen und führte ihn in das Handwerk der Schuhmacherei ein. Als der Meister zu Weihnachten nach Deutschland fuhr, vertraute er die Schlüssel der Werkstätte und der Wohnung seinem Günstling an. Anfang Februar kam der Meister wieder nach Hause. Er fand seine Wohnung verschlossen. Der Hüter des Hauses war nirgends aufzutreiben. Als er im Begriff war, seine Wohnungstür durch einen Schlosser aufbrechen zu lassen, wurden ihm die notwendigen Schlüssel zugestellt. Aber wie sah es in der Wohnung aus? Alles, was nicht gerade niet- und nagelfest gewesen war, war verschwunden. Er konnte noch nicht einmal sein von der Reise müdes Haupt zur Ruhe betten, da sein Oberbett inzwischen einen anderen Besitzer erhalten hatte. Der ungetreue Eckehard wurde von der Polizei verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Von dort wurde er zu einer Verhandlung vor dem Amtsrichter für Strafsachen vorgeführt.

Mit ihm stand der Arbeiter Heinrich M. in der Anklagebank, der sich jedoch auf freiem Fuß befand. Diesem hatte der Hüter des Hauses des öfteren die Schlüssel von der Wohnung und der Werkstätte zur Verfügung gestellt. Doch war er, wie die Verhandlung ergab, nicht der einzige, der in diesen Genuß gekommen war. Die Zahl der jungen Leute, die diese „sturmfreie Bude" aufgesucht hatte, war recht groß. Jeder hatte dann beim Nachhausegehen etwas mitgehen lassen, jeder hatte aber genau wie diese beiden Angeklagten stets den Diebstahl bestritten. Da die Haussuchungen auch ergebnislos verlaufen waren, wurden sie nicht unter Anklage gestellt. Bei den in der Anklagebank stehenden Arbeitern wurden dagegen je ein Paar Schuhe vorgefunden, die einstmals in die Schuhmacherwerkstätte gehörten. Diese Schuhe waren diesen beiden zum Verhängnis geworden.

Amtsanwaltschaftsrat Böhm, als Vertreter der Anklage, beantragte gegen Sch., der sich im strafverschärfenden Rückfalle befindet, eine Gefängnisstrafe von vier Monaten. M. sollte mit zwei Monaten Gefängnis davonkommen. Der Einzelrichter, Amtsgerichtsrat Tornier, verurteilte Sch. antragsgemäß, doch erkannte er bei M. nur auf einen Monat Gefängnis. Dem Untersuchungsgefangenen wurden zwei Monate der erlittenen Untersuchungshaft angerechnet. Das Urteil wurde rechtskräftig.

Zu Unrecht entzogen

Der Waffenschein des Abg. Weise

Vor der Verwaltungskammer des Landgerichts schwebt bekanntlich ein Prozeß, den der deutschnationale Abgeordnete und Rechtsanwalt Weise anstrengte, weil ihm die Polizei den Waffenschein abgenommen hatte. Wir haben über den Verlauf des Prozesses berichtet. Jetzt ist ein Urteil der Verwaltungskammer bekannt geworden. Das Gericht hat entschieden, daß dem Abg. Weise der Waffenschein zu Unrecht abgenommen wurde. Danach müßte die Polizei dem Abg. Weise den Waffenschein wieder aushändigen. Allerdings besteht noch die Möglichkeit, daß der beklagte Polizeipräsident die Entscheidung des Obergerichts anruft.

Weitere Entlassungen bei Schichau

Gestern sind auf der Danziger Schichauwerft ungefähr 60 weitere Arbeiter gekündigt worden. Zusammen mit den gestern von uns gemeldeten Kündigungen werden also etwa 150 Arbeiter abgebaut. Statt Arbeitsbeschaffung Massenentlassungen, so sieht die Lage der angeblich durch die Abwertung angekurbelten Danziger Werftindustrie tatsächlich aus.

Polizeibericht vom 5. Mai 1936. Festgenommen wurden 13 Personen, darunter 3 wegen Schmuggels, 1 wegen Unterschlagung, 1 wegen Trunkenheit, 2 wegen Einbruchsdiebstahls, 2 wegen Diebstahls, 1 wegen Obdachlosigkeit, 1 wegen Gewerbeunzucht, 2 zur Feststellung. — Gefunden in Danzig: ein deutscher Reisepaß für Ulrich Bollerthun; eine braune Brieftasche, enthaltend Papiere für Wartmann; ein 20-Gulden-Schein; eine schwarze Baskenmütze; 12 Schlüssel am Ring; eine Rolle Draht, 7 Millimeter stark, im Gewicht von etwa 75 Kilogramm; ein Herrenfahrrad mit Aktentasche; ein Schäferhund. — Verloren: ein Sparbuch und andere Papiere für Otto Jankowski; eine Barmerkarte für Otto John; ein Portemonnaie mit Reinerlös mit 136,— Gulden und 2,58 Mark; ein blaues Portemonnaie mit 17,— Gulden; ein dunkles Portemonnaie mit 29,— Gulden; 3 Schlüssel am Ring; ein goldener Ring mit 3 Opalen; eine Handtasche mit 100,— Gulden; ein photographischer Apparat, Marke „Kodak Retina".

Der Schiffsverkehr im Danziger Hafen

Eingang. Am 5. Mai: Dt. MS. „Anne Oltmann" (85) von Königsberg, leer, Ganswindt, alter Weichselbahnhof; dän. MS. „Nala" (98) von Memel mit Holz, Bergenske, Weichselmünde; schwed. MS. „Zenitha" (172) von Gdingen, leer, Artus, Westerplatte; dän. MS. „Johanne" (75) von Königsberg, leer, Bergenske, Marinekohlenlager; dän. MS. „Nordsternen" (187) von Gdingen, leer, Ganswindt, Westerplatte; schwed. D. „Egon" (291) von Gothenburg mit Gütern, Behnke u. Sieg, Hafenkanal; poln. D. „Tczew" (344) von Hamburg mit Gütern, Pam, alter Weichselbahnhof; dt. D. „Hera" (589) von Riga mit Gütern, Wolff, Hafenkanal; dän. MS. „Marna" von Gdingen, leer, Pam, Freihafen; norw. D. „Heire" (449) von Mos, leer, Behnke u. Sieg, Kaiserhafen; holl. D. „Merope" (649) von Amsterdam mit Gütern, Reinhold, Freibezirk; dt. D. „Kurzelee" (368) von Pillau, leer, Bergenske, alter Weichselbahnhof.

Am 6. Mai: Dt. Schl. „Max Behrendt" (822) von Wilhelmshaven, leer, Schichau, Schichauwerft; dän. MS. „Aage" (70) von Gdingen mit Sojaschrot, Bergenske, Marienbild; dt. MS. „Berta Köhlemann", leer, Ganswindt, Marinekohlenlager.

Ausgang. Am 5. Mai: Dän. MS. „Anna" (54) nach Aeroskjöbing mit Kohlen, Atlantic, Freihafen; holl. MS. „Batavier" (96) nach Gauda mit Holz, Kreft, Marinekohlenlager; dt. D. „August Blume" (408) nach Stralsund, leer, Bergenske, alter Weichselbahnhof; poln. D. „Katowice" (1107) nach Gdingen, leer, Pam, Danziger Werft; dt. MS. „Gerda" (49) nach Aarhus mit Getreide, Ganswindt, Hafenkanal; dt. D. „Minos" (698) nach Bremen mit Gütern, Wolff, Hafenkanal; schwed. D. „Lida" (691) nach Bordeaux mit Kohlen, Polko, Becken Weichselmünde; dt. MS. „Wohlfahrt" (63) nach Aalborg mit Getreide, Pam, Marienbild; schwed. MS. „Wandia" (88) nach Upsala mit Getreide, Kreft, Kaiserhafen; poln. D. „Lublin" (686) nach Hull mit Gütern, Rothert u. Kilaczycki, Hafenkanal; schwed. MS. „Familjen" (65) nach Norrköping mit Oelkuchen mit Holz, Kreft, Weichselmünde; dän. D. „Tempo" (196) nach Aalborg mit Schwellen, Pam, Ganstrug; poln. D. „Lech" (790) nach London mit Gütern, Rothert u. Kilaczycki, Hafenkanal; schwed. MS. „Kerstin" (196) nach Stockholm mit Holz, Kreft, Marinekohlenlager; schwed. D. „Mercia" (691) nach Norrköping mit Kohlen, Artus, neuer Weichselbahnhof; dän. D. „Nordby" (1023) nach London mit Holz, Sodtmann, Ganstrug; dt. D. „Ebenau" (629) nach Antwerpen mit Getreide und Gütern, Bergenske, Strohdeich; dt. D. „Hans Carl" (220) nach Rotterdam mit Gütern, Wolff, Hafenkanal; dt. MS. „Anne Oltmann" (85) nach Bremen mit Holz, Ganswindt, alter Weichselbahnhof; finn. D. „Charterhaven" (1348) nach Gefle mit Kohlen, Artus, neuer Weichselbahnhof.

Am 6. Mai: Schwed. D. „Pelle" (342) nach Sundsvall mit Kohlen, Rothert u. Kilaczycki, Becken Weichselmünde; dt. D. „Melilla" (1642) nach Casablanca mit Holz, Gütern, Bergenske, Hafenkanal.

Der Schiffsverkehr im Gdingener Hafen

Vom 4. Mai bis 5. Mai

Eingang: Poln. D. „Lech" (790) von London, 9 Passagiere, 744 To. Stückgut, Polbrit; amerik. D. „Minnesota" (3168) von Newyork via Kopenhagen, Passagiere, Güter, Post, ASL.; norw. D. „Sundvaag" (328) von Stockholm, 300 To. Stückgut, Pam; dt. D. „Jupiter" (329) von Bremen, 101 To. Baumwolle, Wolff; schwed. D. „Blenda" (178) von Helsingborg, 246 To. Stückgut, Pam; schwed. MS. „Nordland" (968) von Göteborg, 218 To. Baumwolle, 6 To. Stückgut, Pol.-Lev.; schwed. D. „Karin" (888) von Helsingborg, Polrob; finn. D. „Capella" (607) von Helsingfors, 7 Passagiere, 88 To. Stückgut, J. P.; schwed. MS. „Ragnhildsholm" (1547) von Malmö, 1870 To. Baumwolle und Güter, Bergenske; norw. D. „Alix" (658) von Stockholm, Polrob; dän. MS. „Aage" (77) von Kopenhagen, 55 To. Sojaschrot, Rummel u. Burton; dt. D. „Arnis" (842) von Holtenau, Bergenske; poln. D. „Warszawa" (1534) von Havre, 1 Passagier, 14 To. Stückgut, Polbrit; schwed. MS. „Dagny" (71) von Malmö, 165 To. Schrot, Pam; dän. D. „Jutte" von Danzig, Pam; sowjetruss. D. „Unia", Pantarei.

Ausgang: Engl. D. „Haarlem" (565) nach Leith mit 13 To. Stückgut, Reinhold; dt. D. „Stormarn" (845) nach Hull mit 2228 To. Zucker, Behnke und Sieg; schwed. D. „Plato" (443) nach Herre(Vorsgrund-Distrikt) mit 1080 To. Kohlen, Polrob; dt. D. „Oskar Friedrich" (246) nach Danzig, Wolff; amerik. D. „Minnesota" (3168) nach Stockholm, ASL.; dän. MS. „Frem" (110) nach Danzig, Rummel u. Burton; dt. D. „Jupiter" (329) nach Danzig, Wolff; dän. D. „Halldan" (854) nach Danzig, Reinhold; schwed. D. „Ingeborg" (185) nach Danzig mit 4 To. Stückgut, Bergenske; poln. D. „Lech" (790) nach Danzig mit 1 Passagier, Polbrit; dt. D. „Alse Hugo Stinnes" (1687) nach Amsterdam mit 4275 To. Kohlen, Polrob; dän. D. „Feddy" (561) nach London mit 1051 To. Kartoffeln, Bergenske; schwed. D. „Nora" (738) nach Karlshamn mit 1700 To. Kohlen, Wolff.

führte aus:

Europa im Aether

Die Hauptdarbietungen der Rundfunksender:

Mittwoch, 6. Mai:

18.05 Warschau: Opernarien. — 18.10 Prag: Deutsche Sendung, Arbeitersendung und Nachrichten. — 18.15 Budapest: Gesang.

19.00 London Regional: Militärkonzert. — 19.25 Wien: Prinz Eugen und seine Zeit (Fanfaren und Heerpauker). — 19.30 Stockholm: Beethoven-Konzert. — 19.40 Oslo: Orchester. — 19.45 Straßburg: Deutsche Nachrichten. — 19.55 Lahti: Buntes Programm.

20.00 Brüssel fläm.: Orchesterkonzert. — Kalundborg: „Judas Makkabäus", Oratorium von Händel. — Reval: Konzert. — Straßburg: Deutsche Nachrichten. Anschl.: „Das Dreimädelhaus::, Singspiel von Schubert. — Warschau: Chansons. — 20.10 Toulouse: Militärkonzert, Bunte Musik und Nachrichten. — 20.20 Paris PTT.: Klavierkonzert und Kammermusik. — Wien: Sinfoniekonzert (Dirigent: Furtwängler; Orchester: Berliner Philharmoniker; Programm: Beethoven, 8. Sinfonie; Brahms, 2. Sinfonie). 20.25 Prag: Lieder und Arien. — 20.30 London Regional: Orchesterkonzert. - 20.55 Hilversum II: Beethoven-Haydn-Konzert.

21.00 Warschau: Chopin-Konzert. - 21.30 Brüssel franz.: Ballettmusik. 21.45 Bukarest: Konzert.

22.00 Budapest: Konzert. — Droitwich: Konzert des BBC.-Orchesters. Kowno: Konzert. - Wien: Nachrichten und Unterhaltungsmusik. 23.05 Warschau: Chansons und Tanzmusik. — 22.45 Bukarest: Deutsche Nachrichten.

Kurze Welle: Beromünster 540 — Brünn 325 — Brüssel franz. 484 Brüssel fläm. 322 - Budapest 549 - Bukarest 364 - Hilversum II: 301 London Regional 342 - Paris PTT. 432 - Poste Parisien 313 - Prag 470 Riga 515 — Stockholm 426 — Straßburg 349 — Wien 507

Lange Welle: Budapest II: 834 — Droitwich 1500 — Lahti 1807 Hilversum I: 1875 - Kalundborg 1261 - Kowno 1935 - Luxemburg 1304 Moskau Komintern 1724 - Moskau III: 748 - Oslo 1154 - Paris 1648

Verantwortlich für die Redaktion: Franz Adomat; für Inserate: Anton Fooken, beide in Danzig. Druck und Verlag: Buchdruckerei u. Verlagsanstalt A. Fooken, Danzig, Am Spendhaus 6.

Verband Danziger Eisenbahn- und Hafenarbeitschutz-Bediensteter

Am Donnerstag, den 7. Mai, 19 Uhr, findet im Lokal Mauerbinderei, Schnüffelmarkt, eine wichtige

Mitglieder-Versammlung

der Sektion Eisenbahn statt.

Tagesordnung:

Bericht über den Verlauf der Verhandlungen vom 4. Mai mit dem Danziger Büro der PKP.

Die Wichtigkeit der Angelegenheit macht die Anwesenheit aller dienstfreien Kollegen der Eisenbahn notwendig.

Ohne Mitgliedbuch kein Eintritt.

I. A.: G. Kaiser.

Danziger im Eberfeld

Pinkiges L. Stellungen

Stellengesuche

Mäßiger Mann sucht Bernsteinperle

ab 15. 5. oder 1. 6. 36 mit Wohnung.

Zuzüglich angenehm.

Angebote unter 1700 an die Expedition.

Zu vermieten

Offene Stellen

Verkäufe

Wohnungstausch

1½—2-Zimmer-Wohnung

möbliertes Zimmer

Achtung!

Gleiter, Gleiten-Zeug

Suche Zimmer

Ankäufe

Verschiedenes

Wo? Kränze

u. Blumen zum Marktpreis. Nur I. Damm Nr. 10

Dienstag Nacht starb nach langem Leiden mein lieber Mann, unser Vater und Großvater

Pinkus Rosenus

Die Hinterbliebenen.

Beerdigung Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, von der jüdischen Leichenhalle aus.

Leere Wohnungen und möbl. Zimmer

vermieten Sie sofort. Eine kleine Anzeige in unserer Zeitung bringt Ihnen Erfolg. Überzeugen Sie sich durch einen Versuch

DANZIGER VOLKSSTIMME

Am Spendhaus 6